

NEUE ZEIT

DEZEMBER 1980

50

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24305



WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum

Unterschrift des Leiters

WOHL DES VOLKES —
HÖCHSTES ZIEL



7500-7101
BIBLIOTHEK-BEZ
14159-50 123 678 190
PSF-77



**SOWJETUNION
IM BILD**

Das ornithologische Naturschutzgebiet Krasnowodsk an der Südostküste des Kaspiensees (Turkmenien) hat ein Areal von mehr als einer Viertelmillion Hektar und umfaßt Wüstenstreifen, trockenes subtropisches Gebiet, seichte Buchten. Zur Zeit der saisonbedingten Migrationen siedeln sich hier Millionen Vögel an, insgesamt über 160 Arten: Enten, Tauchenten, Graugänse, Weißwangengänse, rosa Flamingos, graue und weiße

Von natürlichen Futterstoffen werden ständig Proben gemacht

Reiher und Pelikane. Hunderttausende bleiben über den Winter da, darunter seltene Arten — der weißschwänzige Seeadler, der Tundra-Schwan, die Winterente, der Königsadler, der Sapsan-Falke —, die ins sowjetische Rote Buch aufgenommen sind.



Wenn ein Vogel Hilfe braucht

sche Rote Buch aufgenommen sind.

Angesichts der einmaligen Beschaffenheit des Naturschutzgebiets Krasnowodsk hat die Internationale Union zur Erhaltung der Natur bei der UNESCO es auf die Liste der Wasser- und Sumpfareale von internationaler

Dr. Mira Gauser und Sergej Dunin beobachten den Überwinterungsort



Seichte Stellen sind ergiebig

Bedeutung gesetzt.

Übrigens besteht in Turkmenien noch das Sandwüsten-Naturschutzgebiet Repetek, in dem weder Jagd noch Abholzen, noch Viehweiden erlaubt sind. Die Turkmenische SSR tut viel, um nicht nur die Fauna, sondern auch das Siedlungsmilieu zu Wasser und zu Lande zu erhalten.

Fotos: N. Bobrow



WER FRIEDEN UND ZUSAMMENARBEIT PLANT

Drei Ereignisse lenken dieser Tage das besondere Interesse der Weltöffentlichkeit auf sich: das Erscheinen des Dokuments „Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1981—1985 und für den Zeitraum bis 1990“ in Moskau; die Ergebnisse des Moskauer Gipfeltreffens der Warschauer Vertragsstaaten; der offizielle Freundschaftsbesuch Leonid Breshnews in Indien.

Sinn und Zweck aller wichtigsten Schritte, die die UdSSR und ihre Bündnispartner bei sich und auf dem weltpolitischen Schauplatz unternehmen, sind letztlich der Frieden und die Zusammenarbeit. Der Frieden ist schon in der sozialistischen Innenpolitik programmiert. Lenin hob hervor, daß „die tiefsten Wurzeln sowohl der inneren als auch der äußeren Politik unseres Staates bestimmt werden durch die ökonomischen Interessen, durch die ökonomische Stellung der herrschenden Klassen unseres Staates“. Diese tiefen Wurzeln speisen mit unerschöpflichen Lebensäften die friedensfördernde, konstruktive und an Initiative reiche Weltpolitik der UdSSR. Die Innenpolitik schafft ein gesichertes Hinterland und einen zuverlässigen Bereitstellungsraum für die globale Friedensoffensive in allen Sphären. Die Außenpolitik gewährleistet die notwendigen internationalen Voraussetzungen für den erfolgreichen kommunistischen Aufbau, mehr noch, der Sowjetstaat tat immer und tut auch jetzt alles, um nicht nur sich selbst Friedensverhältnisse zu gewährleisten, sondern auch den Völkern anderer Länder für ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung und für den allgemeinen Fortschritt.

Ihre Friedensoffensive führt die UdSSR nicht allein, sondern geschlossen mit den anderen Mitgliedern der sozialistischen Staatengemeinschaft. Sie haben an den Schwerpunkten der Weltpolitik etwas zu unternehmen und zu den Schlüsselproblemen der Gegenwart etwas zu sagen.

Sie haben ihre Meinungen über die internationale Entwicklung der letzten Monate ausgetauscht und festgestellt, daß die Weltlage noch immer gespannt ist. Sie erfordert Wachsamkeit gegenüber den aggressiven Bestrebungen der imperialistischen Kräfte, gegenüber den Versuchen der Reaktion, die Positionen der sozialistischen Länder, der Entwicklungsstaaten und der

nationalen Freiheitsbewegungen zu erschüttern.

Die jetzige Situation verpflichtet zu einer Aktivierung der politischen Kontakte zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung und zu einer Fortsetzung des Dialogs über die weltpolitischen Kardinalfragen. In diesem Zusammenhang haben die sozialistischen Länder die Absicht geäußert, zum Gesunden des weltpolitischen Klimas beizusteuern und mit allen zusammenzuarbeiten, die ebenfalls diesem Ziel zustreben. Die Spitzenpolitiker der Warschauer Vertragsstaaten haben die Bereitschaft ausgesprochen, auf ein Gelingen des Madrider Treffens hinzuwirken und konstruktiv mit den USA zusammenzuarbeiten, falls deren neue Regierung auch dazu gewillt ist. Während gewisse Kreise im Westen die Entspannung totsagen, ist auf dem Moskauer Forum die Überzeugung ausgesprochen worden, daß „die gemeinsamen Bemühungen aller an Frieden, Sicherheit und internationaler Zusammenarbeit interessierten Länder und Völker dazu angetan sind, eine Konsolidierung der Entspannung als der ausschlaggebenden Tendenz der internationalen Entwicklung zu gewährleisten“.

Das Moskauer Treffen hat gezeigt, daß sich seine Teilnehmer der ganzen Bedeutung ihrer Einheit beim sozialistischen und kommunistischen Aufbau sowie im Kampf für die Gewährleistung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit bewußt sind. Beim Treffen ist betont worden, daß das sozialistische Polen, die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei und das polnische Volk auf die brüderliche Solidarität und den Beistand der Warschauer Vertragsstaaten bauen können. Die Vertreter der PVAP haben betont, daß Polen ein sozialistischer Staat, ein stetes Mitglied der sozialistischen Länderfamilie war, ist und bleibt.

Die Partner des Warschauer Vertrags wissen die zunehmend positive Rolle zweier bedeutender Kräfte der Gegenwart in der Weltpolitik in vollem Umfang zu schätzen: des Sozialismus und der nationalen Befreiung. Das Zusammenwirken dieser Kräfte im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt ist ein entscheidender Faktor in weltpolitischen Angelegenheiten. Zu seiner Erhöhung wird zweifellos der Besuch Leonid Breshnews in Indien beitragen, dieses neuerliche Zeugnis für die besondere Bedeutung, die die UdSSR der Freundschaft mit diesem großen Land beimitzt.

Je größer die Wirtschaftsmacht der sozialistischen Gemeinschaft und ihre Einheit ist und je enger ihre Mitglieder mit allen friedliebenden und fortschrittlichen Kräften zusammenwirken, desto unerschütterlicher ist der Weltfrieden und die internationale Sicherheit. Wer Frieden, ein konstruktives Wirken und eine Zusammenarbeit plant und nicht einen Krieg, Krisen und militaristischen Programme, der plant die Zukunft der Menschheit, eine Zukunft ohne nukleare Katastrophe.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 50 DEZEMBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIODOROW

Redaktsionskollegium: L. BESYMEŃSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PIITSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Wer Frieden und Zusammenarbeit plant	1
S. Irodow, B. Pistschik — UdSSR—Indien. Mission für den Frieden	5
F. Gorjunow — UdSSR. Unsere Hauptrichtung	6
M. Dugersuren — Die Position der Mongolei (Interview)	9
K. Karagesian — BRD. Wenn der Redefluß versiegt	10
W. Pawlow — Großbritannien. Drama auf offener Szene	10
L. Semejko — USA. Strategische Illusionen	12
A. Baryschew — Eine Greueltat ohnegleichen	15
Notizen ◆ Glossen	16
A. Weber — Weg der SI in die 80er	18
Der Zusammenbruch des Kolonialismus:	
N. Simonia — Die nationale Befreiung	21
K. Malachowski — Ozeanien. Manöver Washingtons	24
J. Botschkarjow — Namibia. Der schwere Weg zur Freiheit	26
E. Kowaljow — Portugal. Sieg des Realismus	28
I. Grigulewitsch — Lateinamerika. Simón Bolívar — der Befreier	29
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Im Entwurf des ZK der KPdSU zum XXVI. Parteitag „Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für 1981—1985 und für den Zeitraum bis 1990“ wird hervorgehoben: Höchstes Ziel der Wirtschaftsstrategie der Kommunistischen Partei sind das unaufhörliche Wachstum des materiellen und kulturellen Lebensstandards des Volkes, die Schaffung der besten Voraussetzungen für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit.

Titelgestaltung: V. Koslow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Am 5. Dezember fand in Moskau ein Treffen von Partei- und Staatsmännern der Warschauer Vertragsstaaten statt. Sowjetischerseits nahmen teil: Leonid Breschnew, Nikolai Tichonow, Michail Suslow, Juri Andropow, Andrej Gromyko, Dmitri Ustinow und Konstantin Russakow. Die Begegnungsteilnehmer haften einen Meinungsaustausch über die Entwicklung der internationalen Lage in den letzten Monaten. Sie betonten ihr Eintreten für die Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen, demokratischen und antiimperialistischen Kräften, für die Stärkung der Solidarität aller Völker im Kampf gegen die Kriegsgefahr, für eine Politik des Friedens, der Abrüstung und vor allem der nuklearen Abrüstung, für Entspannung und gleichberechtigte Zusammenarbeit. Ferner wurden Informationen über den sozialistischen und kommunistischen Aufbau in ihren Ländern ausgetauscht.

■ Leonid Breschnew traf am 8. Dezember zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch auf Einladung Präsident Reddys, Ministerpräsidentin Gandhis und der Regierung der Republik Indien in Delhi ein. Er wird von Andrej Gromyko, Iwan Archipow und weiteren offiziellen Persönlichkeiten begleitet. Am Ankunftsstag stattete Leonid Breschnew Neelam Sanjiva Reddy einen Besuch ab und hatte ein Gespräch mit Indira Gandhi. Am 9. Dezember wurden sowjetisch-indische Verhandlungen aufgenommen (s. S. 5).

■ Am 6. Dezember beging das finnische Volk den Tag der Unabhängigkeit. Leonid Breschnew richtete an den Präsidenten der Republik Urho Kekkonen ein Glückwunscheschreiben.

■ Am 2. Dezember trat der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit UdSSR—Syrien in Kraft. An diesem Tag tauschten in Damaskus der Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und erste stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Wassili Kusnezow und das Führungsmitglied der Partei der Arabischen Sozialistischen Wiedergeburt und Vorsitzende des Ministerrats der SAR Abdel Rauf Kasm die Ratifizierungsurkunden aus.

■ Vom 6. bis 8. Dezember tagte in Wien der XXIV. Parteitag der KP Österreichs. Unter den Gästen befand sich eine Delegation der KPdSU unter dem Sekretär des ZK der KPdSU Simjanin. In der Glückwunschedresse des ZK der KPdSU an den Parteitag heißt es: „In unserem Land wird dem Beitrag der österreichischen Kommunisten zur Verbreitung der Wahrheit über den real be-



Moskau, am 5. Dezember. Während des Treffens führender Repräsentanten der Warschauer Vertragsstaaten.

Foto: TASS

stehenden Sozialismus sowie ihrem Eintreten gegen Antikommunismus und Antisowjetismus, für die Festigung und den weiteren umfassenden Ausbau der sowjetisch-österreichischen Beziehungen hoher Wert beigemessen."

Vom 6. bis 8. Dezember tagte der X. Parteitag der KP von San Marino. „Unter den heutigen Bedingungen gewinnt die Aktivierung aller Friedenskräfte, die internationale Solidarität der Werkältigen, besonders der kommunistischen und Arbeiterparteien, große Bedeutung für den Erfolg des Kampfes gegen jegliche aggressive Bestrebungen des Imperialismus, für Entspannung, Sicherheit, Festigung von Freuden und Freundschaft zwischen den Völkern“, heißt es in einer Botschaft des ZK der KPdSU. An dem Parteitag nahm eine Delegation der KPdSU unter dem Kandidaten des ZK und Ersten Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU Sagadin teil.

Am 8. Dezember traf auf Einladung des Obersten Sowjets der UdSSR eine Delegation des Abgeordnetenhauses des Nationalkongresses Brasiliens unter dem Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses Flavio Portela Marclio zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein.

In Warschau wurden die Beschlüsse des 7. Plenums des ZK der PVAP veröffentlicht. Es beschloß die Einberufung des außerordentlichen IX. Parteitags der PVAP zum Ende des ersten oder zum Beginn des zweiten Quartals 1981. Das ZK der PVAP richtete einen Aufruf an das Volk, sich um den allgemeinen Kurs der Vernunft und Verantwortung zusammenzuschließen, um die Pläne

konterrevolutionärer Elemente zu durchkreuzen. Das Plenum befaßte sich ferner mit organisatorischen Fragen. Aus dem ZK der PVAP abberufen wurde Edward Gierek. Vier Personen wurden aus dem Politbüro des ZK ausgeschlossen. Zu Mitgliedern des Politbüros gewählt wurden Mieczysław Moczar und Tadeusz Grabski, zum Kandidaten des Politbüros Tadeusz Fiszbach. Zum Sekretär des ZK gewählt wurde Roman Ney.

Am 2. und 3. Dezember hielt sich der Ministerratsvorsitzende der DDR Willi Stoph zu einem Freundschaftsbesuch in der CSSR auf und hatte Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsidenten der CSSR Gustáv Husák sowie mit Regierungschef Lubomír Štrougal. In einem Kommuniqué heißt es, daß die CSSR und die DDR für die baldige Umsetzung der Vorschläge zur Reduzierung des Waffrüstens und für die Abrüstung eintreten, die in den Dokumenten der Mai-Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten enthalten sind.

Am 5. Dezember sprach sich die UNO-Vollversammlung für den sowjetischen Vorschlag aus, in nächster Zeit einen Weltvertrag über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen auszuarbeiten. In der mit Stimmenmehrheit beschlossenen Resolution wird erneut die „Notwendigkeit der allgemeinen und wirksamen Durchsetzung des Prinzips der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen und die Förderung dieser Angelegenheit durch die UNO“ bekräftigt. Gegen die Resolution stimmten die USA und andere NATO-Länder sowie Israel und Japan.

■ Das SRV-Außenministerium richtete an das Außenministerium der VR China eine Note, eine konkrete Antwort auf die vietnamesische Initiative zur Abhaltung der dritten vietnamesisch-chinesischen Verhandlungs runde zu geben. Die Regierung Vietnams wird in der Note betont, sei zutiefst an der Fortsetzung der Verhandlungen zu Problemen der beiderseitigen Beziehungen interessiert.

■ Die Volksstreitkräfte, Parteaktivisten, Sicherheitskräfte und die friedliche Bevölkerung Afghanistans setzen erfolgreiche Aktionen zur Beseitigung von Banden konterrevolutionärer Elemente erfolgreich fort. In den letzten Wochen wurden Banden in den Provinzen Herat, Kunduz, Balkh, Parwan und Fariab zerschlagen. Dabei wurden Waffen amerikanischer, chinesischer und pakistanischer Herkunft sichergestellt.

■ Die Ständige Vertretung der DDR in der BRD legte beim Staatsminister im Kanzleramt der BRD entschiedenen Protest im Zusammenhang mit der unerhörten Entscheidung des Bundesgerichtshofes ein, der zufolge Gesetze der BRD auf das Territorium der DDR Anwendung finden, was eine grobe Verletzung des internationalen Völkerrechts darstellt.

■ Am 7. Dezember schloß in Nikosia eine Tagung des Präsidiums der Afro-Asiatischen Solidaritätsorganisation (AAPSO). Daran beteiligten sich Vertreter politischer und Massenorganisationen sowie der nationalen Befreiungsbewegungen aus mehr als 50 Ländern. In einer Erklärung der Tagung wird die Aktivität der imperialistischen US-Kreise verurteilt, die ihre Positionen in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aufrechterhalten wollen. Das AAPSO-Präsidium rief Irak und Iran zur baldigsten friedlichen Beilegung des Konflikts auf. Es verurteilte ferner die hegemonistischen Bestrebungen und die aggressive Großmachtpolitik.

tik der chinesischen Führung gegenüber der SRV.

■ Am 5. Dezember wurde in New York die erste Sitzung des Vorbereitungsausschusses für die zweite Abrüstungssondertagung der UNO-Vollversammlung, die 1982 durchgeführt werden soll, abgehalten. Dem Ausschuß gehören 78 Staaten, darunter die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder an.



Die Bevölkerung der RSA verurteilt wie die gesamte Weltöffentlichkeit empört das Todesurteil des rassistischen Gerichts in Pretoria über drei Kämpfer gegen die Apartheid. Die Kampagne für die Rettung des Lebens der Patrioten nimmt zu. **Unser Foto:** Teilnehmer der Demonstration zur Rettung der Verurteilten in Pretoria

Telebild: AP-TASS

■ Am 6. und 7. Dezember tagte in Genf die Pugwash-Konferenz zu Problemen der Nuklearrüstung in Europa. Ihr wohnten namhafte Wissenschaftler, Politiker und Militärs aus 18 Ländern bei.

■ Am 7. Dezember wurden in Portugal Präsidentschaftswahlen abgehalten, zu denen 6 Kandidaten angemeldet waren. Den Sieg trug der jetzige Präsident General Ramalho Eanes davon. Der KP-Kandidat Carlos Brito hatte seine Kandidatur zurückgezogen und die Stimmabgabe für Eanes empfohlen. Die auf eine Koalition von rechten Parteien gestützte Regierung ist zurückgetreten (s. S. 28).

■ In San Salvador wurden die sechs Führer der Revolutionär-Demokratischen Front, die von Agenten der regierenden Junta ermordet worden waren, bestattet. Die Begräbnisfeierlichkeiten gestalteten sich zu einer Protestdemonstration gegen die Junta-Verbrechen (s. S. 15).

■ Am 8. Dezember traten in Brüssel die Verteidigungsminister der NATO-Eurogruppe zusammen. Am 9. und 10. Dezember tagte die militärische Planungsgruppe der NATO. Die Atlantische Woche wird mit einer NATO-Ratstagung auf Außenministerebene abgeschlossen.

■ Der US-Senat hat nach dem Repräsentantenhaus die endgültige Version des Gesetzentwurfs über militärische und wirtschaftliche „Hilfe“ an ausländische Staaten in einer Gesamthöhe von 4,98 Md. Dollar gebilligt. 2,2 Md. gehen an Israel, 1,3 Md. an Ägypten. „Hilfe“ erhalten ferner das Regime von Südkorea und Haiti sowie andere Washington hörige Regierungen.

■ Das Bundesappellationsgericht in Richmond (US-Staat Virginia) entsprach dem Antrag der Rechtsanwälte der „Wilmington 10“ und hob das Urteil auf, das gegen diese Gruppe von Kämpfern für die Bürgerrechte der Neger vor acht Jahren verhängt worden war. Das Gericht erkannte das Urteil als verfassungswidrig an.

■ Vom 3. bis 5. Dezember fand in Peking eine japanisch-chinesische Beratung auf Ministerebene statt. Die japanische Delegation wurde von Außenminister Ito geleitet.

■ Die israelischen Behörden faßten den illegitimen Beschuß über eine wiederholte gewaltsame Deportation von Fahd Kawasmi und Mohammad Milhem, der Bürgermeister der palästinensischen Städte El Khalil und Halhoul. In den Städten und Ortschaften des Westjordanufers finden unausgesetzt starke Protestdemonstrationen der arabischen Bevölkerung gegen die grobe Willkür der israelischen Behörden statt.

■ Die Militärregierung der Türkei beschloß, die diplomatischen Beziehungen zu Israel „einzufrieren“ und ihr diplomatisches Personal aus Tel Aviv abzuberufen.



Die Polizei von Amsterdam ging erneut gegen obdachlose Hausbesitzer vor. Über 1000 Polizisten stürmten mit einem Panzerfahrzeug und Kränen ein Haus im Zentrum Amsterdams. In den umliegenden Straßen kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten, die sich für die Obdachlosen einzusetzen. Die Polizei machte von Tränengas, Wasserwerfern und Gummiknüppeln Gebrauch und nahm mehrere Personen fest. **Unser Foto:** Erstürmung des besetzten Hauses

Foto: AP-TASS

Der Dokumentarbericht von S. Kusmin „Eingedenk sein!“ (NZ 43, 44/80) ist meiner Ansicht nach ein großer Erfolg Ihrer Zeitschrift. Man kann nicht ruhig bleiben, wenn man liest, wie die Faschisten in den Todeslagern Millionen Unschuldige ausrotteten und welche Verbrechen sie in den verschlauten Staaten Europas verübt. Das darf nicht vergessen werden. Besonders jetzt, da Bändern von Neofaschisten lautstark Hitler preisen und durch die westeuropäischen Städte marschieren.

M. GASALCHONOW
Tadzhikische SSR

Bei dem Gerichtsverfahren in China wollen die jetzigen Führer des Landes der „Viererbande“ und der Gruppe Lin Biao die ganze Schuld für die schrecklichen Folgen der „Kulturrevolution“ anlasten. Man weiß doch aber, daß all diese Leute zu Lebzeiten des „großen Steuermanns“ seine treuesten Anhänger und eifrigsten Vollstrecker der irrsinnigen Pläne und Ideen Maos waren. Auf der Woge der „Kulturrevolution“ wurden auch einige jetzige Pekinger Führer nach oben gespült. Ich glaube, daß jeder sehr gut versteht: Hier wird über die „Viererbande“ und die Lin-Biao-Gruppe zu Gericht gesessen, auf der Anklagebank aber sitzt unsichtbar Mao Zedong.

A. PODOLNI
Moskau

Ich bin Bezieher Ihrer Zeitschrift. Durch Ihre Beiträge erfahre ich etwas über die tatsächliche Lage in der Welt, über die ernsten Probleme, vor denen die friedliebenden Länder, häufig durch Schuld des US-Imperialismus, stehen. Es ist ja für niemanden ein Geheimnis, daß die Tyrannen und Henker ihrer eigenen Völker in mehreren Staaten nicht ohne Beteiligung und Unterstützung des Weißen Hauses an die Macht gelangten. Gleichzeitig muß die Außenpolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten begistern, die nach Herstellung und Festigung von Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zu allen Völkern streben. Man kann nur bedauern, daß nicht alle Regierungen diesem Beispiel folgen.

António FIRMINO RAPOSO
Cercio, Miranda do Douro,
Portugal

MISSION FÜR DEN FRIEDEN

Blumengirlanden und frohe Gesichter, Festempfänge und herzliche Begegnungen sind die äußerlichen Anzeichen des Indienbesuchs Leonid Breshnews, der am 8. Dezember begann. Bereits dieses bunte, emotionsgeladene Bild ist für die sowjetisch-indischen Beziehungen recht kennzeichnend. Der Leonid Breshnew in Delhi von ganzem Herzen bereitete Empfang widerspiegelt die Empfindungen von Millionen Indern, ihren Wunsch nach Verständnis für die große positive Rolle, die Moskau in der Weltpolitik spielt.

„Ihre unermüdlichen Bemühungen als großer Staatsmann von Weltgeltung im Kampf für den Weltfrieden und die Zusammenarbeit finden in unserem Land hohe Anerkennung und Wertschätzung“, erklärte der indische Präsident Reddy bei der Begrüßung Leonid Breshnews.

In der Sowjetunion wird den Beziehungen zu Indien erstrangige Bedeutung beigemessen. Das beiderseitige Bemühen um den Ausbau der Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen, um die Koordinierung der politischen Anstrengungen bestimmt den Inhalt des Besuchs des sowjetischen Staatsoberhauptes.

„Ohne Übertreibung läßt sich sagen, daß Indien im sowjetischen Volk und in seiner Führung zuverlässige Freunde besitzt. Freunde in guten und in schlechten Zeiten, bei schönem Wetter wie bei schlechtem...“, sagte Leonid Breshnew in seiner ersten Ansprache in Delhi.

Erinnern wir uns: In den für Indien schwierigsten Zeiten erkannten seine besten Leute, auf wen sich ihr Land verlassen kann. Vor fast 50 Jahren schrieb in einer Einzelzelle des Gefängnisses von Dehra Dun ein Häftling Brief um Brief an seine Tochter. In dieser „freien Darstellung der Geschichte für die Jugend“, die später drei bemerkenswerte Bände des „Blicks auf die Weltgeschichte“ ausmachte, gelten einige Briefe Sowjetrußland und seinem Existenzkampf, das der Verfasser als „Ein Wunder unseres Jahrhunderts“ bezeichnete. Um Rußland leichter zu verstehen und zu erfassen, nahm der Autor zu folgendem Bild Zuflucht: Das sowjetische System, schrieb er, hat sich in allen asiatischen Gebieten des ehemaligen Zarenreichs, in Sibirien bis zum

Stillen Ozean und in Mittelasien „bis fast an die indische Grenze auf Rufweite“ etabliert.

Dieses Bild, das nicht nur die geographische, sondern auch die rein menschliche Nähe der Völker Indiens und der Sowjetunion symbolisiert, stammt von Jawaharlal Nehru, dem hervorragenden Mann der nationalen Befreiungsbewegung und ersten Ministerpräsidenten des unabhängigen Indiens. Außerordentlich eindringlich wird es jetzt empfunden, da der Fortschritt von Wissenschaft und Technik die Entfernung zwischen den Ländern und Kontinenten verringert hat. Allerdings sind für die tatsächliche Annäherung der Völker allein die wissenschaftlich-technischen Leistungen zu wenig, so groß sie auch sein mögen. Nötig sind das entsprechende politische Klima und Beziehungen, die es gestatten, die besten Leistungen des menschlichen Verstands zum Wohl der Völker zu nutzen.

Schon viele Jahre stehen Freundschaft und Vertrauen zwischen der Sowjetunion und Indien auf einer hohen, beständigen Ebene. Die feste Grundlage für die Beziehungen zwischen beiden Ländern bildet der 1971 geschlossene Vertrag über Freuden, Freundschaft und Zusammenarbeit, ein Vertrag zwischen dem ersten Land des siegreichen Sozialismus und dem größten friedliebenden Staat Asiens.

Das alles bestimmt auch die wahrhaft festliche Atmosphäre dieser Tage in Delhi. Die indische Hauptstadt empfing Leonid Breshnew nicht nur als Oberhaupt eines großen Staates. Man begrüßte ihn als guten Freund, dem die Sorgen der Inder am Herzen liegen. Man entsinnt sich hier gut seines vorigen Besuchs im November 1973, seiner Begegnung mit dem Volk am alten Roten Fort, seiner Ansprache im Parlament, des Inhalts und der Ergebnisse seiner Gespräche mit der Führung der Republik.

Seither sind in den internationalen Beziehungen viele Wandlungen eingetreten. Es gab Wenden zum Besseren und rauhe Stürme. Eine komplizierte Situation ist auch in unseren Tagen in der Welt und insbesondere auf dem asiatischen Kontinent entstanden. In Indien wird das besonders deutlich empfunden. Die Hauptsache aber ist, daß man dort immer besser begreift,



Während der Gespräche Leonid Breshnew—Indira Gandhi

Telebild: TASS

woher die rauen Winde wehen. Man ist sich hier bewußt, wer im Westen das Volk Kampuchea nicht in Ruhe läßt und weshalb, wer die Intervention gegen die afghanische Revolution organisiert und woher, wessen Flugzeugträger und Spezialeinheiten in der Nähe unabhängiger Staaten am Persischen Golf und am Roten Meer konzentriert sind, wer Stützpunkte im Indischen Ozean schafft. Das richtige Gespür für die Gefahrenquellen und die Erkenntnis der Spannungsursachen in diesem wichtigen Weltraum sind die Grundlage für eine realistische Politik.

Seit Erlangung seiner Freiheit spielt Indien eine sehr wichtige Rolle auf dem Weltschauplatz und bahnt gewissermaßen den Weg für die unabhängige Außenpolitik der jungen Staaten. Gerne erinnert sich die Weltgemeinschaft daran, daß gerade dieses Land Mitinitiator des antiimperialistischen Forums der afroasiatischen Staaten in Bandung

war und an der Wiege der Nicht-paktgebundenen-Bewegung stand. Das Auftreten gegen Kolonialismus und Rassismus, die Unterstützung für nationale Befreiung kämpfenden Völker, die Treue zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz haben der indischen Politik hohes Prestige eingetragen.

Selbstverständlich gefällt diese Politik nicht allen. Um sie zu behindern, greift man zu den unterschiedlichsten Formen der Einwirkung und des Drucks. Ende November schrieb „India To-day“ beispielsweise, Indien sei niemals unter den ersten Ländern gewesen, zu denen die USA Beziehungen der Zusammenarbeit unterhalten wollten. Seit 1971 tendierten die Amerikaner dazu, Indien als ein zu eng mit der Sowjetunion liiertes Land zu betrachten, als daß es ihnen in politischer oder strategischer Hinsicht nützlich sein könnte... Dieser Standpunkt wurde auch zur Basis der US-„Politik der wohlwollenden Negierung“ gegenüber Indien. Die Londoner „Financial Times“ mußte in einer Übersicht der britisch-indischen Handels- und Wirtschaftskontakte allerdings eingestehen, man gelange in Whitehall allmählich zu der Überzeugung, daß „Indien schon zu lange negiert“ worden sei.

„India To-day“ erinnert in einem Artikel an das Jahr 1971, in dem der sowjetisch-indische Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit abgeschlossen wurde. Dieses historische Dokument sei nicht nur die Bilanz der guten Beziehungen zwischen unseren Ländern.

Unsere Leser wissen, daß es in Indien kaum einen Staat gibt, in dem nicht ein Objekt der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit schon gebaut ist oder im Bau wäre. Es gibt sehr viele überzeugende Zahlen als Beweis dafür, daß die Sowjetunion einen beachtlichen Beitrag zur Schaffung und Entwicklung des staatlichen Wirtschaftssektors Indiens, der Grundlage seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit, geleistet hat.

Die Wahrheit über die tatsächliche Rolle der Sowjetunion bei der Stärkung der Unabhängigkeit der Länder Asiens, darunter Indiens, muß sich dennoch durch Verleumdungen Bahn brechen. „Gegen Rußland wird eine ununterbrochene und in hohem Maße verlogene Propaganda betrieben. Dabei werden die frappierendsten Märchen über die Greuelarten der Sowjets in Umlauf gesetzt.“ Wie aktuell klingen diese Worte, besonders wenn man an das wahrhaft frappierende Märchen denkt, die Sowjetunion wolle zum Persischen Golf vorstoßen und das dortige Erdöl erobern, oder an die politische Hysterie um Afghanistan, die dazu hochgespielt wird, um den

unerklärten Krieg der Imperialisten und ihrer Helfershelfer gegen das afghanische Volk und seine revolutionären Errungenschaften zu rechtfertigen. Die oben angeführten Worte aber wurden von Jawaharlal Nehru vor fast 50 Jahren geschrieben. Und sie mahnen, wie vor 50 Jahren, zur Wachsamkeit.

Nun empfängt Indien Leonid Breshnew wieder. Hier ist man überzeugt, daß sein Besuch es gestatten werde, unsere Freundschaft, die heute schon auf einer festen historischen Tradition fußt, auf eine neue Ebene zu heben. Diese Freundschaft ist Gegenstand des Nachdenkens und der Erforschung, weil sie den tiefgreifenden Demokratisierungsprozeß der internationalen Beziehungen sowie die Verwandlung eines Volkes ausdrückt, das Jahrhunderte hindurch Objekt der Weltpolitik war und nun zu ihrem gleichberechtigten Mitglied und Schöpfer wurde. Nicht zufällig verließ kurz vor dem Besuch in einem großen Saal der indischen Hauptstadt ein Seminar zum Thema „Die Begegnung Leonid Breshnews mit Indira Gandhi für Frieden, Entspannung, nationale Unabhängigkeit, Entwicklung, Stabilität und Fortschritt“. Nach Ansicht der Seminarteilnehmer ermöglicht es das neue Gipfeltreffen den Führungskräften unserer beiden Länder, nicht nur ihre Meinungen zu den wichtigsten Fragen der internationalen Lage auszutauschen, sondern auch Lösungswege festzulegen.

Diesen Gedanken bringen praktisch alle Zeitungen in unterschiedlicher Form zum Ausdruck. Am Ankunftstag des hohen sowjetischen Gasts brachten viele Blätter Artikel, Kommentare und Meldungen unter den Überschriften „Historischer Besuch Leonid Breshnews in Indien“, „Mission von Frieden und Freundschaft“, „Ein Freund Indiens“, „Beitrag Leonid Breshnews zu Frieden und Entspannung“. Obwohl es ein Werktag war, wurden auf den geschmückten Straßen vom Flughafen zur Stadt Leonid Breshnew und seine indischen Gastgeber von Abertausenden Einwohnern Delhis herzlich begrüßt.

Das indische Fernsehen hat zum ersten Mal in seiner Praxis eine Direktreportage vom Flughafen ausgestrahlt. Am Abend erfuhren die Inder über Fernsehen und Rundfunk vom Inhalt der ersten Ansprachen N. S. Reddys und L. I. Breshnews während des Essens.

Bei Übermittlung dieses Berichts dauern die Verhandlungen zwischen Leonid Breshnew und Indira Gandhi, der hervorragenden Staatspräsidentin des heutigen Asiens, an.

S. IRODOW, B. PISTSCHIK
NZ-Sonderberichterstatter

Delhi, am 9. Dezember

Die sowjetischen Wirtschaftspläne finden stets starke internationale Resonanz. Für die meisten Werktagen unserer Welt dienen sie als deutliches Beispiel, wie die Sowjetunion die Probleme der Gegenwart löst. Dynamik ist ein hervorragendes Merkmal unserer Gesellschaft, unserer Wirtschaft. Dynamik im Einklang mit der Kontinuität und Langzeitplanung. Im Entwurf „Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für 1981–1985 und für den Zeitraum bis 1990“ heißt es: „In den 80er Jahren wird die Kommunistische Partei konsequent ihre Wirtschaftsstrategie fortsetzen, deren höchstes Ziel das unaufhörliche Wachstum des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes, die Schaffung der besten Voraussetzungen für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeiten sind“.

Einkommensdynamik

Ausgang für die Fortsetzung dieser Strategie in den Jahren 1981–1985 war das 10. Planjahr fünf. Das Nationaleinkommen stieg auf 400 Md. Rubel, die Realeinkünfte pro Kopf der Bevölkerung um 17%. Lohnzu-schläge erhielten 31 Millionen Mitarbeiter des Nichtproduktionsbereichs der Wirtschaft, mehr als 50 Millionen Personen konnten neue Wohnungen beziehen.

Im neuen Planjahr fünf sollen die realen Pro-Kopf-Einkünfte um 16–18% steigen, der monatliche Durchschnittslohn für Arbeiter und Angestellte 190–195 Rubel erreichen (1980: 168 Rubel), die Einkünfte der Kolchosbauern aus der gesellschaftlichen Wirtschaft zunehmen. Zahlungen und Vergünstigungen aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds werden im neuen Planjahr fünf um 20% heraufgesetzt. Auch das hohe Tempo im Wohnungsbau wird beibehalten: Die Fertigstellung neuer Häuser mit einer Fläche von 530–540 Mio m² wird eine soziale Aufgabe von hoher Wichtigkeit im wesentlichen lösen: jede Familie mit einer separaten Wohnung zu versorgen.

Bei einem Vergleich der sozialen Ziele des 11. Fünfjahrplans mit den Ergebnissen des 10. kann man feststellen, daß die Zunahme der Geld-einkünfte etwa gleichbleibt, die Bevölkerung dafür aber besser mit Waren und Dienstleistungen versorgt wird. Merkmal dafür sind die geplante Steigerung des Einzelhandelsumsatzes um 22–25% und des Umfangs der Dienstleistungen auf das 1,4–1,5fache. Anders ausge-

UNSERE HAUPTRICHTUNG

Felix GORJUNOW

drückt, jeder zusätzliche Rubel zum Lohn wird „wertvoller“, weil eine bessere Versorgung mit Qualitätsgütern zu erschwinglichen Preisen erfolgt. Worin besteht das Wesen dieser Wirtschaftspolitik?

Die erhöhten Geldeinkünfte der Bevölkerung in den Jahren 1976–1980 haben bei uns die Produktion von Waren mit hoher Nachfrage überflügelt. Unter anderem entstanden Schwierigkeiten bei der Versorgung von Städten und Industrienzentren mit solchen Nahrungsmitteln wie Fleisch und Milch, kam es zu Engpässen bei einigen hochqualitativen Waren. Die kapitalistische „Marktwirtschaft“ löst derartige Probleme einfach: die erhöhte Nachfrage der Bevölkerung führt unausbleiblich zur Erhöhung der Preise. Die Inflation frisbt rasch die Lohnerhöhungen, die die Werktagen den Unternehmern mit Streiks und beim Abschluß der Tarifverträge abringen.

Anders ist es in der Sowjetunion, wo die Preisstabilität ein Bestandteil der Wirtschaftsstrategie ist. (Im 10. Planjahr fünfzehn z. B. verausgabte der Staat allein für die Aufrechterhaltung stabiler Einzelhandelspreise von Fleisch- und Milchprodukten rund 100 Md. Rubel, die Ausgaben für den Unterhalt des Wohnraumfonds, die nicht von den Mieten gedeckt werden, betragen bei uns jährlich rund 5 Md. Rubel). Die Stabilität der staatlichen Einzelhandelspreise für die wichtigsten Konsumgüter wird auch im neuen Planjahr fünfzehn beibehalten.

Strukturwandel

Wie nun wird die Erhöhung der Realeinkünfte gesichert?

Erstens durch das von der Partei vorgeschlagene Nahrungsmittelprogramm, durch den Ausbau der Agrar-Industrie-Komplexe. Die vorangegangenen Planjahr fünfzehn sahen einen beschleunigten Aufschwung der Landwirtschaft vor, aber er war nicht immer genügend mit den Nachfolgebereichen — Nahrungsmittelindustrie, Lagerung und Transport von Agrarprodukten — koordiniert. Das Nahrungsmittelprogramm koordiniert Planung, Finanzierung und Verwaltung des Agrar-Industrie-Komplexes so, daß hohe Endresultate erzielt werden.

Es sieht auch neue Investitionen in die Dorfgestaltung sowie eine weitere Annäherung der Lebensbedingungen von Land und Stadt vor. Den Hauptzuwachs der Agrarproduktion (im Planjahr fünfzehn um 12–14%) liefern Kolchosen und Sowchosen, er steigt jedoch auch in den individuellen Wirtschaften.

Zweitens durch Strukturwandel in der Wirtschaft: Durch die Gewährleistung eines rascheren Entwicklungstemplos im Zweig der Gruppe B, die Konsumgüter herstellt, gegenüber der Gruppe A, die Produktionsmittel liefert. Der Warenzuwachs in der Leichtindustrie soll nicht weniger als 20%, im kulturellen, Dienstleistungs- und Haushaltsbereich 40% betragen. Vorgesehen sind ferner Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Konsumgütern und die Orientierung ihrer Herstellung auf die gewandelte Nachfrage.

Im neuen Planjahr fünfzehn werden die Lebensbedingungen für ganze Bevölkerungsgruppen verbessert. Geplant ist die Steigerung der staatlichen Unterstützung für Familien mit Kindern sowie für Jungvermählte; die Verbesserung der Ernährung und Betreuung in Krippen, Kindergärten und in Schulinternaten; die unentgeltliche Ausgabe von Lehrbüchern an Schüler aller Klassen. Ab 1981 wird Frauen für die Pflege eines Kindes im Alter bis zu einem Jahr ein teilweise bezahlter Urlaub gewährt. Mütter mit Kleinkindern können einen verkürzten Arbeitstag oder eine verkürzte Arbeitswoche in Anspruch nehmen.

Verbessert wird die unentgeltliche medizinische Betreuung: Die Anzahl der Krankenhäuser soll zunehmen, sie erhalten modernere medizinische Ausrüstungen und Präparate, neue prophylaktische Maßnahmen werden ergriffen. Verbessert wird die Organisierung von Urlaub und Tourismus.

Wie wir sehen, stellt der Entwurf den Plan zur weiteren Verbesserung der Lebensqualität des sowjetischen Volkes in den Vordergrund und schafft neue Möglichkeiten für die Entwicklung der Persönlichkeit. Welches bürgerliche Land, das demagogisch die „Menschenrechte“ verteidigt, plant z. B. innerhalb von fünf Jahren eine unentgeltliche Berufsausbildung für 13 Millionen, eine

Fach- und Hochschulausbildung für 10 Millionen Jugendliche?

Die Apologeten des Kapitalismus können bereits nicht mehr leugnen, daß sich die Kommunisten Sozialaufgaben nicht nur stellen, sondern sie auch lösen. Ja, geben sie zu, das stimmt, jedoch nur auf Kosten der wirtschaftlichen Effektivität. In dieser Hinsicht aber sei die „Marktwirtschaft“ besser als die Planwirtschaft.

Ökonomische Effektivität ist ein Klassenbegriff: Im Kapitalismus bestimmt er die Profithöhe der besitzenden Minderheit, im Sozialismus dient der Grad der Befriedigung der materiellen und geistigen Ansprüche der gesamten Gesellschaft als Kriterium. Von diesem Blickpunkt her ist die sozialistische Wirtschaft, die nicht das Kraft- und schöpferische Potential von Millionen Menschen durch Massenarbeitslosigkeit verschwendet, nicht deren Löhne durch chronische Inflation abbaut, sondern das ständige Wachstum des Lebensniveaus des Volkes garantiert, unvergleichlich effektiver als die kapitalistische.

Intensivierung

Nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Erreichung der sozialen und wirtschaftlichen Ziele ist für den Sozialismus auch das Wirtschaftswachstum. Sein hohes Tempo in den Vorkriegsjahren und in den 50er sowie 60er Jahren basierte auf der extensiven Entwicklung der Volkswirtschaft, auf dem quantitativen Zuwachs der Ressourcen. Es wurden neue Werke und Erzgruben geschaffen und Neuland erschlossen. Die Entwicklung der Wirtschaft in die Breite sicherte ein hohes Wachstums tempo des Nationaleinkommens. Es stieg z. B. im 7. Planjahr fünfzehn (1961–1965) um 32%.

In jedem Jahr änderte sich auch der Gehalt des wirtschaftlichen Zuwachses, der Stellenwert jedes einzelnen Prozents. Ende der 70er Jahre wurden in der UdSSR z. B. mehr Strom, Erdöl, Erdgas, Mineraldünger und einige andere Industrieprodukte erzeugt als 1950 in der ganzen Welt. Wir stellen jetzt mehr Traktoren, Dampf- und E-Loks, Getreidekombines her als die USA, die BRD, Großbritannien und Frankreich zusammen.

Dieses riesige Wirtschaftspotential effektiver zu nutzen, aus jedem investierten Rubel, jeder Tonne Erz oder jeder Werkbank möglichst viel herauszuholen, nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der verschiedenen Erzeugnisse zu sichern, die wissenschaftlich-technischen Leistungen umfas-

WACHSTUMSKENNZIFFERN

1981—1985

NATIONALEINKOMMEN

18-20%

REALEINKÜNFTE [Pro Kopf der Bevölkerung]

16-18%

ARBEITSPRODUKTIVITÄT

IN DER INDUSTRIE

-23-25%

IN DER LANDWIRTSCHAFT

22-24%

Die Intensivierung der Wirtschaft bringt im Kapitalismus ein langsameres Zuwachstempo mit sich: In den USA war die Senkung des Gesamtzuwachstemplos in den 70ern außer von den verschärften Krisenprozessen durch den Strukturwandel in der Wirtschaft und ihren Übergang auf ein neues technisches Niveau bedingt. In der sozialistischen Wirtschaft, deren Dynamik nicht durch zyklische Krisen der Überproduktion unterbrochen wird, läßt sich planmäßig ein stabiles Entwicklungstempo sichern, das sowohl für die Erhöhung des Volkswohlstands als auch für den technischen Prozeß einen ausreichenden Zuwachs des nationalen Reichtums schafft.

Eine ökonomisch begründete Politik, nicht aber angebliche Gegensätze zwischen den sozialen Zielen und der ökonomischen Effektivität, die die bürgerlichen Ideologen nachweisen wollen, bestimmen die in den 70er Jahren eingetretene allgemeine Verlangsamung des Entwicklungstemplos der UdSSR-Volkswirtschaft.

Neue Wirtschaftsmethoden

Die sowjetischen Kommunisten verschließen andererseits nicht die Augen davor, daß 1976—1980, als der Übergang der Wirtschaft zur intensiven Entwicklung einsetzte, objektive und subjektive Faktoren entstanden, die das Wirtschaftswachstum bremsten. Von den fünf Jahren waren nur 1976 und 1978 für die Landwirtschaft relativ günstig. Es wurden bedeutende langfristige Investitionen in die Förderungsindustrie im Osten und im Norden des Landes nötig, einige Arten der materiell-technischen Ressourcen erwiesen sich als unausgewogen, es ist bislang nicht gelungen, den Verwaltungs- und Planungsmechanismus sowie die Wirtschaftsmethoden auf den Stand der modernen Erfordernisse zu bringen. Das Oktoberplenum des ZK der KPdSU machte auf die Notwendigkeit aufmerksam, die Organisationsstruktur der Wirtschaftsverwaltung so umzubauen, daß sie die Lenkung des komplizierten Systems der zwischenzweiglichen und der territorialen Produktionsbeziehungen mit der Initiative der Arbeitskollektive und der Wirtschaftsleiter — als einheitliches Ganzes — verbindet.

Auch die Planung selbst wird immer vollkommener. Der Entwurf der „Hauptrichtungen“ wurde nicht nur wie bisher für das kommende Planjahr fünf ausgearbeitet, sondern für 10 Jahre, bis 1990. Organisch fügen sich darin die Aufgaben für 1981—1985 ein, die zur Basis der Planauflagen für die einzelnen Zweige und Unionsrepubliken werden.

Orientierungspunkt für die Fernziele ist das für 20 Jahre berechnete Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Nehmen wir als Beispiel das Energieproblem. Die UdSSR verfügt über ausreichende Reserven an organischen Brennstoffen. Die alten, darunter umfangreiche, Erdölvorkommen im europäischen Landesteil, sind jedoch im wesentlichen erschöpft. Deshalb wird in den 80er Jahren außer dem beschleunigten Ausbau der Kernenergetik (die Kapazität der Kernkraftwerke soll im Planjahr fünf um 24—25 Mio kW steigen) und der Kohlevorkommen in den Brennstoffenergiekomplexen Kusbas, Kansk-Atschinsk und Eki-bastus ein Programm der forcierten Entwicklung der Erdgasgewinnung verwirklicht werden. Sie wird 1985 auf 600—640 Md. m³ ansteigen, vor allem durch die Erschließung der riesigen Vorkommen in Westsibirien. Das Programm sieht ferner den Bau von Erdgasleitungen, die Steigerung der Kapazitäten zur Verarbeitung von Erdgas für die Gewinnung von Chemiezeugnissen vor. Dieses einheitliche Programm berücksichtigt auch den wachsenden Erdgasbedarf der sozialistischen Länder und erhöhte Lieferungen dieses wertvollen Rohstoffs an unsere Geschäftspartner in Westeuropa.

Hier bietet sich unwillkürlich ein Vergleich an. Nach Expertenschätzungen verfügen die USA über bedeutende eigene Ressourcen an Naturbrennstoff. Die Kohlevorräte reichen für 250—300 Jahre, die Vorräte an Erdgas für 50 Jahre. Die USA haben Ölschieferreserven, die 250 Md. t Erdöl gleichkommen, gar nicht zu reden vom Erdöl selbst, dessen Jahresförderung bis auf 700 Mio t gebracht werden kann. Dennoch verläßt sich Washington bei der Suche nach einem Ausweg aus der Energiekrise nicht auf die Verstärkung des nationalen Energieprogramms, sondern auf die „Eingreiftruppe“ in den für die „USA lebenswichtigen Räumen“ der anderen Hemisphäre.

Zwei unterschiedliche soziale Systeme, zwei entgegengesetzte Wege zur Lösung der nationalen und internationalen Wirtschaftsprobleme, zwei Entwicklungsstrategien.

Die Bürger der Sowjetunion diskutieren gegenwärtig überall den von der Partei vorgelegten Entwicklungsentwurf für die 80er Jahre. Neue Vorschläge, Entwürfe gesamtstaatlicher und Republikspläne werden mit den örtlichen sozialen Entwicklungsprogrammen gekoppelt. Die Sowjetunion demonstriert die Demokratie in ihrer wirtschaftlichen und politischen Ordnung, in der die Zukunft des Staates die ureigenste Sache jedes Bürgers ist.

sender zu nutzen — diese Aufgabe ergab sich in den 70er Jahren, als der Zeitraum der extensiven Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft im wesentlichen abgeschlossen war. Obwohl die rasche Industrialisierung und weitere Erschließung der an Naturressourcen reichen Gebiete Sibiriens, des Fernen Ostens und Mittelasiens fortgesetzt werden wird, wird die Intensivierung doch zum hervorstechenden Merkmal des Fortschritts der Volkswirtschaft in den 80er Jahren werden. Dieser umfassende ökonomische Begriff meint einen solchen Typ der wirtschaftlichen Entwicklung, der nicht in die Breite, sondern in die Tiefe geht. Hauptzuwachsquelle wird weniger die Inbetriebnahme neuer Produktionskapazitäten als vielmehr die Umstellung bestehender Betriebe auf ein neues technisches Niveau sein.

Die rationelle Nutzung der materiellen, der Arbeitskraft- und Finanzressourcen wird im neuen Planjahr fünf durch eine höhere Arbeitsproduktivität gewährleistet. Ihre Steigerung um 17—20% ergibt einen Mindestzuwachs des Nationaleinkommens von 85—90%. Eine Reserve für das Wachstum der Produktivität wird insbesondere die Herabsetzung des Anteils der manuellen Arbeit und die Mechanisierung der Transportarbeiten, was es gestatten, mehrere Millionen Werktaftige mit komplizierteren Arbeiten zu beschäftigen.

DIE POSITION DER MONGOLEI

Vom 25. November bis zum 1. Dezember weilte Mangalyn DUGERSUREN, Mitglied des ZK der MVRP und Außenminister der Mongolischen VR, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der UdSSR. Unser Beobachter Juri Tawrowski interviewte ihn.



Wie verliefen die Verhandlungen in Moskau?

Wir sind über die Ergebnisse der Verhandlungen mit Außenminister Gromyko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, sehr befriedigt. Sie verliefen in einer Atmosphäre der traditionellen brüderlichen Freundschaft und vollen Verständigung. Beide Seiten verwiesen auf die unentwegte Entwicklung und Festigung der mongolisch-sowjetischen Beziehungen, der unverbrüchlichen Freundschaft und engen allseitigen Zusammenarbeit in voller Übereinstimmung mit den von Leonid Breshnew und Jumshagin Zedenbal unterzeichneten Dokumenten sowie mit den Vereinbarungen, die bei ihren traditionellen Treffen und Gesprächen erzielt wurden.

Während dieses Besuchs wurde ein Vertrag über die mongolisch-sowjetische Grenzregelung, die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe in Grenzfragen unterzeichnet. Er verallgemeinert die langjährigen Erfahrungen des Zusammenwirkens beider Länder auf diesem Gebiet, sieht die weitere Vervollkommnung einer solchen Zusammenarbeit vor und wird der Festigung des brüderlichen Verhältnisses MVR-UdSSR dienen. Die Gespräche bestätigten erneut die volle Einheit der Positionen unserer Parteien und Regierungen zu den erörterten Weltfragen. Natürlich wurde der Lage in Asien viel Aufmerksamkeit geschenkt und das einmütige Streben der MVR und der UdSSR zum Ausdruck gebracht, auf jede Weise zur Festigung von Frieden und Sicherheit in Asien beizutragen.

Könnten Sie die internationale Position Ihres Landes vor 60 Jahren mit der von heute, wo das mongolische Volk zum ruhmreichen 60. Jubiläum der Volksrevolution rüsst, vergleichen?

Die fast 60 Jahre seit dem Sieg der Volksrevolution 1921 brachten

uns einschneidende Veränderungen in der internationalen Position unseres Landes.

Die kapitalistische Welt nahm die Entstehung der Volksmongolei feindselig auf. Wiederholt versuchten die militaristischen Kreise Chinas und Japans, die Volksrevolution zu erwürgen und unser Land zu versklaven. Bis zur Krim-Konferenz 1945, auf der die führenden Westmächte die Unabhängigkeit der MVR anerkennen mußten, hoffte die kapitalistische Welt noch immer, sie international isolieren zu können.

Die politische, wirtschaftliche, militärische und diplomatische Hilfe der UdSSR war außerordentlich wichtig für die Entwicklung des mongolischen Volksstaates und die Festigung seiner außenpolitischen Position. Heute ist die internationale Lage der Mongolei fest wie nie zuvor. Unsere Republik ist aktives Mitglied der sozialistischen Ländergemeinschaft. Sie unterhält diplomatische Beziehungen zu 90 Staaten, mit vielen davon steht sie im wirtschaftlichen und kulturellen Verkehr. Die MVR gehört vielen internationalen Organisationen, darunter der UNO, an.

Die Festigung der internationalen Lage der MVR und ihr wachsendes Ansehen in der Welt sind auf mehrere Faktoren zurückzuführen, vor allem auf die radikale Veränderung des weltweiten Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und die zunehmende politische und wirtschaftliche Konsolidierung des mongolischen Staates. Dem waren auch die friedliche und internationalistische Politik der MVR, die aktive und konsequente Unterstützung der legitimen Rechte und Interessen unseres Landes durch die UdSSR und die anderen sozialistischen Bruderländer förderlich.

Die Mongolei ihrerseits ist sich ihrer internationalistischen Pflicht bewußt und hat Bruderländer, gegen die sich die aggressiven Umtriebe des Imperialismus und der Reaktion richteten, stets politisch und moralisch sowie materiell nach Kräften

unterstützt. So half unser Land dem vietnamesischen und dem koreanischen Volk, als sie den Befreiungskrieg gegen die USA-Aggressoren und ihre Handlanger führten. Die MVR unterstützt politisch und materiell die Völker von Afghanistan, Kampuchea und Laos, die ihre revolutionären Errungenschaften im Kampf gegen die Anschläge der USA-Imperialisten und Pekinger Hegemonisten verteidigen müssen.

Wir sind darauf stolz, daß die Volksmongolei, die breite internationale Kontakte auf verschiedenen Ebenen pflegt und auf alle wichtigsten Ereignisse in der Welt reagiert, heute ein aktives Mitglied der internationalen Gemeinschaft ist. Die MVR leistet ihren Beitrag zum Kampf der sozialistischen Länder und aller Friedenskräfte für einen dauerhaften Frieden, für Sicherheit, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt.

Wie beurteilen Sie die politische Situation in Asien?

Bei der Beurteilung der internationalen Lage in Asien zieht die Regierung der MVR viele Faktoren in Betracht. Vor allem möchte ich betonen, daß auf dem Kontinent die Kräfte des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts immer stärkere Positionen gewinnen und sich die Zusammenarbeit der Staaten und Völker erweitert. Eine hervorragende Rolle spielen bei der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Asien das Bündnis und Zusammenwirken der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder, ihr koordiniertes Vorgehen, Rolle und Einfluß der friedliebenden Staaten, z. B. der Republik Indien, nehmen zu.

Doch muß man sagen, daß wir Zeugen einer weiteren Eskalation von Abenteuern und Provokationen der herrschenden Kreise Chinas sind, die eine der UdSSR und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft gegenüber zutiefst feindliche Politik betreiben. Ferner erleben wir eine rasche Erweiterung und Vertiefung der militärpolitischen Partnerschaft der USA und Chinas unter Hinzuziehung Japans auf antikommunistischer und antisowjetischer Grundlage. Charakteristisch: Gerade in Asien versuchen die USA-Imperialisten und die chinesischen Hegemonisten, eine praktische Zusammenarbeit im Rahmen ihrer „parallelen Strategiekurse“ in die Wege zu leiten. Davon zeugen die bewaffnete Aggression und die nichtabreißenden militärischen Provokationen der chinesischen Abenteurer gegen die SR Vietnam, der nichterklärte Krieg der imperialistischen und hegemonistischen Kräfte gegen das Demokratische Afghanistan sowie ihre

gemeinsamen Versuche, die Volksordnung in Kampuchea zu unterminieren, ferner die weitere Vertiefung der Krisensituationen im Nahen und Mittleren Osten, die zunehmende militärische USA-Präsenz im Indischen Ozean, am Persischen Golf und in den anderen Asien umspülenden Meeren.

Nach Ansicht unserer Regierung sind die zielbewußte Politik und das aktive Handeln der sozialistischen Länder, in erster Linie der UdSSR, entscheidend im Kampf gegen die düsteren Pläne der imperialistischen, hegemonistischen und militaristischen Kräfte, für die Festigung des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts in Asien. In diesem Zusammenhang sei auf die Wichtigkeit der Verträge hingewiesen, die die UdSSR in letzter Zeit mit der SR Vietnam, der Demokratischen Republik Afghanistan, der VDR Laos, der VDR Jemen und anderen Ländern Asiens schloß. Unsere Regierung mißt der Festigung der sowjetisch-indischen Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit große Bedeutung bei. In Ulan-Bator betrachtet man den Indienbesuch Leonid Breshnews als neuen Beitrag zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Asien und der ganzen Welt.

Die Mongolei unterstützt die konstruktiven Initiativen, die die Außenministerkonferenz von Vietnam, Laos und Kampuchea im Juli d. J. unterbreitete. Ähnlich stehen wir zu den Bemühungen der DRA-Regierung, die Beziehungen zu den Nachbarländern zu normalisieren und die Lage in der Region zu stabilisieren. Die MVR schätzt die internationalistische Hilfe der UdSSR für das afghanische Volk hoch ein.

Ich möchte noch einmal an den Standpunkt der Mongolei zum Problem der Gewährleistung der Sicherheit in Asien erinnern. Es wurde von Jumshagin Zedenbal, Erster Sekretär des ZK der MRVP und Vorsitzender des Präsidiums des Großen Volks-Chural, dargelegt: „Die heutige politische Situation in Asien veranschaulicht auf das deutlichste die Notwendigkeit, den Frieden und die Sicherheit auf dem Kontinent in solidarischen, kollektiven Anstrengungen der asiatischen Staaten herbeizuführen. Wir sind dafür, daß Asien durch Festigung des Vertrauens, der gegenseitigen Verständigung und der antiimperialistischen Solidarität seiner Völker zu einem Kontinent des Friedens und der Zusammenarbeit wird.“

Wie gestalten sich die Beziehungen Ihres Landes zu China?

Die MVR-Regierung verfolgt eine prinzipienfeste Politik zur Unterhaltung der guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit China. Wir gehen davon aus, daß dies im Interesse unseres Volkes liegt, aber auch des chinesischen Volkes, dem die Mongolen Freundschaft und Achtung entgegenbringen. Doch steuern die Pekinger Führer noch immer einen vom feudalen China und von Mao Zedong geerbten annexionistischen Kurs gegenüber der MVR. Nicht von ungefähr entstellt Peking in letzter Zeit die Geschichte der Mongolei und ihres Staatswesens von Altertum bis heute auf jede erdenkliche Weise. Man versucht, die Expansionsglüste „wissenschaftlich-historisch“ zu begründen. Dieser Kurs äußert sich auch in konkreten feindlichen Handlungen gegen die MVR. Die chinesischen Führer erweitern die militärischen Vorbereitungen an der chinesisch-mongolischen Grenze. Dort werden immer mehr chinesische Truppenverbände disloziert, Anlagen und Straßen militärischer Bestimmung gebaut. Agenten werden zu Diversions und Sabotageakten in volkswirtschaftlichen Objekten in die MVR eingeschleust. Zu diesen Zwecken werden, ebenso wie zum Betreiben der Spionage, mongolische Bürger chinesischer Herkunft eingesetzt.

Ferner werden ideologische Diverisionen gestartet, die den Nationalismus in der Bevölkerung schüren und unsere Freundschaft mit den Bruderländern, vor allem mit der UdSSR, dem zuverlässigen Garanten des erfolgreichen Vormarsches der MVR auf dem Weg des Sozialismus, an schwärzen. Auch will man die Unabhängigkeit der MVR und ihre historischen Errungenschaften in Zweifel ziehen.

Peking betreibt wirtschaftliche Sabotage. Haus- und Wildtiere, die mit besonders gefährlichen Krankheiten verseucht sind, werden auf unser Territorium getrieben. Die größte Diversion dieser Art wurde 1974 verübt, als Zehntausende verseuchte Antilopen die Mongolei überschwemmten. Für ein Land, in dem die Viehhaltung für viele Menschen die Hauptinkommensquelle bildet, ist das eine sehr gefährliche wirtschaftliche Diversion.

Gretre ihrem prinzipiellen Kurs, sieht die MVR-Regierung ihre Pflicht darin, konsequent den Maoismus als eine dem Sozialismus, der nationalen Befreiungsbewegung, dem Frieden und der Völkersicherheit feindliche Kraft zu bekämpfen.

„In vielen Lebensbereichen steht die Gleichberechtigung der Frauen immer noch nur auf dem Papier“, gab Bundeskanzler Helmut Schmidt am 24. November, in seiner ersten Regierungserklärung nach den Bundestagswahlen, zu. Das ist ein bemerkenswertes Eingeständnis: Im 32. Jahr der Bundesverfassung, die die Gleichberechtigung der Geschlechter verkündet, will der Regierungschef „prüfen, ob die Situation der Frauen durch ein Antidiskriminierungsgesetz verbessert werden kann“. Er gesteht auch ein: „Frauen brauchen bessere Chancen im Berufsleben, sie brauchen Aufstiegsmöglichkeiten in Unternehmen, Behörden, in politischen Parteien, in Verbänden.“

All das wird in einem Land gesagt, dessen politische Führer sich rühmen, einen der demokratischsten Staaten der Welt zu vertreten, und dessen Diplomaten sich berechtigt wähnen, die anderen von oben herab bezüglich der Menschenrechte zu belehren. Am häufigsten geschieht das gegenüber den sozialistischen Staaten. Dabei ist dort, was in Bundeskanzler Schmidts Erklärung noch Zukunftsmusik ist, längst Wirklichkeit.

Wir begannen mit dem Thema der fehlenden Gleichberechtigung der Frauen. Es gibt aber andere Themen, die in der Regierungserklärung entweder gar nicht oder nur indirekt berührt wurden. Gehen wir auf

Die britischen Massenmedien berichten über das Geschehen in Nordirland ziemlich selten und nur ungern. Das ist verständlich. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte erklärte 1977 London für schuldig, die verhafteten Kämpfer für die Freiheit Ulsters unmenschlich und entwürdigend behandelt zu haben. Wenn die bürgerliche Presse schon etwas zu diesem „prekären“ Thema mitteilt, so häufig um den Eindruck zu erwecken, die Situation in Ulster normalisiere sich.

Nicht von ungefähr schwieg sich die britische Presse so gründlich aus, als in diesem Herbst das Buch des Journalisten P. Taylor „Werden Terroristen geprägt? Verhöre in Omagh, Cough und Castlereagh“ erschien. Der Autor führt zahlreiche Fakten an: Die Verhafteten auf den Polizeirevierien von Ulster werden auch nach der Stellungnahme des Europäischen Gerichtshofes geprägt und gemartert.

WENN DER REDEFLOSS VERSIEGT

Von unserem ständigen Berichterstatter Karen KARAGESIAN

diese versteckten Themen ein.

„Trotz weltwirtschaftlicher Schwierigkeiten“ (gemeint ist die kapitalistische Welt) „ist die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer in der Bundesrepublik seit 1977 um 900 000 gestiegen. 900 000 zusätzliche Arbeitsplätze!“ betont der Bundeskanzler mit Genugtuung, ohne allerdings zu erwähnen, daß die Arbeitslosenzahl in dieser Zeit so gut wie nicht zurückgegangen ist. Im Dezember hatte sie erneut fast eine Million erreicht.

Auch unter den Beschäftigten führen ganze soziale Gruppen eine kaum menschenwürdige Existenz. Der größten darunter widmete der Bundeskanzler einen ganzen Abschnitt seiner Regierungserklärung, „Integration von Ausländern“. Er erläutert: „Integration heißt, die Ausländer, die bei uns leben und arbeiten, so zu stellen, daß sie sich einbezogen und zu Hause fühlen können.“ Das klingt freundlich — aber der Bundeskanzler fügt hinzu: „Dies ist eine ganz schwierige Aufgabe.“ Warum? Nicht nur deshalb, weil die reaktionären und neonazistischen Gruppierungen die Kampagne „Stoppt Ausländer!“ gestartet haben. Selbst in der Regierungser-

klärung, die alles in allem wohlwollend zu den „Gastarbeitern“ steht, ist die Rede nur von einer „Integration“ und nicht von voller Gleichberechtigung. In der Praxis aber handelt es sich um eine leicht verschleierte Rechtlosigkeit, die vorprogrammiert und vom Gesetz geheiligt ist.

Von den 60 Millionen Bundesbürgern sind 4,5 Millionen Ausländer, und jeder dritte von ihnen lebt im Lande seit über 10 Jahren. Im „Stern“ lesen wir: „... obwohl Ausländer als Arbeitskräfte dringend gebraucht werden, sind sie als Menschen noch immer unerwünscht. Sie haben die gleichen Pflichten wie die Deutschen, aber nicht die gleichen Rechte.“

Die bürgerliche Propaganda gibt häufig zu verstehen, daß die Einwanderer in der Bundesrepublik glücklich sein müßten, kämen sie doch in den Genuss der bundesrepublikanischen Sozialfürsorge. Doch Ziffern belehren eines Besseren: Die Ausländer zahlen weit mehr SV-Steuern und -Beiträge, als sie von diesem System bekommen. Und wenn sie in der Notlage sind, tun sie besser daran, die Sozialhilfe



Die 17jährige Kordula Göte wollte nach der Schule Verkäuferin, die 16jährige Barbara Patriß Masseuse werden. Aber die Fachschulen hatten für sie — und für weitere 100 000 Jugendliche der BRD — keinen Platz.

Aus: „Stern“ (BRD)

nicht zu beanspruchen: sonst könnten sie ausgewiesen werden. An Kindergeldern erhielten die ausländischen Arbeiter allein im letzten Jahr 765 Mio DM weniger als die bundesrepublikanischen. Die Rechtskreise verbreiten außerdem das Gerücht, die Ausländer nähmen den Deutschen

GROSSBRITANNIEN

DRAMA AUF OFFENER SZENE

Von unserem ständigen Berichterstatter Wladimir PAWLOW

Vor etwa einem Monat veröffentlichte eine Gruppe namhafter Juristen (Prof. K. Boyle, die Universitätsdozenten Th. Hadden und P. Hillyard) einen Bericht, in dem sie den Rechtsbruch in Nordirland scharf kritisieren. Sie untersuchten u. a. über 300 Prozesse mit Anklagen auf Terrorismus, die in Ulster im Januar—April 1979 stattfanden, und gelangten zu dem Schluß: Die meisten Urteile wurden auf Grund der Geständnisse der Verhafteten gefällt, die diesen während langer Verhöre abgenötigt wurden. Die Juristen verweisen darauf, daß solche Geständnisse fast immer von Polizisten und nicht von den Verhafteten selbst geschrieben sind.

Die demokratische Öffentlichkeit Englands und vieler anderer Länder

ist empört über die unerträglichen Bedingungen, unter denen sich die eingekerkerten nordirischen Patrioten befinden. London weigert sich, sie als politische Häftlinge zu betrachten, und behandelt sie als Kriminelle — mit dem einzigen Unterschied, daß man die Kriminellen nicht solchen Folterungen, Prügeln und Erniedrigungen aussetzt.

Um ihre Rechte durchzusetzen, weigern sich 500 Häftlinge des Gefängnisses „Long Kesh“, eines der größten in der Welt, seit fünf Jahren, die Gefängnisluft- und Wäsche zu tragen sowie die Bettwäsche zu benutzen. Da ihre Forderungen nicht befriedigt wurden, traten 7 Häftlinge am 27. Oktober in den Hungerstreik. In einer Erklärung, die sie aus dem Ge-

fängnis schmuggeln konnten, heißt es: „Nachdem wir alle anderen uns verfügbaren Mittel und Möglichkeiten erschöpft haben, sehen wir keinen anderen Weg, diesen menschenunwürdigen Zuständen ein Ende zu machen... Wir Endunterzeichneten, die wir eine weitere Generation der aufständischen Iren vertreten, sind fest entschlossen, die Grundprinzipien von Recht und Gerechtigkeit zu verteidigen, weil es kein Recht in den Folterungen und keine Gerechtigkeit in der britischen Justiz gibt.“

Am ersten Tag des Hungerstreiks fand im Gebäude des britischen Parlaments eine Pressekonferenz statt, auf der Maura McKearney, die Mutter eines der sieben Häftlinge, erklärte: „Die eingekerkerten Republikaner sind keine Kriminellen, ihre Motive sind ihre tiefen politischen Überzeugungen.“ (Die Teilnehmer der republikanischen Bewegung in Nordirland treten für die Wiedervereinigung mit der Republik Irland

Arbeit weg. Aber laut Gesetz bekommt ein Ausländer Arbeit nur, wenn ein Bundesbürger sie nicht beansprucht.

Der Abschnitt der Regierungserklärung über die Rechtspolitik beginnt mit den Worten: „Wir wollen weiterhin mehr Gerechtigkeit und mehr Freiheit für den einzelnen in der Gesellschaft.“ Aber gerade in diesem Abschnitt mußte eine der heikelsten Fragen berührt werden, die mit dem flagranten Verstoß gegen die Rechtsordnung in der BRD zusammenhängt.

Freilich drückt die Regierungserklärung das sehr verklausulierte aus: „Wir wollen keine Extremisten im Staatsdienst. Wir wollen aber auch keine Opportunisten und Angepaßte. Wir werden nach Möglichkeiten suchen, bei der Prüfung der Verfassungstreue von Beamten dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit auch dadurch Geltung zu verschaffen, daß die Anforderungen nach den unterschiedlichen Funktionen differenziert werden.“

Nach gebührender Entschließung kommt man etwa auf folgendes: Die Bundesbehörden beabsichtigen, die Berufsverbote über die Kommunisten und anderen Andersdenkenden weiterhin zu verhängen. Aber sozusagen um ihren guten Willen zu zeigen, erklären sie sich bereit, „nach Möglichkeiten zu suchen“, nicht jeden der Ver-

fassungsuntreue verdächtigen Briefträger oder Lokführer gleich zu feuern. Zumal solche Entlassungen nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in den Nachbarländern Entrüstung hervorrufen.

Der „Radikalen-Erlaß“ ist inzwischen 9 Jahre alt — und noch immer suchen die führenden Politiker der Bundesrepublik nach Möglichkeiten zu seiner „Liberalisierung“...

Vor kurzem sah ich auf dem Bonner Bahnhof, wie sich etwa 20 Personen an die Säulen gegenüber den Kassenschaltern ketteten. Auf dem Bahnhof, weil viele Demonstranten ehemalige Eisenbahner waren und heute als Verfassungsfeinde verschrien sind. In einem Flugblatt, das sie unter Passanten und Fahrgästen verteilten, hieß es: „Wir sollen unter Druck gesetzt und von Existenzangst bedroht werden. Andere fortschrittliche Kollegen sollen dadurch von kritischem Denken und Handeln abgeschreckt, zu Duckmäusern erzogen werden.“

Die Demonstranten erhielten über 100 Solidaritätsschreiben, darunter aus Dänemark, Holland und Belgien. Aber in den entsprechenden Bonner Ministerien wurde ihre Delegation nicht vorgelassen.

In Bonn redet man gern von den Menschenrechten — aber nur, wenn es sich nicht um die Bundesrepublik handelt.

ein.) Frau McKearney betonte, daß ihr 28jähriger Sohn Tommy „ein Opfer der schlimmen Zustände der letzten zehn Jahre“ sei, wobei sie die tragischen Ereignisse in Ulster nach dem Einzug der britischen Okkupationstruppen meinte. Tommy McKearney wurde zu 20 Jahren Freiheitsentzug verurteilt, und dies nur aufgrund seines „Geständnisses“, das er nach grausamen Prügeln während der Verhöre gemacht hatte. Daß er geprügelt worden war, bestätigte ein Polizeiarzt.

Dem Aufruf von Komitees zum Schutz der Häftlinge von „Long Kesh“ folgend, werden in London, Belfast, Derry und anderen Städten in diesen Tagen Massenprotestdemonstrationen gegen die Willkür der britischen Behörden durchgeführt. Die KP Großbritanniens verurteilte die Regierungspolitik und betonte u. a. in ihrer Erklärung: Was sich in „Long Kesh“ und den anderen Konzentrationslagern und Gefängnissen von Ulster abspielt, sei schwer anders als Willkür des Repressivappa-

rates zu qualifizieren, den die britischen Behörden dort errichtet haben.

Der bekannte italienische Journalist Arrigo Levi veröffentlichte vor kurzem den Beitrag „Ulster — eine vor Europa verborgene Tragödie“. Darin kritisiert er scharf die britische Presse, weil sie der Öffentlichkeit die Wahrheit über die Sachlage in Nordirland vorzuenthalten sucht. Mit Befremden stellt er fest: Während die EG-Länder an Vorschlägen zur Beilegung der Nahostkrise labieren, besteht in ihrer unmittelbaren Nähe „ein Krisenherd, der zahlreiche Menschenleben fordert und gewaltige Leiden verursacht“. Die fast völlige Gleichgültigkeit der westeuropäischen Länder gegenüber dem Blut, das in Nordirland fließt, sei schockierend. Der italienische Journalist schließt seinen Beitrag mit der Frage, wie Europa die Augen vor dieser europäischen Tragödie, deren Ende noch nicht abzusehen sei, verschließen kann.

London

Die These C. Grays und K. Paynes in ihrem Beitrag in der „Foreign Policy“, der Sieg in einem Kernkrieg sei möglich, ist nicht originell. Vor vielen Jahren wurde dieser Gedanke in der höchsten militärpolitischen USA-Führung diskutiert. Sie fand ihren Niederschlag auch in amtlichen Dokumenten, was jedoch wohl nicht von allen in den USA erkannt wurde. Kein Zufall ist es deshalb, daß in den 70er Jahren nicht selten die Meinung geäußert wurde (sie wird auch von C. Gray und K. Payne geteilt), die amerikanische Kernkriegstheorie trete auf der Stelle und dürfe nicht von der „Aggressionsabwehr-Konzeption abweichen, in welcher der Akzent auf der Vernichtung der gegnerischen Städte lag. Indessen habe sich die Situation in der Welt verändert, sich ein strategisches nukleares Gleichgewicht UdSSR-USA ergeben, es komme zur ununterbrochenen Veränderung der nuklearen Kampfmittel, sie könnten „immer wirksamer“ eingesetzt werden. Die Autoren des kapitalen Werks „Die USA-Verteidigungspolitik“ (3. Auflage) schrieben: „Die Fähigkeit, als nationales Ziel einen totalen Krieg zu gewinnen, ist durch die Fähigkeit ersetzt worden, einen Überfall abzuwenden.“ Die Autoren eines dem Verteidigungsminister Brown im Sommer 1978 vorgelegten Berichts des militärwissenschaftlichen Rates formulierten ihren Gedanken noch konkreter: Die USA müßten „dazu bereit sein, einen großangelegten Krieg zu führen und nicht nur, einen solchen abzuwenden“.

In der USA-Militärdoktrin, die offiziell von der „Abwendung“, der „Verhütung“ der Kernkatastrophe ausging, trat die Tendenz, sich auf den Sieg in einem Kernkrieg zu orientieren, schon in der ersten Hälfte der 70er Jahre immer deutlicher zutage. Vor nur wenigen Monaten erinnerte die „Washington Post“ an den Inhalt des von Präsident Nixon unterzeichneten Memorandum Nr. 242 vom 17. Januar 1974. Darin hieß es u. a.: „Die Hauptaufgabe der amerikanischen Kernkräfte ist es, einen Kernkrieg abzuwenden.“ Doch dasselbe Memorandum schloß nicht aus, daß die USA als erster Staat Kernwaffen einsetzen, d. h. einen Kernkrieg entfesseln könnten. Von welchem „Abwenden“ kann man dann sprechen?

Wichtig ist auch folgendes. Das Memorandum befürwortete die Pläne eines „begrenzten“ Kernkrieges in seiner damaligen Auffassung und setzte das Ziel, „eine frühe Beendi-

STRATEGISCHE ILLUSIONEN

Lew SEMEJKO

In unserer Redaktion ist ein Brief Colin S. Grays, Leiter der Nationalen Sicherheitsstudien am Hudson-Institut und ehemaliger stellvertretender Direktor des Internationalen Instituts für strategische Studien, eingegangen. Sieht man vom Unwesentlichen ab, so ist der USA-Militärexperte nicht damit einverstanden, wie der New Yorker NZ-Korrespondent Juri Gudkow in Heft 35 der „Neuen Zeit“ einige Thesen aus seinem Beitrag in der Zeitschrift „Foreign Policy“ (zusammen mit Keith Payne) interpretiert hat. C. Gray schreibt: „Ich bin etwas darüber verstimmt, daß Sie die Absicht unseres Beitrags mißverstanden haben. Auf jeden Fall erwarte ich, daß er in der UdSSR Billigung findet.“ Um neuen Mißverständnissen aus dem Wege zu gehen, veröffentlichen wir den Wortlaut jenes Fassus aus C. Grays Brief, worin die Position der beiden US-Experten dargelegt ist:

„Der Kernkrieg ist möglich (was ein kaum sehr origineller oder ketzerischer Gedanke, sondern eine bedauernswerte Tatsache ist).

— Die Streitkräfte (in diesem Fall die strategischen Kräfte) müssen der gestalt sein, daß sie den Interessen der (defensiven) Außenpolitik des Staates dienen (ein Gedanke, der Clausewitz, Lenin und jedem sowjetischen Militärexperten von Ruf bekannt ist).

— Das Hauptziel der USA (oder der UdSSR) ist Abschreckung (darin sind wir uns wieder einmal einig).

— Falls es einmal aus Gründen, die heute undurchschaubar sein mögen, zum Krieg kommt, werden die USA, ebenso wie die UdSSR, alles tun, um das Vaterland und ihre Verbündeten zu verteidigen, was Versuche nach sich ziehen muß, die Streitkräfte der anderen Seite zu schlagen (was ist daran strittig?).

— Der Kernkrieg wird, wie auch immer er geführt werden mag, unbedingt Millionen oder Dutzende Millionen Opfer fordern.

— Schließlich glauben wir, ebenso wie die führenden sowjetischen Militärexperten, daß der Kernkrieg in praktischer Hinsicht gewonnen oder verloren werden kann. (Ich lege den Umstand, daß die UdSSR „den Sieg für möglich“ hält, nicht dahingehend aus, daß sie den Krieg will oder eine bedrohliche Haltung einzunehmen gedenkt, und auch Sie dürfen nicht ähnlich von uns denken.“)

C. Gray erklärt: „Ich und meine Kollegen sind immer bereit, gemeinsam mit sowjetischen Wissenschaftlern über allgemeine strategische Probleme zu diskutieren.“

Dem Wunsch des amerikanischen Wissenschaftlers entgegenkommend und zwecks objektiver Erörterung der aufgeworfenen Probleme bringen wir nachstehend einen Beitrag des sowjetischen Militärexperten Lew Semejko vom Institut der USA und Kanadas, Moskau.

gung des Krieges zu Bedingungen, die für die USA und ihre Bündnispartner annehmbar sind, zu erreichen“. (Übrigens wurde diese Formulierung später auch von Verteidigungsminister Brown übernommen.) Was bedeuten jedoch „annehbare Bedingungen“ der Einstellung von Kriegshandlungen? Bisher bedeutete das noch immer die Erreichung der einen oder anderen politischen Kriegsziele, d. h. einen bestimmten Erfolg im Krieg. Im Hinblick auf den weltweiten Kernkrieg enthält das Memorandum Nr. 242 eine noch genauere Formulierung: „...den USA und ihren Bündnispartnern den bestmöglichen Kriegsausgang zu sichern“.

Demnach wäre es schon Mitte der 70er Jahre nicht richtig gewesen, der USA-Militärdoktrin Bescheidenheit und überflüssige Akzentuierung des „Abwendens“ nachzusagen. Würde die militärpolitische USA-Führung die Möglichkeit eines Sieges im Kernkrieg völlig ausschließen, so wären auch die diversen

Konzeptionen der Kernkriegsführung in den 70er Jahren wohl nicht so gründlich ausgearbeitet worden, ganz zu schweigen von der im Sommer 1980 angenommenen Präsidentendirektive Nr. 59 mit ihrer weit mehr ausgeprägten Orientierung auf den Sieg im Kernkrieg.

Der amerikanischen Öffentlichkeit aber wurden die Ziele der USA-Militärstrategie wie folgt serviert: Abwendung und nochmals Abwendung; in einem Kernkrieg könne es keine Sieger geben; die USA-Strategie sei ausschließlich auf den „zweiten Schlag“ (Gegenschlag) orientiert. Demnach verfolge die USA-Militärdoktrin „Verteidigungsziele“, deshalb lohne jeder Aufwand zwecks Steigerung der USA-Militärmacht, gehe es doch darum, den Krieg zu verhüten.

Immer wieder wurde dabei unterstrichen, von Moskau gehe „doch größte potentielle Gefahr für die USA“ aus; die sowjetische Militärdoktrin sei nicht auf die Verhütung eines Krieges, sondern auf seine

Führung orientiert; das sei eine „Doktrin des Sieges“ im Krieg, eine Doktrin der militärischen Überlegenheit, des Erstschlages, der Expansion usw. usf.

Die „sowjetische militärische Bedrohung“ ist die zentrale These in der propagandistischen Begründung für die Ausgangspunkte der USA-Militärdoktrin. So meint Generalleutnant D. Graham, ein führender Berater der Republikanischen Partei und ehemaliger Chef des Erkundungsamtes im Verteidigungsministerium der USA, gerade diese These berechtige den Westen dazu, offen zu rüsten, „in Kriegen gegen die führende kommunistische Macht zu kämpfen, zu überleben und zu siegen“.

Wie sehen nun all diese Stereotypen der USA-Propaganda im Lichte der Präsidentendirektive Nr. 59 aus? Wie sind die Ausführungen C. Grays und K. Paynes in der „Foreign Policy“ mit ihnen zu vereinbaren?

Erstens läßt sich die amerikanische „Abwendung“ heute wohl kaum anders verstehen als ein Rauchvorhang für die Schaffung eines strategischen USA-Potentials, das den USA den Sieg im Kernkrieg ermöglichen soll. Auf welche Weise? Nun, zuerst die Möglichkeit einer „Zerschlagung“ der UdSSR sichern, ohne den Erstschlag gegen ihre Militärobjekte auszuschließen. Die USA müssen zugleich um jeden Preis die Fähigkeit zu einem „raschen Wiederaufbau“ aufrechterhalten, um die Nachkriegswelt nach ihrem Gusto einzurichten zu können. Die Fähigkeit zur Erreichung dieser Ziele bedeutet denn auch die „strategische Überlegenheit“, für die sich C. Gray und K. Payne einsetzen. Die Mittel? Präzisionskernwaffen gegen die Streitkräfte, und wie die Autoren des Beitrags in der „Foreign Policy“ schreiben, gegen die Verwaltung. Mittel, die ganz bestimmt imstande sind, die Militärobjekte sowie die Objekte der politischen und militärischen Verwaltung zu vernichten. Senator John Tower (sein politischer Einfluß ist neuerdings erheblich gewachsen) spricht in diesem Zusammenhang von einer Counter-Military-Strategie, d. h. einer voll und ganz gegen das Rüstungspotential der UdSSR gerichteten Strategie. Er meint, nur sie könne „einen Kernkrieg abwenden“.

Analysiert man diese Postulate, so sieht man ohne weiteres: Im Grunde sind sie der Abklatsch dessen, was der UdSSR in ihrer sogenannten Strategie des „Sieges im Kernkrieg“ zugeschrieben wurde. Wenn aber eine solche Strategie in

der amerikanischen Politologie, Militärtheorie und einfachen Propaganda stets als „aggressiv“ beurteilt wurde, warum nennen die USA heute ihre neue militärstrategische Konzeption „defensiv“?

C. Gray und K. Payne schreiben, die Macht der strategischen USA-Kräfte müsse einen Präsidenten befähigen, einen Kernkrieg „zu strafend, wenn auch politisch defensiven“ (?) Zwecken zu beginnen. Zeugt diese These, die an die Ziele der Direktive Nr. 59 anklängt, nicht klar genug von der Aggressivität der USA-Doktrin? Beide Autoren schlußfolgern: Sei man fähig, im Kernkrieg zu siegen, so würden auch konventionelle Kriege leichter fallen, schon deshalb, weil man solche Kriege nicht zu befürchten brauche, weiß man doch im voraus um den günstigen Ausgang einer eventuellen nuklearen Auseinandersetzung. Was ist das, wenn nicht ein Versuch, dem Pentagon die Carte blanche zu geben?

Faktisch setzen C. Gray und K. Payne ein Gleichheitszeichen zwischen der „Strategie der Abwendung“ und der „Strategie der Kriegsführung und Kriegsgewinnung“. Ein ähnliches Herangehen verrät auch die Direktive Nr. 59, die die strategischen USA-Kräfte darauf orientiert, mit „begrenzten Kernwaffenschlägen“ Tausende sowjetische Militärobjekte, politische und militärische Verwaltungszentren sowie entscheidende Industriekomplexe zu vernichten. Das ist eine typische Strategie des Aggressors, die, wenn auch falsch, darauf berechnet ist, auch nur die Möglichkeit der UdSSR zum Widerstand nach einem Überraschungsangriff zu unterdrücken.

Übrigens war und bleibt die Konzeption der „Abwendung“ in bezug auf die UdSSR völlig falsch. Sie setzt ja voraus, gerade die UdSSR werde den Überfall initiiieren und sei deshalb durch eine überzeugende USA-Nuklearmacht „abzuschrecken“. Wo bleiben aber die Tatsachen? Die UdSSR beabsichtigte niemals, die USA zu überfallen, und das ist keineswegs Propaganda. Wiederholte schlug die UdSSR ein Abkommen darüber vor, daß keiner der beiden Staaten als ersten nukleare und konventionelle Waffen gegen den anderen einsetzt. Ein solches Abkommen würde das Problem des Erstschlages überhaupt von der Tagesordnung absetzen. Aber die USA griffen die sowjetische Initiative nicht auf. Und wenn das „Abschrecken“ der politischen Grundlage entbehrt, erhält es eine andere Ausrichtung und ist im Grunde ein Versuch, die UdSSR einzuschüchtern und unter politischen

Druck zu setzen. Hier kommt es natürlich nicht auf das Wort, sondern eben auf den politischen Sinn an.

Zweitens drängt sich der Schluß auf, daß Washington in der Kernwaffenmacht ein immer „rationelles“ Mittel zur Erreichung seiner außenpolitischen Ziele sieht. C. Gray und K. Payne schreiben: „Wenn die amerikanische Nuklearmacht die außenpolitischen USA-Ziele sichern soll, so müssen die USA fähig sein, einen Kernkrieg rationell zu führen.“ Die Logik ist simpel: Wenn man in einem nuklearen Konflikt siegen kann, warum sollte man auf den Opponenten in einer Krisensituation nicht wenigstens ein bißchen Druck ausüben, ihm nicht mit katastrophalen Folgen drohen? Will er nicht nachgeben, so ist er mit einem „rationellen“ Hagel von Kernwaffenschlägen zur Kapitulation zu zwingen. All das bedeutet nur eins: Gewisse USA-Kräfte hoffen noch immer, einen „Ausweg“ aus jener nuklearen Sackgasse zu finden, die in den USA zur Zeit ihrer nuklearen Überlegenheit selbst konstatiert wurde. Doch ist das ein Ausweg ins Nichts. Die Erhaltung des Friedens kann nicht ewig auf einer immerzu wachsenden und vom Standpunkt des Einsatzes „aussichtsreicherer“ Stärke basieren. Das „Abwenden“ mit seiner potentiellen Gefahr der totalen Vernichtung ist bei weitem nicht die beste Methode, den Frieden zu erhalten. Unerheblich gefährlicher aber ist das „Abwenden“ oder „Abschrecken“ durch die Androhung eines „Sieges“. Denn in diesem Fall könnte die elementare politische und militärische Zurückhaltung verlorengehen und die Illusion der Straflosigkeit die Welt in die thermonukleare Katastrophe stürzen.

Drittens schließlich wollen wir auf die persönlichen Ansichten C. Grays und K. Paynes eingehen. In seinem Brief an die Redaktion „Neue Zeit“ schreibt C. Gray, man dürfe die Begriffe „Möglichkeit des Sieges“ und „Drang nach Krieg“ nicht durcheinanderbringen. Das sei ungerecht gegenüber den USA wie auch der UdSSR. Das stimmt. In der Tat wäre es primitiv, zwischen möglich und wünschenswert automatisch ein Gleichheitszeichen zu setzen. Zudem gilt eine solche „Möglichkeit“ in den USA, nach offiziellen Äußerungen der Washingtoner Führer zu urteilen, als problematisch.

Ja, all das stimmt. Doch darf man darüber nicht die Evolution der einschlägigen militärpolitischen Ansichten in den USA übersehen. Zuerst (Ende der 50er und in den 60er Jahren) hieß es, im weltwei-

ten Nuklearkrieg könne es überhaupt keinen Sieger geben. Dann, nachdem die USA die strategische Parität mit der UdSSR erkannten, wurde daneben auch erklärt, es sei möglich, „zu überleben und zu siegen“, wenn Washington in militärischer Hinsicht Moskau überrundet, aus der neuen Technologie alles heraushole und seine Nuklearstrategie modernisierte. Auch C. Gray trägt sein Scherlein bei zur Entwicklung der sehr gefährlichen Tendenz, überzugehen von dem Gedanken an die Unmöglichkeit des „Überlebens“ zu dem Aufruf, sich auf einen „rationellen Sieg“ vorzubereiten, wobei der Aufruf durch Empfehlungen untermauert wird, wie dies zu erreichen sei. All das läßt darauf schließen, daß C. Gray die Möglichkeit des Sieges im Kernkrieg nicht nur rein theoretisch erwägt. Das ist bereits eine Konzeption für die Praxis, zumal bald nach einigen einschlägigen Publikationen C. Grays die Direktive Nr. 59 entstand. Vielleicht besteht hier kein unmittelbarer, aber unbedingt ein logischer Zusammenhang, der von der Ausrichtung des amerikanischen Militärdenkens zeugt. Wenn die Direktive Nr. 59 gefährlich ist — und das ist bei weitem nicht nur der sowjetische Standpunkt —, so sind die recht eindeutigen Äußerungen und Empfehlungen des namhaften Mitarbeiters des Hudson-Instituts, auf den man auch außerhalb der USA hört, nicht minder gefährlich.

C. Grays Brief an die „NZ“ enthält nicht wenig vernünftige Thesen, denen zugestimmt werden muß: „Die Streitkräfte müssen den (defensiven) Außenpolitik des Staates dienen“, „Der Kernkrieg wird, wie auch immer er geführt werden mag, unbedingt Millionen oder Dutzende Millionen Opfer fordern“, u. a. Sie sind auch in dem Beitrag in der „Foreign Policy“ enthalten. Aber wie werden sie interpretiert? Und vor allem: Worauf setzt man den Akzent? Darauf, wie der Kernkrieg zu vermeiden oder darauf, wie er zu gewinnen sei? Leider macht die Entscheidung zugunsten dieser letzteren Variante die ganze Besorgnis, die C. Gray und sein Kollege über den Kernkrieg zeigten, zunicht. Ihres Erachtens müssen die USA, um die nukleare Katastrophe zu vermeiden, „sich den erwünschten Eindämmungseffekt“ sichern und eine „Strategie des Sieges“ ausarbeiten. Und weiter: „Die USA müssen die Niederlage der UdSSR planen, wobei die Kosten nicht die Wiederherstellung der USA nach den erlittenen Verlusten verhindern dürfen.“ Beide USA-Experten sehen eine

EINE GREUETAT

OHNEGLEICHEN

Enrique Alvarez Cordova, Juan Chacón, Manuel Franco, Enrique Barrera Escobar, Humberto Mendoza und Doroteo Hernández: Diese Salvadorianer, unterschiedlich in Alter, sozialer Herkunft und Beruf, haften eins gemein: ihre demokratische Gesinnung.

Als Führer der Revolutionären Demokratischen Front forderten sie kühn das heutige Regime El Salvadors, das die patriotische Bewegung in Blut ersticken will, heraus. Das konnte die Reaktion ihnen nicht verzeihen.

Am 27. November wurden sie von der Geheimpolizei unter Einsatz von 200 Soldaten bei einer Razzia festgenommen und in unbekannter Richtung verschleppt. Einen Tag später wurden ihre verunstalteten Leichen mit Spuren von Folterungen in der Umgebung San Salvadors aufgefunden.

Das neue ungeheuerliche Verbrechen des Unterdrückungsregimes löste bei der Weltöffentlichkeit Zorn und Entrüstung aus. Die Oligarchie El Salvadors und der reaktionäre Militärklüngel als ihr Werkzeug greifen, da sie der anwachsenden patriotischen Bewegung nicht mehr Herr werden können, zu den äußersten Maßnahmen.

Der bestialische Mord an den sechs führenden Vertretern des Volkes ist Bestandteil des „Befreiungsplans“ für El Salvador nach der im Weißen Haus ausgearbeiteten Formel „Reformen und Repressionen“. Die Führer der Nationalen Befreiungsfront „Farabundo Martí“ stellten in ihrer Erklärung fest, daß dieser Plan drei Stadien vorsieht: erstens bis Ende d. J. die Bewegung der Aufständischen niederzuhalten und die Führer aller Massenorganisationen zu besiegen; zweitens die restlichen Herde des Volksaufstandes zu liquidieren; und drittens, in einem schon „befriedeten“ Land, Wahlen abzuhalten, die die Herrschaft von Imperialismus und Reaktion verewigen sollen.

Laut Meldungen aus San Salvador bringt jeder Tag der Macht der rechten Christdemokraten und des reaktionären Militärs der Bevölkerung immer neue Leiden. Die Verantwortung dafür trifft Washington. Es ist klar, daß die Junta von Militärs und Zivilisten ohne seine militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung nicht lange an der Macht bliebe.

A. BARYSCHEW

Möglichkeit zur Abwendung des Kernkrieges darin, Hochpräzisionswaffen von mächtiger Vernichtungskraft zu produzieren, aggressive militärstrategische Konzeptionen auszuarbeiten, eine „wirksamere“ Gewaltandrohung zu betreiben — und nicht etwa darin, die Beziehungen zur UdSSR zu normalisieren, die Einschränkung und Begrenzung der Rüstungen voranzubringen, das gegenseitige Vertrauen zu stärken sowie das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit zu realisieren. Das macht eben den grundsätzlichen Unterschied zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Standpunkt aus.

Um zu rechtfertigen, warum die Notwendigkeit eines „amerikanischen Sieges“ im Kernkrieg zur Sprache gebracht werden müsse, betonen C. Gray und K. Payne, die sowjetische Militärstrategie laufe ebenfalls auf den Sieg der UdSSR und ihrer Bündnispartner hinaus. Einige USA-Experten berufen sich auf den Beitrag „Militärstrategie“ von Marschall der Sowjetunion Nikolai Ogarkow, der in der vor kurzem verlegten Sowjetischen Militärentzyklopädie veröffentlicht wurde (Bd. 7, S. 555—565). Darin heißt es u. a.: „Die sowjetische Militärstrategie beruht darauf, daß die UdSSR in Übereinstimmung mit ihren politischen Prinzipien diese“ (nukleare) „Waffe nicht als erster Staat zum Einsatz bringt. Sie ist auch grundsätzlich gegen den Einsatz der Massenvernichtungswaffen... Die sowjetische Militärstrategie geht davon aus, daß das Sowjetvolk und seine Streitkräfte zu äußerst schweren und langwierigen Prüfungen bereit sein müssen, falls der UdSSR ein Kernkrieg aufgezwungen wird. In diesem Fall werden die UdSSR und die sozialistischen Bruderstaaten gegenüber den imperialistischen Staaten gewisse Vorteile haben, bedingt durch die gerechten Kriegsziele sowie den fortschrittlichen Charakter ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Struktur. Das wird ihnen objektive Möglichkeiten für die Erreichung des Sieges schaffen.“

Vergleicht man diese sowjetische Interpretation der Bedingungen eines Sieges mit der, die heute in den USA, darunter von C. Gray und K. Payne in der „Foreign Policy“, propagiert wird, so sieht man den grundsätzlichen Unterschied. Die Frage des Sieges wird in der sowjetischen Militärstrategie, wie aus dem obigen Zitat hervorgeht, in durchaus sozialer, theoretischer Hinsicht, in den USA dagegen in durchaus militärischer, praktischer Sicht gestellt.

Die USA sind zum Ersteinsatz von Kernwaffen bereit, die UdSSR ist gegen den Erstschlag. In den USA erwägt man konkrete „wirksame“ Resultate der Vernichtung ganz bestimmter militärischer, wirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Objekte durch höchst treffsichere und mächtige Schläge, die ihnen den Sieg sichern sollen. Die UdSSR spricht nur von „objektiven Möglichkeiten“ für den Sieg der sozialistischen Länder, und auch dies nur im Falle, wenn ihnen „der Kernkrieg aufgezwungen wird“. Es handelt sich nicht um militärische, sondern um soziale Vorteile (solche Vorteile waren bekanntlich auch für den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg entscheidend).

Leider werden die sowjetischen Absichten in den USA häufig gelinde gesagt recht willkürlich interpretiert. Zu dieser Methode greifen sogar hochgestellte Persönlichkeiten. So brachte das Oktoberheft des Bulletins der Amerikanischen Wissenschaftlerförderung einen Beitrag, worin der heutige Pentagon-Chef kritisiert wird, weil er einige grundsätzliche Thesen der sowjetischen Militärstrategie entstellt hat. Wie es in dem Beitrag heißt, entstelltte Verteidigungsminister Brown in seiner Rede im Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten am 16. September den erwähnten Artikel von Marschall Ogarkow durch Streichungen dermaßen, daß die Zuhörer eine völlig falsche Vorstellung von den Ansichten der sowjetischen Militärführung über die Frage des Sieges im Kernkrieg erhalten. Im Bulletin lesen wir: „In Wahrheit ist das Zitat aus Marschall Ogarkow, wenn vollständig angeführt, nicht so entsetzlich. Angenommen wird, daß der Krieg ‚relativ kurz‘ sein werde, und die ‚objektiven‘ Möglichkeiten zur Erreichung des Sieges werden nur durch ‚gerechte Ziele des Krieges und den fortschrittlichen Charakter des‘ (sowjetischen) ‚sozialen und staatlichen Systems‘ geschaffen.“

Somit dürfen die Versuche einiger USA-Autoren kaum begründet sein, die Ausarbeitung der Probleme des „amerikanischen Sieges“ in den USA nur als Antwort auf die „sowjetische Herausforderung“ darzustellen. Die UdSSR geht an dieses Problem dem Inhalt und dem Charakter nach prinzipiell anders heran. Ihrem Standpunkt liegt der Realismus und nicht die strategische Illusion darüber zugrunde, daß der Verlauf der sozialen Entwicklung durch Kernsprengköpfe zu bestimmen sei.

DER LEHRMEISTER

Die lachenden kanadischen Geschäftslute kriegen geradezu die Maulspur. Messer und Gabel wurden vergessen und man lauschte nur noch dem Ehengast, Rhodesiens einstigem Premier Jan Smith. Der erzählte ihnen, was eine Harke ist.

Den Kanadiern geht es wie allen Leuten in den westlichen „Demokratien“ ziemlich schlecht, packt Smith den Stier bei den Hörnern. Sie sind Verdammte, weil ihr System auf dem absurdem Prinzip „ein Mann — eine Stimme“ beruht. Wenn es aber ein schlechter Mann ist! Alle westlichen Demokratien müßten „Meritokratien“ werden. Das kommt von „Meritien“.

Wie aber lassen sich solche Meritien feststellen? Ganz einfach: Wer seine Stimme abgeben will, muß seine Möglichkeiten und Leistungen vorweisen. Sagen wir, ein Scheckbuch, die Möglichkeit, einen Rolls Royce zu kaufen, oder einfach einen Geldpacken aus der Tasche zu ziehen, wenn's geht, etwas dicker. Dann bestehen keinerlei Gefahren für die Demokratie.

Jan Smith jedenfalls erworb sich bei seinem Lunchunterricht in Politik Meritien. Er erhielt 5000 Dollar.

G. VIKTOROW



Pekings Schlangentänze

Zeichnung W. Tschakiridis

Der Bundesdeutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ wollte auf einen Schlag einem ganzen Dutzend Sowjetgazetten eins überbraten. Hatten die doch über eine Aktivierung des Neonazismus in der BRD gemupft.

„Der Spiegel“ selbst hatte, rare Ausnahme unter den BRD-Medien, von den Aktivitäten der Neonazis recht ausführlich Notiz genommen. Eine Oktoberausgabe erschien mit einem Titel, auf dem Opfer des Attentats von München vor ein riesiges Hakenkreuz montiert waren, das über der BRD aufragte. Eine ziemlich deutliche Anspielung. Warum dann regen

SPIEGLEIN, SPIEGLEIN...

die marschierenden Nazis auf dem NZ-Titel, den „Der Spiegel“ zur Illustrierung eines neuen Artikels zu diesem Thema vorwies, das Magazin auf! Man hat den Eindruck, die Leute hätten Angst vor der eigenen Courage bekommen und wollten nun sicherheitshalber sowjetische Pressemeldungen herunterspielen.

Der „Spiegel“-Verfasser beklagt sich darüber, wie in der UdSSR das Problem Neofaschismus abgehandelt werde. So gefällt ihm nicht, daß das UdSSR-Fernsehen angeblich zu häufig

DIE EMANZIPIERTE

Vor ein paar Jahren verbrannten die um die Emanzipation kämpfenden US-Damen öffentlich ein paar ihrer Fummel, aus denen sie heraus wollten. Die Gesetzgeber machten viel Wind, ratifizierten aber den Zusatz über die Gleichberechtigung der Frau nicht.

Immerhin haben die Amerikanerinnen doch manches erreicht. Sie werden an Militärhochschulen immatrikuliert und dürfen Armeedienst tun. Kürzlich bekam das Pentagon eine weitere und ziemlich kräftige weibliche Verstärkung. Die Chef-Polit-Analytikerin in der System Planning Corporation Amoretta Hoeber.

„Miß Hoeber, warum setzen Sie sich für die Herstellung neuer Arten chemischer Waffen ein?“ fragte sie der „U.S. News & World Report“-Korrespondent.

„Ich bin dafür, weil ich glaube, daß es nötig ist, unsere chemischen Waffen zu modernisieren, um eine ausgeglichene Abschreckung zu bewahren“, meldete Miß

Streifen über den Kampf gegen den Faschismus abspult. Das Magazin will nicht einsehen, daß für ein Volk, das 20 Millionen Menschen an den Faschismus verloren hat, eine aufmerksam-wachsame Beobachtung aller Hinweise auf eine Belebung der braunen Gefahr mehr als natürlich ist.

Aber es geht nicht nur um mangelnden Einsichtswillen. „Der Spiegel“ vertraut seinen, hoffentlich nicht allzu leichtgläubigen Lesern an: „Daß Deutsche nun einmal Faschisten sind, wurde auch auf dem Höhe-

Hoeber soldatisch.

„Würden die USA nicht besser einen Vertrag anstreben, der alle Arten chemischer Waffen verbietet, anstatt die Herstellung neuer Waffen aufzunehmen?“ ließ der Korrespondent nicht locker.

Miß Hoeber aber ist eine geduldige Lady. Sie



erläutert: Ja, ein Vertrag wäre zwar besser, aber ohne Kontrolle undenkbar. Und damit hängt es, denn dann würden die Russen in US-Chemiebetrieben herumschnüffeln. Außerdem sagt Miß Hoeber ihr analytischer Verstand (kei-

punkt der Entspannungsbemühungen zwischen Bonn und Moskau weiter an den sowjetischen Schulen gelehrt.“

Hier dürfte es sich um ziemliche politische Falschmünzerei handeln. Der Verfasser wird schwerlich in einem sowjetischen Lehrbuch eine Bestätigung für seine These finden.

„Der Spiegel“ müßte eigentlich wissen, daß nicht nur in den Schulen, sondern überall in der UdSSR Millionen Deutsche in der DDR als treue

Bonn

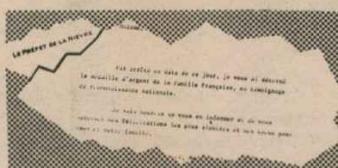
ZWEI BRIEFE

och die Fak-
die Russen
auf die Ver-
er Reserven
ürden, ob-
Krem nicht
damit.

Generale in
über die
tigung zu
wäre Amo-
cheinlich die
alle männli-
gen erhiel-
ikanerinnen,

Rührend war das, ja sogar patriotisch. 1979 erhielt Madame Dudrat in Nevers (Frankreich) eine Silbermedaille, weil sie acht Kinder aufgezogen hatte. „Zum Zeichen der nationalen Anerkennung“, wie es herzlich in einem Schreiben der Behörden (Faksimile links) hieß.

1980 bekam Madame Dudrats Mann ebenfalls einen Brief (Faksimile rechts). Daraus erfuhr er, daß sein Haus verkauft werde. Wegen Ver-

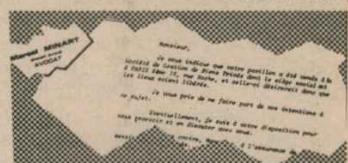


schuldung, wie die Behörden ohne alle Herzlichkeit mitteilten.

Die Familie Dudrat fliegt auf die Straße, von Patriotismus keine Rede mehr, ebensowenig wie von der Medaille „Zum Zeichen nationaler Anerkennung“.

L. MAKAREWITSCH

Faksimile aus „Humanité“
(Frankreich)



CANBERRAS GEHEIMNISSE

„Report on this page stopped by High Court injunction“. Dieser knappe Satz konnte natürlich nicht die weißen Stellen in der australischen Zeitung „Sydney Morning Herald“ füllen. Die neugierig gemachten Leser von „Age“ vermochten nur zu rätseln, was sich hinter dem Kopf „The ANZUS Papers“, der der Zensur schreibe entkommen war, verbarg. Bald aber wurde alles klar. Die Empörung der Upper ten hatten Beiträge über die Beziehungen Australiens zu seinem ANZUS-Partner USA ausgelöst.

Jeder Staat hat es natürlich mit seinen militärischen Geheimnissen

Vielleicht ließ sich das australische Gericht davon leiten? Übrigens erläuterte auch Außenminister Street den Zen-



surschnitt mit der Sorge um die „grundsätzlichen nationalen Interessen“.

Australische Journalisten allerdings sind anderer Meinung. Sie glauben, der Grund für die Einmischung der Zensur läge darin, daß die von

Alltagsrealität: US-Truppen in Australien (unten). Das machte die Zensur (oben).

Fotos aus „Newsweek“ (USA)



„Age“ und „Sydney Morning Herald“ in Druck gegebene Beiträge etwas Licht in die sogenannten besonderen Beziehungen zwischen Australien und den USA bringen. Das US-Magazin „Newsweek“ schrieb, „die Dokumente zeigen Australien als einen sehr jungen Partner, der gefallen möchte und offenbar bereit ist, sich mit einer sekundären Rolle zufrieden zu geben“.

Das Bemühen Canbellas, diese Sekundärrolle zu verbergen, führt manchmal zu paradoxen Situationen, schreibt „Newsweek“. Jedes Mal, wenn Washington vorhatte, irgendwelche Angaben über eigene Stützpunkte auf australischem Boden zu machen, widersetze sich Canberra. Die Administration Malcolm Fraser sei die „verschlossenste,

die es je in Friedenszeiten gab“, erklärte Australiens ehemaliger Botschafter in den USA Renouf. Canberra, äußerte er nicht ohne Ironie, mache heute buchstäblich alles zum Top secret. Sogar Zeitungsausschnitte.

Bei „Sydney Morning Herald“ und „Age“ sind die Behörden sogar noch weiter gegangen. Sie haben ihnen unangenehme Informationen noch vor der Veröffentlichung abgedrosselt. Das allerdings fand kein Verständnis der breiten Öffentlichkeit, und das Gericht mußte das Verbot aufheben. Jedoch nur in Bezug auf den ersten Artikel einer von den beider Zeitungen vorbereiteten Serie.

W. KSENIN

KOFFER PACKEN

Stewart Burton gehörte zum „nichtdiplomatischen“ Personal der US-Botschaft in Mexiko, genauer zur CIA.

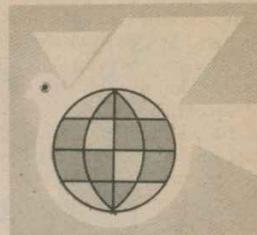
Dort ist er kein Neuling. Man hatte ihn schon als Studenten angeheuert. Seine „Laufbahn“ begann er gleich als Vice-Konsul im São-Paulo (Brasilien), meldet die mexikanische „Excelsior“. Dann gab es Arbeit in Argentinien, Peru, Chile und schließlich in Mexiko. Burton geriet ganz schön ins Schwitzen, während er zwei Dienstleiter gleichzeitig nahm: die diplomatische und die Spionagelieder. In Chile war er beispielsweise Botschaftssekretär, in Mexiko dagegen schon Botschaftsrat. Auch in der CIA kam Burton voran.

Das Spionagenetz in Mexiko leitete Burton seit 1978. Morde, Sprengstoffanschläge, Gefängnisbrüche, das alles war sein Werk.

Der Vorgänger des jetzigen US-Residenten in Mexiko mußte die Koffer packen, als mexikanische Journalisten sein Treiben aufdeckten. Jetzt ist Burton an der Reihe. Wer wird der nächste sein?

N. SHOKWER

Weg der SI in die 80er



Von unserem Sonderberichterstatter
Alexander WEBER

Wie in unserem ersten Beitrag festgestellt wurde, herrschte auf dem XV. SI-Kongreß das Thema Frieden vor. Zwar sind die Sozialdemokraten da nicht immer konsequent, ja mitunter widersprüchlich, aber wir konnten doch konstatieren, daß der Kongreß die Fortsetzung des früheren Kurses auf Beibehaltung der Entspannung, auf militärische Entspannung, auf Einstellung des Wettrüstens bestätigte.

Aber die Tagesordnung umfaßte noch zahlreiche andere Fragen: Beurteilung der internationalen Lage in einigen Regionen, Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsstaaten, Beschäftigungsprobleme, Prinzipien und Ziele der Sozialistischen Internationale (darunter die Frage der Menschenrechte) und Auseinandersetzung einer neuen Grundsatzerkklärung.

Auch diese Fragen, die zweifellos von selbständiger Bedeutung sind, wurden bezeichnenderweise meist vom Standpunkt der Aussichten auf die Erhaltung des Friedens, die Überwindung der internationalen Spannungen und die Einstellung des Wettrüstens diskutiert.

* * *

Willy Brandt betonte ebenso wie in früheren Reden den engen Zusammenhang zwischen den Problemen der Erhaltung des Friedens und denen der gesellschaftlichen Entwicklung, zwischen der Einstellung des Rüstungswettkampfs und der Liquidierung von Hunger und Rückständigkeit in den Entwicklungsländern. Das Wettrüsten erhöhe keineswegs die Sicherheit des Menschen, es mache ihn nur ärmer. In Brandts Reden und denen vieler anderer wurde auf folgendes verwiesen: Die wachsende Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsstaaten sei eine weitere gefährliche Spannungsquelle und könne angesichts der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen Konflikte verursachen.

Die Besorgnis wurde u. a. ausgesprochen, daß die Präsidentschaftswahlen in den USA für die Lage in Lateinamerika und im kari-

bischen Becken negative Folgen haben könnten.

In seinem Bericht über die internationale Lage erklärte Dr. Bruno Kreisky: „Wir möchten davor warnen, die Entwicklung in Lateinamerika zu ignorieren.“ Auf der Pressekonferenz fragte man ihn, wie sich die SI zu den ihr nahestehenden lateinamerikanischen Parteien und deren Erwartungen angesichts der Verschärfung der Lage verhalte. Er antwortete:

„Aus meiner Rede werden Sie eine gewisse Besorgnis über die eventuelle Entwicklung in Lateinamerika heraus hören. Wir möchten nicht noch einmal eine Situation erleben, wie sie zur Zeit des Vietnamkriegs entstand.“

Solche Äußerungen gingen zwar mitunter mit Vorbehalten einher, die den politischen Sinn abschwächten. Aber einige Redner äußerten sich bestimmter. Das fand seinen Niederschlag in der Kongressresolution, wo es heißt: „Wir sind beunruhigt über einige Kommentare des republikanischen Präsidentschaftskandidaten der USA bezüglich Lateinamerikas... Wir werden die Haltung der neuen Administration zu Lateinamerika und zur Karibik als ein Zeichen ihrer Position in der ganzen Welt betrachten.“

* * *

Zur Parole des Kongresses gehören neben dem Wort Frieden die Wörter Freiheit und Solidarität.

Diese Begriffe sind allen teuer, die sich für den sozialen Fortschritt einsetzen, und entsprechen dem Streben der Völker nach einem gerechten und demokratischen Frieden. Doch kann ihnen je nach sozialpolitischem Zusammenhang unterschiedlicher Inhalt untergelegt werden.

Daß sich der Kongreß ausführlich mit der Lage in Lateinamerika beschäftigte, erklärt sich u. a. daraus, daß die dortige Entwicklung in Westeuropa, besonders bei der jungen Generation der Sozialisten, sowie bei den Christen und den Vertretern anderer ideologisch-politischer Richtungen lebhafte Interesse hervorruft. Dem tragen die sozialdemokratischen Führer Rechnung. Die SI hatte zum Kongreß als

Beobachter viele Vertreter der antikommunistischen, demokratischen Bewegungen und Parteien Lateinamerikas eingeladen. Bayardo Arce, ein Führer der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung, hielt auf dem Kongreß eine flammende Rede. Unsere Revolution ist in Gefahr, sagte er, und wir brauchen die Unterstützung aller Fortschrittskräfte. Der Kongreß befürwortete die Einsetzung eines internationalen Komitees zum Schutz der nikaraguanischen Revolution, dem 15 namhafte sozialdemokratische Funktionäre angehören. Vorsitzender: der spanische Sozialistenführer Felipe Gonzalez.

Die Kongreßteilnehmer bekundeten ihre Solidarität mit der revolutionären Demokratischen Front von El Salvador, mit den Völkern Boliviens, Guatemalas, Uruguays und Paraguays, mit den chilenischen Sozialisten und Demokraten. Befremdend wirkt jedoch, daß sich die SI nachgerade zum einzigen Verteidiger der Interessen der lateinamerikanischen Völker aufwarf. Das ist eine Anmaßung. Bekanntlich beteiligen sich die Sowjetbürger, die Völker der anderen sozialistischen Länder und sonstige demokratische Kräfte aktiv an der Solidaritätsbewegung für die lateinamerikanischen und anderen Völker, die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit ringen.

Außerdem: Spricht man offen, so ist die von der SI deklarierte Solidarität mit den Völkern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens von wenig eindeutigen Motiven eingegeben. Hinter der Rhetorik stecken auch recht prosaische Berechnungen.

Aber selbst unter diesen Vorbehalten erscheint die von der SI bezeugte Position zur Befreiungsbewegung in Lateinamerika wichtig, denn alles in allem trägt sie zum gegenwärtigen Kampf für Frieden und Demokratie bei.

Anders steht es um die Solidaritätsbekundungen an die Adresse der „polnischen Arbeiter“. Die Ereignisse in Polen dem Kampf der Werktagen für ihre Rechte in den kapitalistischen Ländern gleichzusetzen, bedeutet einen falschen Weg zu gehen. Die Situationen und Probleme sind völlig unterschiedlich. Die Arbeiter der sozialistischen

Zweiter, abschließender Beitrag.
Anfang siehe NZ Nr. 49/80.

Länder haben Rechte, den Arbeitern in den kapitalistischen Ländern fehlen viele davon. Der Sozialismus kennt keine Arbeitslosigkeit, keine Massenentlassungen usw., kennt also nicht die sozialen Verhältnisse, die in den kapitalistischen Ländern die Arbeiter zum ständigen Kampf für ihre Rechte und Interessen zwingen und ihn zugleich durch die harten Gesetze des sogenannten freien Marktes und des Privatunternehmertums beschränken.

Übrigens mußte der Kongreß diese Frage eigens untersuchen: Gemäß der Tagesordnung wurde ein Bericht über die Politik der Beschäftigung erörtert. Diskussionsteilnehmer stellten fest, daß die Massenarbeitslosigkeit entgegen lange Zeit gehalten Illusionen erneut in den westlichen Ländern grassiert. Wie soll diesem Übel, dieser Not von Millionen Menschen entgegengewirkt werden, wie kann man ihnen trotz der fortbestehenden Stagnation die Beschäftigung sichern? Die Sozialdemokraten sprechen davon nicht zum erstenmal, die Arbeitslosigkeit aber nimmt inzwischen weiter zu.

Und so scheuen die bürgerlichen Massenmedien kein Mittel, um durch Spekulationen über Polen die Werkstätigen des Westens von den katastrophalen Folgen der anwachsenden Krise des Kapitalismus abzulenken. Als Bayardo Arce eine Pressekonferenz abhielt, fragte man ihn nach seiner Meinung über die Ereignisse in Polen. Er antwortete: Die imperialistische Presse manipuliert die Tatsachen, bauscht sie auf und spekuliert auf diese Ereignisse, aber die großen Streiks in Venezuela und anderen lateinamerikanischen Ländern erwähnt sie überhaupt nicht.

Gerechtigkeitshalber sei gesagt, daß Brandt in bezug auf Polen betonte: Dort, wo die Sozialdemokraten, die bzw. eine Regierungspartei darstellen, befolgten sie das Prinzip der strikten Nichteinmischung in die Angelegenheiten der anderen Länder. Und so beabsichtigte die SI nicht, „die Nase in fremde Angelegenheiten zu stecken“. Eine solche Haltung wäre nur zu begrüßen. Aber wie Tatsachen zeigen, wird vom Westen aus, einschließlich der Länder, in denen die Sozialdemokraten an der Macht sind, eine auf Polen abgestimmte Hetzkampagne betrieben. Wie Stanislaw Kania vor kurzem auf dem ZK-Plenum der PVAP sagte, werde die Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens ernstlich dadurch erschwert, daß sich in einige Gliederungen dieser Bewegung, die ihrem Inhalt nach eine Arbeiterbewegung ist, Gruppen und

Personen eingeschlichen haben, die mit imperialistischen Diversionszentralen im Ausland liiert sind.

Auch Afghanistan wurde in der Diskussion wiederholt erwähnt, hierbei aber das Wesen der Ereignisse, der Charakter der Beziehungen zwischen Afghanistan und der UdSSR entstellt. Wenn von „Solidarität“ mit dem „afghanischen Volk“ geredet wird, drängt sich die Frage auf: Von welcherart Solidarität? Mit den fortschrittlichen sozialen Kräften, die die Rückständigkeit des Landes, die archaischen, halbfeudalen Zustände überwinden, die Bildung und Aufklärung verbreiten, das Volk der Zivilisation des 20. Jahrhunderts teilhaftig werden lassen wollen? Oder mit den reaktionären Kräften, die, von der äußeren Reaktion unterstützt, die Zurückgebliebenheit und Unwissenheit eines Teils der Bevölkerung benutzen, um dem Fortschritt entgegenzuwirken? Schade, daß sich keiner der Diskussionsteilnehmer mit dieser Frage auseinandersetzt.

Die Nahostlage wurde ebenfalls nicht gerade tiefscrifend analysiert, dafür aber eine auf äußeren Effekt abgestellte politische Aktion gestartet: Außerhalb des Kongreßrahmens fand ein Treffen statt, an dem Boutros Ghali, der Delegationsleiter der mit dem Beobachterstatus eingeladenen Nationaldemokratischen Partei Ägyptens, der Vorsitzende der israelischen Arbeitspartei Shimon Peres sowie Brandt und Kreisky teilnahmen. Sie gaben eine gemeinsame Erklärung ab, die auf dem Kongreß verlesen und als wichtige politische Initiative dargestellt wurde. Die Erklärung fordert die arabischen Staaten und Israel auf, Verhandlungen aufzunehmen, um ein Abkommen gemäß den Resolutionen Nr. 242 und Nr. 338 des Sicherheitsrates zu erzielen. In allgemeiner Form unterstützt die Erklärung die „legitimen Rechte des Volkes von Palästina“, ohne jedoch etwas konkret darüber zu sagen und die PLO auch nur zu erwähnen.

Das rief die Unzufriedenheit und den Protest vieler Delegationen hervor. Die spanischen und italienischen Sozialisten brachten den Entwurf einer Deklaration ein, den andere Parteien unterstützten und in dem u.a. die Rede von der Notwendigkeit ist, die PLO als die legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes und gleichberechtigte Partnerin bei den möglichen Verhandlungen anzuerkennen. Der Entwurf wurde jedoch nicht angenommen, weil die israelische Delegation dagegen war.

Der Eindruck entsteht, daß einige SI-Kreise besondere Hoffnun-

gen in einen erneuten Machtantritt der israelischen Arbeitspartei setzen: Angeblich ist sie gemäßigter als die extremistische Gruppierung Begins. Die Schlussresolution behauptet, die Arbeitspartei sei die einzige Kraft, die den Nahostfrieden unter Teilnahme Israels gewährleisten könne (dabei ist sie bekanntlich gegen das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und auf die Schaffung eines eigenen Staates und fordert eine Überprüfung der Grenzen zugunsten Israels). Von der PLO und ihrer Rolle in der künftigen Friedensregelung enthält die Resolution kein einziges Wort. Übrigens auch nichts über Camp David.

Die Differenzen in der SI im Hinblick auf die Haltung zur PLO ließen direkt auf, zumal die SI-Parteien mit ihr schon früher Kontakte gepflogen hatten. Auf der abschließenden Pressekonferenz wurden viele Fragen zu diesem Thema gestellt. Könnte man sich einen Nahostfrieden ohne Mitwirkung der PLO vorstellen? Eine direkte Antwort darauf erhielten die Journalisten nicht. Die Tatsache, daß sich der Kongreß nicht eindeutig mit dem Kampf des palästinensischen Volkes, mit der PLO solidarisierte, zeigt, daß konjunkturbedingte taktische Berechnungen in der SI mitunter die Oberhand gewinnen.

* * *

Großen Raum nahmen in der Diskussion Fragen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Westen und den Entwicklungsländern oder, wie das in der Tagesordnung formuliert war, das Nord-Süd-Verhältnis, ein.

Immer wieder beriefen sich die Redner auf einen Anfang 1980 veröffentlichten Bericht der Brandt-Kommission. Wie in der sowjetischen Presse schon festgestellt wurde (siehe die Zeitschrift „Mirowaja Ekonomika i meshdunarodnyje Otnosheniya“, Nr. 10/80), ist an diesem Bericht positiv, daß er die Nord-Süd-Beziehungen in Zusammenhang mit den Aufgaben bei der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit, der Abrüstung und Entspannung bringt, zahlreiche Fakten anführt, die die schwere Lage der Entwicklungsländer, den Grad ihrer Rückständigkeit veranschaulichen, und die transnationalen Konzerne kritisiert. Aber die wichtigsten Empfehlungen des Berichts, die den Entwicklungsländern zwar bis zu einem gewissen Grade nützlich sein können (ob sie überhaupt realisierbar sind, ist allerdings eine andere Frage), sind vor allem durch die Interessen des Westens selbst, durch sein Bestreben diktiert, die

Widersprüche einzuebnen und eine noch schärfere Konfrontation mit der Entwicklungswelt zu vermeiden. Der Bericht sollte dem Westen eine flexiblere Politik und den Entwicklungsländern größere Nachgiebigkeit an die Seele binden. Die Berufungen auf „gemeinsames Interesse“ und „wechselseitige Abhängigkeit“ (davon wurde in diesem Zusammenhang auch auf dem Kongreß gesprochen) hatten im Grunde nur das Ziel, die Entwicklungsländer fester an das Wirtschaftssystem des Westens, d. h. an den Kapitalismus, zu fesseln.

Die Vorschläge des „Brandt-Reports“ werden von vielen sozialdemokratischen Parteien, von der SI akzeptiert, können jedoch wohl kaum die Parteien und Organisationen befriedigen, die die Entwicklungsländer vertraten. Das zeigte sich sofort in der Diskussion.

Carlos Andrés Pérez, Ex-Präsident von Venezuela, sagte als Referent zu dieser Frage: „Die Beziehungen von Herrschaft und Unterordnung können nicht mehr durch scheinbare Gleichberechtigung maskiert werden.“ Doch sei dieser Umstand im Bericht der Brandt-Kommission nicht klar genug zum Ausdruck gekommen. Der Bericht befriedige nicht ganz, weil die darin vorgeschlagenen Reformen im Rahmen der bestehenden Machtstruktur (im kapitalistischen System) nicht zu verwirklichen sind. Um die Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu beseitigen, müsse man den Status quo verändern, eine „Umverteilung der Macht“ vornehmen. Dabei schlage der Bericht keine wesentlichen Strukturreformen im Sinne dieser Aufgabe und keine adäquaten und hinreichenden Maßnahmen vor, die die Übergabe wirtschaftlicher Ressourcen und Technologien an die Entwicklungsländer vorsehen.

C. A. Pérez machte seinen westeuropäischen Kollegen und den westlichen Regierungen, darunter den sozialdemokratischen, ernste Vorwürfe und charakterisierte in dramatischen Worten die reale Sachlage in den Beziehungen zwischen dem Westen und den Entwicklungsländern. Er sprach von einem „neokolonialistischen System des wirtschaftlichen Totalitarismus“ und davon, daß der Imperialismus neueste Technologie benutzt, um die Abhängigkeit der Entwicklungsländer zu vergrößern.

„Wir müssen befremdet feststellen: Nachdem es uns gelungen ist, den nazistisch-faschistischen Totalitarismus zu beseitigen, sehen wir uns einem neuen Totalitarismus gegenüber, der ebenso gefährlich und todbringend ist, nur daß er nicht mit Kugeln, sondern durch Hunger tötet.“

Viele Delegierte müssen sich bei diesen Worten recht ungemütlich gefühlt haben. Dafür fand die Erklärung Anklage bei vielen Delegierten der Länder der dritten Welt, sowohl solcher, die der SI angehören, als auch der als Beobachter eingeladenen. Die Versuche der internationalen Sozialdemokratie, einige fortschrittliche soziale Kräfte Lateinamerikas, Afrikas und Asiens, die objektiv zum Kampf gegen die Monopole und den Imperialismus gezwungen sind, für sich zu gewinnen, schaffen also neue Widersprüche in den sozialdemokratischen Reihen, und dies auf breiterer Grundlage als früher.

* * *

Da die SI ihren Einfluß auf Regionen außerhalb Westeuropas ausdehnen will, wird ihre Zusammensetzung bunter. Das konfrontiert die SI-Führung mit neuen ideologischen Problemen. Auf der Tagesordnung des Kongresses stand der Punkt „Prinzipien und Ziele“. In diesem Rahmen wurde u. a. die Frage der Menschenrechte erörtert. Gesagt sei, daß hauptsächlich der Kapitalismus, die autoritären und diktatorischen Regimes in Lateinamerika, Afrika (RSA, Namibia) und Asien (Südkorea u. a.) wegen Verstöße gegen die Menschenrechte kritisiert wurden. Die Redner berichteten über konkrete Beispiele solcher Verstöße auch in den wichtigsten kapitalistischen Ländern.

Doch äußerte sich hier sofort der Doppelcharakter der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Konzeption der Menschenrechte unterscheidet sich zwar gewissermaßen von der liberal-bürgerlichen (Anerkennung der sozialökonomischen Rechte, darunter des Rechts auf Arbeit), weist aber ebenfalls ein klassenindifferentes, abstraktes Herangehen an die politischen Rechte auf. Daher röhrt das Bestreben, die Kritik am Kapitalismus durch Ausfälle gegen die Länder des realen Sozialismus „wettzumachen“. Auf dem Kongreß unterzogen sich hauptsächlich die Vertreter ant sowjetischer Emigrantengruppierungen, die sich noch immer auf dem Hinterhof der SI produzieren, dieser Aufgabe, aber ihnen sekundierten auch die Vertreter einiger westeuropäischer Parteien: Mitterrand, Rocard, Margherita Boniver u. a.

Im allgemeinen fiel auf, daß die SI im ideologischen Bereich immer

größere Schwierigkeiten hat. Die noch Anfang der 70er Jahre gestellte Aufgabe, ihr ideologisches Gepäck zu „erneuern“, wurde nicht gelöst, und so muß die SI daran denken, ihre „ideologische Integrität“ zu bewahren. Wie aus Gonzalez' Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Ausarbeitung der neuen Grundsatzklärung der SI, (statt der Frankfurter Deklaration von 1951) zu entnehmen war, stieß die Kommission, der er seit 1978 vorstand, auf Schwierigkeiten. Ebendeshalb forderte Gonzalez auf, „Geduld zu üben“ und „nichts zu überstürzen“. Er kritisierte das in Oslo 1962 angemommene Dokument, versuchte jedoch, die Frankfurter Deklaration, von der es in den SI-Kreisen vor fünf Jahren hieß, daß sie, weil noch vom kalten Krieg und groben Antikommunismus geprägt, veraltet sei, gewissermaßen zu rechtfertigen.

Eine Art Illustration zur ideologischen Verwirrung in der Sozialdemokratie waren die letzten Kongreßminuten. Zum Schluß wurde die Internationale gesungen. Viele sangen mit, sogar mit Gefühl. Aber wie müssen das Saragat, Craxi, Rocard, überhaupt der rechte SI-Flügel aufgenommen haben? Oder die Vertreter der Emigrantengruppen, die nur noch vom wütenden Antisowjetismus und Antikommunismus zehren? Einige Anwesende, vor allem die spanischen Sozialisten, erhoben die geballte Faust zum republikanischen Gruß. Aber eben nur einige.

Abschließend noch einmal zu den eingangs zitierten Worten Brandts: „Ich weiß nicht, was aus der Menschheit in den 80er Jahren wird.“ Dann fügte er hinzu: „Wie kann ich da sagen, was aus der Sozialistischen Internationale wird!“

Diese doppelte Besorgnis ist zu verstehen. Auf jeden Fall ist klar: Die 80er Jahre werden die internationale Organisation der Sozialdemokratien ernst auf die Probe stellen. Vor allem gilt das für das Versprechen der SI, aktiver zum Frieden, zur Entspannung, zum Kampf gegen das Wettrüsten, für die Abrüstung und somit zum Fortschritt der Menschheit beizutragen.

Madrid — Moskau

„NEUE ZEIT“

50.80



DER ZUSAMMENBRUCH DES KOLONIALISMUS

Vor 20 Jahren, am 14. Dezember 1960, nahm die 15. UNO-Vollversammlung die Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker. Eine völlige Aufhebung des Kolonialsystems brachte in der UNO die Sowjetunion zur Sprache. Diese Initiative unterstützten die anderen sozialistischen Länder und viele Staaten Asiens und Afrikas.

Mit der Deklaration, in der es heißt, daß dem Kolonialismus in allen seinen Erscheinungsformen „unverzüglich und ohne jede Einschränkung ein Ende gemacht werden muß“, und mit den anderen daraus resultierenden UNO-Beschlüssen wurde demnach der Kampf der Völker der Kolonien für ihre nationale Befreiung im Weltmaßstab als legitim anerkannt.

DIE NATIONALE BEFREIUNG

Prof. Nodari SIMONIA

Der Kolonialismus ist eine der abscheulichsten Ausgeburten des Kapitalismus. Jahrhundertelang zimmerte er seine Kolonialreiche und scheute vor keinerlei Verbrechen zurück, denn es ging ja um einen endlosen Zustrom von Reichtümern und Naturschätzen in die sogenannten Mutterländer. Die unterjochten Länder wurden außerdem zu bequemen und für den Kapitalismus lebenswichtigen Absatzmärkten gemacht.

Für die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bedeutete der Kolonialismus neben wirtschaftlicher Ausbeutung auch geistige Knechtung, Demütigung und Verelendung.

Bis zum ersten Weltkrieg, dieser Rauferie der imperialistischen Schakale um eine Neuauftteilung der Welt, erstreckten sich die Kolonialbesitzungen über 56% der Erdoberfläche und waren von 31,5% der Erdenbevölkerung bewohnt. Zählt man die faktischen Halbkolonien hinzu, so steigen diese Prozentsätze auf 72 bzw. 69. Im 20. Jahrhundert ereigneten sich aber die wichtigsten Entwicklungen im nationalen Befreiungs-

kampf fast gleichzeitig mit den bedeutendsten Wandlungen in der Geschichte Rußlands und der UdSSR. Gleich nach der russischen Revolution von 1905 setzte, wie Lenin sagte, das Erwachen Asiens ein. Die Große Oktoberrevolution eröffnete ein neues Kapitel in der Geschichte der Menschheit, sie machte der Unterjochung von Völkern ein Ende. Mit dem Ende des zweiten Weltkriegs und der vernichtenden Niederwerfung des Faschismus begann eine neue, mächtige Welle der nationalen Befreiung und führte schließlich zum Zerfall des Kolonialsystems des Imperialismus.

Das erste Nachkriegsjahrzehnt war für die frei werdenden Völker eine Zeit von Sturm und Drang. Alle größten Kolonien in Asien gingen zu einer unabhängigen Entwicklung über (Indien, Pakistan, Indonesien, Vietnam, Burma, Sri Lanka u. a.). Winston Churchill, der gesagt hatte, er sei nicht erster Minister Seiner Majestät geworden, um bei der Liquidierung des Britischen Reiches den Vorsitz

Alle Staaten der Welt wurden aufgerufen, diesen Kampf allseitig zu unterstützen.

Eminent wichtig ist dieses Dokument deshalb, weil es die Aufhebung des Kolonialismus zu einer Kardinalfrage der Weltpolitik gemacht und einen starken Impuls zum endgültigen Zusammenbruch der Kolonialreiche gegeben hat. Tatsächlich finden sich heute auf der politischen Weltkarte außer den rassistischen Kolonialdomänen ganz im Süden Afrikas nur noch vereinzelte kleine Kolonialbesitzungen.

Der Kampf ist nicht zu Ende. An der Tagesordnung ist eine restlose Ausmerzung des Kolonialismus und seiner Folgen. Diese Aufgabe ist natürlich vom Kampf für einen festeren Frieden, für eine vertiefte Entspannung und dafür, daß dem Wettrüsten Einhalt geboten wird, nicht zu trennen.

zu führen, mußte dessen Zerfall trotzdem mit ansehen.

Nach Mitte der 50er Jahre begann auch Afrika zu erwachen. Die Unabhängigkeit errangen Marokko, der Sudan, Ghana und Guinea. Seinen Höhepunkt erreichte dieser Vorgang jedoch 1960. Dieses Jahr wird nicht von ungefähr das Afrika-Jahr genannt. Auf der politischen Karte dieses Kontinents erschienen 17 neue Staaten. Das französische und zugleich auch das belgische Kolonialreich brachen faktisch zusammen.

Die Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker war sozusagen der Anfang vom Ende der Liquidierung des militärisch-politischen kolonialen Knechtschaftssystems. Der veredende Kolonialismus, der sich noch immer nicht damit abfinden wollte, daß er geschichtlich dem Untergang geweiht war, führte noch in einigen Weltgegenden Nachhutgefechte.

Blickt man heute auf den Weg zurück, den die Völker der Kolonien und Halbkolonien gegangen sind, so erkennt man besonders deutlich die radikalen Veränderungen in der Welt. Unter den Schlägen der Revolution in Portugal und dem Ansturm der Freiheitskämpfer in seinen afrikanischen Besitzungen fiel das letzte, das portugiesische Kolonialreich.

In 20 Jahren seit Annahme der UNO-Deklaration über die Entkolonialisierung

nisierung erschienen als Ergebnis des antikolonialistischen Kampfes 51 neue Staaten auf der politischen Weltkarte (24 in Afrika, 7 in Asien, 10 in Südamerika, 1 in Europa und 9 in Ozeanien). Aus den Kolonialketten waren ca. 140 Millionen Menschen befreit worden, die auf mehr als 10 Mio km² leben.

Allerdings klammert sich der Imperialismus noch immer an seine Positionen. Über 20 Millionen Afrikaner, die Stammbewohner der RSA und Namibias, sind einer brutalen Rassendiskriminierung und Ausbeutung ausgesetzt. Das Objekt einer eigentlichen Kolonialherrschaft der USA ist nach wie vor das Treuhandschaftsgebiet Mikronesien, bestehend aus mehr als 2100 Eilanden und Atollen im Westpazifik. In Ozeanien sind etwa 15 Inselgruppen und Inseln noch immer im Besitz Englands, Frankreichs, der USA und anderer Länder. Annähernd 15 größtenteils aus Inseln bestehende Länder und Gebiete der westlichen Halbkugel werden von denselben Staaten sowie von Holland als „Überseedepartments“, „Überseebesitzungen“ oder „assoziierte Staaten“ beherrscht.

Einsprengeln britischen und portugiesischen Kolonialbesitzes bestehen noch in China, Xianggang (Hongkong) und Aomen (Macao). Ihr Fortbestehen liegt übrigens nicht so sehr am Widerstand der Kolonialisten wie am Widerstreben Pekings, den Status dieser Gebiete zu ändern, die es als vorgeschoßene Posten für seine politische und wirtschaftliche Expansion in Südostasien, als Möglichkeiten zu Handels- und Finanzgeschäften und als Devisenquellen benutzt.

Heutzutage sind etwa 0,3% der Erdenbevölkerung und annähernd 1% der Erdoberfläche in einer oder der anderen Form einer Kolonialunterdrückung ausgesetzt. Kurz, die Positionen der Kolonialisten in der Welt von heute sind schon schwer erschüttert, und die völlige Ausmerzung des Kolonialismus ist nicht mehr weit.

Als 1960 die Deklaration über die Entkolonialisierung angenommen wurde, war das Jahr auch in anderer Hinsicht ein Wendepunkt. Das System der imperialistischen militärisch-politischen Blöcke, in das auch einige neue Staaten einbezogen waren, wies die ersten Risse auf, und die Politik der Einkreisung der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder mit Militärstützpunkten hatte sich als unhaltbar erwiesen. Viele Entwicklungsländer lehnten es ab, bei sich solche Stützpunkte anlegen zu lassen, und in einigen

anderen, wo schon welche bestanden, wuchs eine breite Bewegung für ihre Auflösung an. Im Jahre 1961 wurde die Bewegung der Nichtpaktgebundenen, der die zehn in Bandung formulierten Prinzipien für die friedliche Koexistenz zugrunde gelegt sind und die mit der Zeit eine immer ausgeprägtere antiimperialistische Ausrichtung angenommen hatte, in offizielle Form gebracht. Die meisten ihrer Teilnehmer waren gerade Länder, die sich kurz vorher von der kolonialen und halbkolonialen Abhängigkeit frei gemacht hatten.

Beim Zusammenbruch des Kolonialsystems gingen die Imperialisten daran, für die Ausbeutung ihrer früheren Besitzungen neue Formen zu suchen. So entstand der Neokolonialismus, wenn auch noch heute Rückfälle in den traditionellen Kolonialismus zu erkennen sind. Der Übergang zu den raffinierteren und verhüllteren neokolonialistischen Ausbeutungsmethoden war durch die radikale Umbildung der geschichtlichen Basis bedingt, auf der sich der Imperialismus heutzutage betätigen muß. Als die UdSSR in der zweiten Hälfte der 50er Jahre zu einer umfangreichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern überging, war damit faktisch das Monopol der imperialistischen Mächte auf den Handel und auf sonstige Wirtschaftsverbindungen mit der dritten Welt angetastet. In der Freiheitsbewegung selbst deutete sich an der Wende der 50er und 60er Jahre eine Vertiefung ihres sozialen Gehalts an und zeigte sich immer mehr ein Tendieren zur nichtkapitalistischen Entwicklung.

Der Imperialismus reagierte auf diese positiven Wandlungen u. a. mit einer gewissen Versetzung der Akzente in seiner Strategie der „Hilfe“ an die Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Nicht von ungefähr formulierte der Hirntrust des US-Imperialismus die Begriffe „neue Ausgangspunkte“, „Abfang von Revolutionen“ oder „Revolutionen von oben“ — d. h. bürgerliche, soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen zwecks Verhütung „roter Revolutionen“, solcher von unten — und setzt diese Begriffe gerade seit Anfang der 60er Jahre in Aktion.

Trotz aller Kniffe hat der Neokolonialismus aber den geschichtlichen Prozeß der nationalen Befreiung und der sozialen Wandlungen nicht zum Stillstand bringen können. In den letzten beiden Jahrzehnten hatten die antiimperialistischen Kräfte wieder bedeutende Erfolge. Der langjäh-

lige, hartnäckige Kampf der Völker Indochinas gegen die US-Aggression ging siegreich aus; ein einheitlicher vietnamesischer Staat kam zustande; Laos und Kampuchea gewannen wirkliche Souveränität und gingen in die Familie der sozialistischen Staaten ein. Nationaldemokratische Revolutionen vollzogen sich in Äthiopien und Afghanistan und eine antiimperialistische, antimonarchistische Revolution im Iran. Das Volk Nikaraguas schlug den Weg in ein neues Leben ein. In Simbabwe wurde das rassistische Regime aufgehoben. Die SEATO und die CENTO, diese militärisch-politischen Blöcke des Imperialismus, gingen ein.

In den 70er Jahren erreichte der Kampf der Entwicklungsländer für ihre wirtschaftliche Selbständigkeit und für eine auf Gerechtigkeit und Gleichberechtigung beruhende neue Weltwirtschaftsordnung ein neues Niveau. Neue, kollektive Methoden des Kampfes gegen die Multis, vor allem die Ölmultis, wurden erarbeitet und angenommen. Kurz, die Voraussagen der Wortführer des Neokolonialismus, daß der antiimperialistische Befreiungskampf erlöschen und die fortschrittlichen und revolutionären Bewegungen abflauen würden, sind nicht eingetroffen.

Eine derartige Entwicklung mußte bei den Imperialisten Besorgnis erregen. Sie schrieben jeden neuen Sieg, jede bedeutende soziale Wandlung der „Hand Moskaus“ zu und ließen die objektiven Faktoren, die dabei im Spiel waren, außer acht.

Die Geheimdienste der imperialistischen Staaten haben sich schon eine Standardmethode zurechtgelegt, mit der sie eine „sowjetische Bedrohung“ in verschiedenen Weltgegenden an die Wand malen: Zuerst ziehen sie in einem Land Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas, dessen soziale und politische Orientierung ihnen nicht paßt, heimlich eine Opposition auf und leisten ihr allerlei materielle, auch militärische, Hilfe, und das in zunehmendem Umfang. Wenn aber die legitime Regierung befriedete Staaten um Hilfe bittet, und wenn diese geleistet wird, dann stimmt die imperialistische Propaganda ein großes Geheul an, daß Asien oder Afrika, den „Lebensinteressen“ der USA und sogar der ganzen „freien Welt“ eine „sowjetische Einmischung“, eine „sowjetische Gefahr“ drohe. Zugleich soll eine derartige Propagandakampagne über die darauf erfolgende Ausdehnung der Wühlakte des Imperialismus und über seine nunmehr schon unverhohlene Einmischung in die Angelegenheiten des betreffen-

den Landes hinwegtäuschen bzw. sie rechtfertigen.

Seitdem im Januar 1980 die Carterdoktrin bekanntgegeben worden ist, legen die USA in ihrer Außenpolitik den Nachdruck auf die direkte „militärische Präsenz“ in den ausschlaggebenden Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Sie nötigen mehreren Entwicklungsländern Abkommen auf, laut denen US-Truppen deren Militärstützpunkte benutzen und die USA in diesen Ländern neue Militärobjekte bauen dürfen, und stellen Eingreiftruppen zum Abwürgen des Kampfes von Völkern für ihre nationale Befreiung auf. Gemeinsam mit Peking benutzen sie das pakistanische, das thailändische und andere Regimes in Asien und Afrika dazu, regionale Konfliktsituationen auf die Spitze zu treiben. Das alles ist nichts anderes als eine Fortsetzung des von der Regierung Carter schon vor der Bekanntgabe ihrer Doktrin eingeschlagenen Kurses auf eine Erschwerung der internationalen Gesamtlage, auch in der Zone der nationalen Freiheitsbewegung. Das hat seine Logik.

Unlängst schrieb Jusuf Dadoo, der Vorsitzende der KP Südafrikas: „Die Dialektik des revolutionären Prozesses besteht gerade darin, daß die aus vielen Richtungen bedrängten Imperialisten sich nicht nur immer zweifelter dem Druck des Sozialismus, der Bewegung für die nationale und soziale Befreiung widersetzen, sondern auch an einer ganzen Reihe von Abschnitten zu Gegenattacken, ja zu einer Gegenoffensive übergehen. Die gegenwärtige Periode ist durch eine außerordentlich scharfe Konfrontation zwischen den gemeinsam vorgehenden Kräften des Sozialismus, der nationalen Befreiung, der Demokratie und des Friedens sowie den Kräften des Imperialismus, der rechten und der ultralinken Reaktion gekennzeichnet, die ihre Reihen ebenfalls immer enger schließen.“

In diesen Zonen selbst ist eine komplizierte Scheidung der Klassenkräfte im Gange und wächst der Klassenkampf an. In den sozialistisch orientierten arabischen, afrikanischen und asiatischen Ländern sind in der Wirtschaft und im politischen Leben fortschrittliche Wandlungen eingetreten. Es gibt auch Länder, die sich weiter kapitalistisch entwickeln. Daher ihre ungleichmäßige Entwicklung.

In den letzten Jahren hat sich der Kreis der sozialistisch orientierten Länder bedeutend ausgedehnt. In vielen von ihnen sind wichtige sozia-

le und wirtschaftliche Veränderungen vorgenommen worden und entstehen oder bestehen schon revolutionäre Avantgardeparteien, von denen sich einige zum Marxismus-Leninismus bekennen. (Angola, Mosambik, VDR Jemen, Äthiopien). In manchen dagegen gewinnen infolge ihrer wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit und ihrer amorphen sozialen Strukturen Kräfte die Oberhand, die von kleinbürgerlichem Nationalismus und Größenwahn angekränkt sind. Ohne Rücksicht auf die nationalen Interessen stellen sie Gebietsansprüche an Nachbarländer. Zu Geißeln vieler Länder wachsen sich Korruption und ähnliche ungünstige Erscheinungen aus, was manchmal zum Verlust revolutionärer Errungenschaften führt.

Sehr heterogen ist die große Gruppe der kapitalistisch orientierten Staaten. An der rechten Flanke stehen Länder mit reaktionären Monarchien oder Militärdiktaturen. Sie forcieren eine kapitalistische Modernisierung nach „westlichem Modell“, wollen sich wirtschaftlich mit dem Imperialismus integrieren und sind bereit, in der betreffenden Region seinen militärischen und politischen Verbündeten und Gendarmen zu spielen. Im Iran unter dem Schah zeigte es sich, daß dieses Entwicklungsmodell seinen Verfechtern nicht immer die gewünschten Resultate bringt.

Weiter gibt es eine Gruppe von Entwicklungsländern, die nicht direkt an der aggressiven imperialistischen Strategie beteiligt sind, in denen aber die Positionen des Kapitalismus in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erstarken, was dazu beiträgt, daß sie sich weltpolitisch den kapitalistischen Industriestaaten annähern. Man muß bedenken, daß viele den beiden Gruppen angehörenden Länder zur Bewegung der Nichtpaktgebundenen gehören und in diese natürlich gewisse Dissonanzen hineinbringen, daß sie bemüht sind, deren antiimperialistische Ausrichtung abzuschwächen und der Bewegung die, gelinde gesagt, zweifelhafte, aber für den Imperialismus sehr vorteilhafte Konzeption der „gleichen Distanz“ aufzunötigen.

Gerade solche Länder lassen sich am liebsten von den imperialistischen Staaten gängeln und hören im Hinblick auf ausgedachte Probleme wie das afghanische oder das kampucheanische gern auf neokolonialistische Parolen wie „Die Ab-rüstung ist Sache der Großmächte, die Entwicklungsländer haben wenig

dabei zu gewinnen.“ Mit dem Versprechen zusätzlicher Hilfe locken die imperialistischen Staaten sie in das Wettrüsten hinein und schmälern dadurch die ohnehin kargen Ressourcen an Menschen, Material und Finanzen, die sonst zur Erfüllung der lebenswichtigen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsaufgaben verwendet werden könnten, ja sie schlagen sie in die Ketten der neuen technologischen und der finanziellen Abhängigkeit.

In Wirklichkeit ist der Kampf für die nationale Befreiung und den sozialen Fortschritt heute unlösbar mit dem Kampf für Entspannung, friedliche Koexistenz und Abrüstung verbunden. Frieden brauchen alle Länder ohne jede Ausnahme. Im Frieden können sich die Völker auf die Lösung der größten sozialen und allgemeinemenschlichen Probleme konzentrieren, die jetzt immer akuter werden: auf die Ausmerzung des massenhaften Hungers und Elends, auf die Schaffung von Wohnungen für Hunderte Millionen Menschen, auf das Energieproblem, die Wahrung des ökologischen Gleichgewichts und vieles andere. Wird die Welt aber in einen Kernkrieg gestürzt, dann wird der Kampf für wirtschaftliche Selbständigkeit und für eine neue Weltwirtschaftsordnung sinnlos, denn kaum jemand wird in ihren Genuss kommen. Die vorjährige 6. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen und kürzliche Debatten in der UNO zeugen davon, daß bei den Entwicklungsländern aller Richtungen die Erkenntnis zunimmt, daß der Kampf für Frieden, Entspannung und Abstellung des Wettrüstens energetischer geführt werden muß.

Wir leben in einer Epoche grandioser Wandlungen. Die Versuche des Imperialismus, sie aufzuhalten, sind geschichtlich zum Scheitern verurteilt. Die Völker der ehemaligen Kolonien und Halbkolonien kämpfen gegen jederlei Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Abhängigkeit, gegen die ihnen vom Neokolonialismus aufgezwungenen Despoten und Marionettenregimes, und sie werden diesen Kampf auch künftig führen. Dabei können sie stets auf die internationale Solidarität und den unabänderlichen Beistand der UdSSR und der anderen Mitglieder der sozialistischen Ländergemeinschaft rechnen. Der Neokolonialismus wird unweigerlich das Schicksal teilen, das seinen Vorläufer, den Kolonialismus, bereits ereilt hat.

LÄNDER, DIE NACH ANNAHME DER UNO-DEKLARATION ÜBER DIE ENTKOLONISIERUNG FREI GEWORDEN SIND

Länder (Hauptstädte)	Areal (in 1000 km ²)	Einwohner (in 1000 Personen)	Unabhängig seit	1	2	3	4
				1	2	3	4
ASIEN							
Kuwait (El Kuwait)	20	1355	19. 6.61	Mauritius (Port Louis)	2	950	12. 3.68
Republik der Malediven (Malé)	0,3	150	26. 7.65	Swasiland (Mbabane)	17	530	6. 9.68
Singapur (Singapur)	0,6	2370	9. 8.65	Äquatorial-Guinea (Malabo)	28	320	12.10.68
VDR Jemen (Aden)	337	1900	30.11.67	Guinea-Bissau (Bissau)	36	780	24. 9.73
Katar (Doha)	22	250	1. 9.71	Mosambik (Maputo)	783	9900	25. 6.75
Vereinigte Arabische Emirate (Abu Dhabi)	84	890	2.12.71	Kapverden (Praia)	4	310	5. 7.75
Bahrein (Manama)	0,6	360	14. 8.71	Komoren (Moroni)	2	300	6. 7.75
Vom Kolonialismus befreiten sich auch							
Goa, Daman, Diu (gehören jetzt zu Indien)	4	860	19.12.61	São Tomé und Príncipe (São Tomé)	1	100	12. 7.75
Sabah, Sarawak (gehören jetzt zu Malaysia)	201	1630	16. 9.63	Angola (Luanda)	1247	6800	11.11.75
AFRIKA							
Sierra Leone (Freetown)	72	3100	27. 4.61	Seychellen (Victoria)	0,4	-	28. 6.76
Tansania (Daressalam)	945	17 500	9.12.61*	Djibouti (Djibouti)	22	330	27. 6.77
Burundi (Bujumbura)	28	4500	1. 7.62	Simbabwe (Salisbury)	390	6940	18. 4.80
Rwanda (Kigali)	26	4800	1. 7.62	AMERIKA			
Algerien (Algier)	2382	18 600	5. 7.62	Jamaika (Kingston)	11	2200	6. 8.62
Uganda (Kampala)	241	12 800	9.10.62	Trinidad und Tobago (Port of Spain)	5	1200	31. 8.62
Kenia (Nairobi)	583	15 300	12.12.63	Guayana (Georgetown)	215	820	26. 5.66
Malawi (Lilongwe)	125	5540	6. 7.64	Barbados (Bridgeport)	0,4	290	30.11.66
Sambia (Lusaka)	753	5650	24.10.64	Bahamas (Nassau)	14	230	10. 7.73
Gambia (Banjal)	11	550	18. 2.65	Grenada (St. George's)	0,3	110	7. 2.74
Botswana (Gaborone)	570	770	30. 9.66	Surinam (Paramaribo)	163	440	25.11.75
Lesotho (Maseru)	30	1100	4.10.66	Dominica (Roseau)	0,8	80	3.11.78
OZEANIEN							
EUROPA							
Malta (Valletta)			0,3	St. Lucia (Castries)	0,6	115	22. 2.79
OZEANIEN							
Westsamoa (Apia)			3	St. Vincent und Grenadinen (Kingstown)	0,4	110	27.10.79
Nauru (Meneng)			0,02	Malta (Valletta)	0,3	310	21. 9.64
Tonga (Nuku'alofa)			0,7	EUROPA			
Fidschi (Suva)			18	Westsamoa (Apia)	3	160	1. 1.62
Papua Neuguinea (Port Moresby)			462	Nauru (Meneng)	0,02	8	31. 1.68
Salomoninseln (Honiara)			30	Tonga (Nuku'alofa)	0,7	100	4. 6.70
Tuvalu (Funafuti)			0,03	Fidschi (Suva)	18	610	10.10.70
Kiribati (Tarawa)			0,7	Papua Neuguinea (Port Moresby)	462	3000	16. 9.75
Vanuatu (Vila)			15	Salomoninseln (Honiara)	30	220	7. 7.78
				Tuvalu (Funafuti)	0,03	10	1.10.78
				Kiribati (Tarawa)	0,7	60	12. 7.79
				Vanuatu (Vila)	15	100	30. 7.80

* Am 9. Dezember 1961 wurde Tanganjika unabhängig.
Am 26. April 1964 vereinigte es sich mit dem am 10. Dezember 1963 vom Kolonialismus frei gewordenen Sansibar zu dem Staat Tansania.

OZEANIEN

MANÖVER WASHINGTONS

Dr. Konstantin MALACHOWSKI

In den zwei Jahrzehnten, die vergangen sind, seitdem die UNO die Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker annahm, ist dem Kolonialismus in Ozeanien, wo er über 450 Jahre herrschte, ein vernichtender Schlag zugefügt worden.

Unter dem Ansturm der Freiheitsbewegung entstand dort 1962 der

erste unabhängige Staat, Westsamoa. Sechs Jahre danach machte sich die kleine Insel Nauru selbstständig. Radikale politische Wandlungen im Pazifik traten aber in den 70er Jahren ein, als noch 7 Länder die Unabhängigkeit errangen.

In den unabhängigen Staaten leben jetzt über 86% der Bevölkerung Ozeaniens (ohne Neuseeland,

Hawaii und das zu Indonesien gehörige Irian Jaya. Ihr Gesamtareal besteht zu 94% aus Inseln des südlichen Pazifik.

Die USA und Frankreich haben keinem einzigen der von ihnen beherrschten Gebiete Ozeaniens die Unabhängigkeit gegeben.

Ein krasses Beispiel dafür, wie hartnäckig der Imperialismus seine Herrschaft über die Pazifikkörper zu wahren versucht, sind die politischen Manöver der USA dem unter ihrer Treuherrschaft stehenden pazifischen Inselgebiet gegenüber. Es wurde 1947 von der UNO

unter die Verwaltung der USA gestellt und umfaßt die Marianen, die Karolinen und die Marshallinseln.

Laut UNO-Charta haben sich die USA als verwaltende Macht verpflichtet, dazu beizutragen, daß das Treuhandgebiet Selbstverwaltung und Unabhängigkeit erlangt. Sie haben jedoch all die Jahre die politische Entwicklung dieses Gebiets gehemmt.

Unter dem Druck einer heftigen Kritik in der UNO haben die USA eingewilligt, für den Anfang den Mikronesienrat und später — 1965 — den wählbaren Kongreß Mikronesiens zu konstituieren, der jedoch keine Legislativbefugnisse besitzt. Aber die Bildung dieses Or-



gans führte dazu, daß die Freiheitsbewegung der Bevölkerung der Inseln stärker wurde. Der Kongreß Mikronesiens trat 1969 in Verhandlungen mit der US-Regierung über den zukünftigen politischen Status des Gebiets. Washington gab sich größte Mühe, sie in die Länge zu ziehen, und schürte zugleich separatistische Tendenzen. Es gelang ihm, als erste die Marianen abzuspalten. Mit ihren Vertretern wurde im Februar 1975 ein Vertrag geschlossen, laut dem die Inselgruppe zur Gemeinschaft der Nördlichen Marianen als „frei mit den USA assoziierter Staat“ gemacht wurde, wie auch Puerto Rico einer ist. Die USA behalten dort nicht nur die schon bestehenden Militärtützpunkte, sondern bekommen außerdem das Recht, neue zu bauen. An sie werden beispielsweise zwei Drittel der Insel Tinian „verpachtet“ (von der übrigens die Bomber starteten, die die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abwarfen), ferner das Haifengebiet auf Saipan und ein Eiland, auf dem sich ein Testgelände für Bombenabwürfe befindet.

Diese Aktion wurde in der UNO entschieden verurteilt. Die Lostrennung der Marianen kann nicht als legitim anerkannt werden, bevor die Aufhebung der Treuhandschaft über ganz Mikronesien endgültig entschieden ist. Eine Veränderung ihres politischen Status muß vom UNO-Sicherheitsrat gebilligt werden.

Schließlich erklärte Washington, es werde die Treuhandschaft 1981 aufgeben. Bemüht, bis dahin alles zu erledigen, was mit der Beibehaltung der faktischen Herrschaft über die Pazifikinseln zusammenhängt, steuerten die USA noch energetischer eine Trennung der Treuhandgebiete an. Es gelang ihnen 1977, den Beschuß durchzusetzen, daß die Marshallinseln (zu denen das Atoll Kwajalein gehört, das als wichtigstes Testgelände für Raketen der USA dient) und die Palau-Inseln (die westlichen Karolinen) in Zukunft selbständige Staaten werden. Im Jahre 1979 bildeten die übrigen Karolinen (Yap, Truk, Ponape und Kusaie) die Bundesstaaten Mikronesiens.

Somit waren bis Anfang der 80er Jahre in Mikronesien vier Staatswesen gebildet: die Gemeinschaft der Nördlichen Marianen, die Marshallinseln, Palau und die Bundesstaaten Mikronesiens. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich Washington auch bemüht, in einem offiziellen Dokument die Prinzipien für die Beziehungen der USA zu den drei letztgenannten niederzulegen. Das geschah im April 1978 auf einer Konferenz in Hilo (Hawaii), und dort wurde festgesetzt, daß sie mit den USA „frei assoziiert“ sein werden. Diese Formulierung hat den Sinn, daß die USA nach Aufhebung der Treuhandschaft die militärische und auch die wirtschaftliche Kontrolle über die Inselgruppen faktisch uneingeschränkt behalten.

Die USA haben versucht, die „Prinzipien von Hilo“ in die Verfassungen der neuen „Staaten“ einzufügen, sahen sich aber auf Palau unerwartet großen Hindernissen gegenüber. Die Bewohner der Inselgruppe widersetzen sich entschieden dem auf diesen Prinzipien beruhenden Verfassungsentwurf. Sie haben erreicht, daß Bestimmungen in die Verfassung aufgenommen werden, die dazu angetan sind, das Hoheitsrecht der Bevölkerung über ihr Gebiet und über eine 200 Meilen breite Wirtschaftszone zur See zu sichern, Ländereien,



die der Stammbevölkerung gehören, vor dem Zugriff der Amerikaner zu bewahren, und die Benutzung der Inselgruppe zum Testen, Erzeugen und Lagern von Kernwaffen zu verhindern.

Bei einem auf Palau am 9. Juli 1979 abgehaltenen Referendum wurden 92% der Stimmen für den Verfassungswortlaut mit diesen Bestimmungen abgegeben. Die US-Behörden verbieten, eine solche Verfassung in Kraft zu setzen, und bestanden auf einer neuen Volksbefragung. Aber diese zweite am 23. Oktober 1979 hatte das gleiche Resultat. Später zwangen die US-Behörden die Inselbewohner zu einem dritten Referendum.

Dieses skrupellose Vorgehen löste bei der Weltöffentlichkeit Protest aus. Beim UNO-Treuhandschaftsrat trafen zahlreiche Petitionen mit dem Appell an Washington ein, die legitimen Forderungen der Bevölkerung von Palau zu bewilligen. Weiter wird darin entschieden dagegen protestiert, daß, wie das Pentagon angeordnet hat, auf Babelthaup und anderen Palauinseln 33 000 Acre (über 13 000 ha) für Militärobjekte besetzt werden.

Der Unmut über die amerikanischen „Treuhänder“ sitzt in Mikronesien sehr tief. Das zeigte sich deutlich im Mai 1980 bei der New Yorker Zusammenkunft von Mitgliedern des UNO-Treuhandschaftsrates und Vertretern der vier unter dem Druck der USA gebildeten mikronesischen Staatswesen. Der Präsident der Bundesstaaten Mikronesiens, Toshio Nakayama, erklärte z. B. ausdrücklich, daß die USA ihrem Treuhandschaftsauftrag nicht nachgekommen sind. Und weiter: „Faktisch haben

„Jedweder Versuch, die nationale Einheit und territoriale Integrität eines Landes teilweise oder ganz zu erschüttern, läuft den Zielen und Prinzipien der UNO-Charta zuwidder.“

Aus der UNO-Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker.

die Mikronesier jetzt weniger Selbstversorgung als zu Beginn der Treuhandschaft, weil die einheimische Wirtschaft ruiniert und nichts Produktives an ihre Stelle gesetzt worden ist.“

Inzwischen drückt Washington dieses Jahr noch mehr auf die Inselbewohner, damit sie die Beschlüsse, die man ihnen aufzwingt, so schnell wie möglich akzeptieren. Als Folge davon wurden am 31. Oktober

separate Abkommen mit den Marshallinseln und mit den Bundesstaaten Mikronesiens und am 17. November mit Palau paraphiert, laut denen sie sich mit den USA „frei assoziieren“. Diese Abkommen gewährleisten den USA, wie der amerikanische Chefdelegierte bei den Verhandlungen mit den Mikronesiern, Peter Rosenblatt, einem Berichterstatter der „New York Times“ triumphierend erklärte,

„absolut alles, was wir brauchen“. Der Korrespondent hat den Sinn dieses Ausspruchs folgendermaßen erläutert: „Alle Abkommen ... sehen eine militärische Kontrolle der USA über diesen Raum vor.“

In ihren militaristischen Interessen gehen die USA demnach aufs Ganze, entgegen den unmissverständlichen Bestimmungen aus der UNO-Charta und aus der Deklaration über die Entkolonialisierung.

NAMIBIA

DER SCHWERE WEG ZUR FREIHEIT

Das größte der noch unter dem Kolonialjoch ächzenden Länder ist Namibia. Es ist größer als Frankreich und Italien zusammen.

Die UNO hob 1966 das Mandat der RSA auf Namibia auf und übernahm es, dieses Land zur Unabhängigkeit zu führen.

Zweifellos hat sich auf die Beschlüsse fassung der UNO über Namibia auch der Volksbefreiungskampf auf dessen Boden ausgewirkt, der gerade 1966 in den bewaffneten Kampf hinüberwuchs und jetzt schon 14 Jahre geführt wird. An seiner Spitze steht die SWAPO (Volksorganisation Südwestafrikas), die 1973 von der UNO als „wirkliche Repräsentantin des Volks von Namibia“ anerkannt wurde.

Trotz der wiederholten Forderung, Namibia unverzüglich die Unabhängigkeit einzuräumen, lehnte Pretoria alle diesbezüglichen Verhandlungen ab.

Eine Wendung deutete sich erst 1978 an, als der UNO-Sicherheitsrat auf einen Antrag der aus fünf westlichen Staaten (USA, England, Frankreich, BRD, Kanada) gebildeten „Kontaktgruppe“ einen Plan zur Lösung des Namibia-Problems annahm. Er sah vor, daß dort das Feuer eingestellt, daß unter Beobachtung von UNO-Vertretern freie Wahlen abgehalten und zwischen Namibia und Angola eine demis-

litarisierte Zone festgelegt werden sollte, in der UNO-Truppen zu stehen hätten.

Die UdSSR hatte einiges an diesem Plan zu kritisieren, stimmte aber trotzdem für ihn, da er von der SWAPO und von den „Frontstaaten“ akzeptiert wurde. Auch Pretoria war mit ihm einverstanden. Im weiteren zeigte es sich aber, daß diese Zustimmung nur ein Schachzug war.

Damals waren die Machthaber der RSA offenbar zu dem Schluß gelangt, daß es ihnen nicht gelingen werde, Namibia bis in alle Ewigkeit unter Kolonialverwaltung zu halten, und daß sie seine Unabhängigkeit früher oder später doch anerkennen müßten. Als Vorbereitung darauf ging Pretoria zu einer Strategie über, mit deren Hilfe es, sobald Namibia unabhängig wäre, dort seine Kreaturen zur Macht bringen und mit ihrer Hilfe weiter schalten und walten wollte.

Dieser strategische Plan verlangte vor allem, daß man die Verhandlungen über die Ausführungsbestimmungen für das UNO-Programm möglichst weit hinausschob, was die RSA unter den verschiedensten Vorwänden denn auch tat. Pretoria brauchte Zeit, um in Namibia eine Marionettenregierung aufzuziehen: eine „Nationalversammlung“ und danach auch einen „Ministerrat“. An seine Spitze setzte man einen weißen Farmer, Dirk Mudge. Sein „Kabinett“ ist für alles zuständig außer für die Schlüsselbranchen der Wirtschaft, das Finanzwesen, die Eisenbahnen, Häfen, auswärtigen Angelegenheiten, die Polizei und die Streitkräfte. Abgesehen von diesen „Lappalinen“ gab man der namibischen „Regierung“ in Windhoek (der Hauptstadt) völlig freie Hand.

Inzwischen nahm der Einfluß der SWAPO in Namibia zu. Deinen zahlmäßig verstarkten Streitkräfte führten 1978 bereits erfolgreiche Operationen im Landesinnern aus, und dort



Demonstration von SWAPO-Anhängern

Aus der in London erscheinenden Zeitschrift „Africa“

entstanden faktisch befreite Gebiete. Auch die politischen Positionen der SWAPO wurden fester, denn viele afrikanische Gruppierungen stießen zu ihr, so daß sich das Kräfteverhältnis im Land unverkennbar zuungunsten der RSA-Kreaturen gestaltete.

In den letzten beiden Jahren hat sich der Befreiungskampf weiter ausgedehnt, und jetzt ist es mehr denn je klar, daß die RSA außerstande ist, seiner Herr zu werden.

Jetzt heißt es im Westen wieder, daß Namibia an der Schwelle seiner Unabhängigkeit stehe. Was hat sich ereignet?

Am 24. November reichte UNO-Generalsekretär Waldheim beim Sicherheitsrat einen Bericht mit dem Vorschlag ein, vom 7. bis zum 14. Januar 1981 eine Namibia-Konferenz abzuhalten, um einen Plan für seinen Übergang zur Unabhängigkeit aufzustellen. Seine Aufführung soll im März des gleichen Jahres beginnen, und bis zum Jahresende soll Namibia ein unabhängiger Staat sein. Als Konferenzeinteilnehmer sind in dem Bericht die RSA, die SWAPO, die „Frontstaaten“, Nigeria und der OAU-Generalsekretär genannt. Die zur Kontaktgruppe gehörenden Staaten sollen als Beobachter eingeladen werden. Über eine Teilnahme von Vertretern der „Behörden“ in Windhoek sollen die RSA und die SWAPO entscheiden.

„Die Unterwerfung von Völkern unter ein fremdes Joch und eine fremde Herrschaft sowie ihre Ausbeutung widersprechen den Grundrechten des Menschen, sie widersprechen der UNO-Charta und hemmen die Entwicklung der Zusammenarbeit und die Herstellung des Friedens in der ganzen Welt.“

Aus der UNO-Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker.

DIE LETZTEN KOLONIEN

Auf der von der UNO-Vollversammlung bestätigten Liste der Gebiete, auf die sich die Wirkung der Deklaration über die Entkolonialisierung erstreckt, befinden sich zur Zeit 23 koloniale (sich nicht selbst verwaltende und unter Treuhand-schaft stehende) Gebiete mit insgesamt 6,2 Millionen Bewohnern.

Unter Verwaltung der USA:

Puerto Rico* (3,3 Mio Einw.)

Pazifische Inseln (Ma-

* 1952 strich die US-Regierung Puerto Rico wegen seiner Erklärung zum mit den USA „frei assoziierten“ Staat aus der Liste der Gebiete ohne Selbstverwaltung. Die UNO-Vollversammlung hat aber wiederholt Berichte des UNO-Ausschusses für Entkolonialisierung bestätigt, in denen im Einklang mit der Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker das unveräußerliche Recht des Volks von Puerto Rico auf Freiheit und Unabhängigkeit bestätigt wird.

rianen, Marshallinseln
Karolinen — 130 000

Amerikanisch-Samoa
(30 000)

Guam (105 000)
US-Jungferninseln
(100 000)

Unter Verwaltung

Großbritanniens:

Brunei (190 000)
Belize (150 000)
Gibraltar (30 000)
Bermudas (60 000)
Falklandinseln (Mal-winen — 2000)

Antigua (70 000)

Saint Christopher
(Saint Kitts, Nevis, An-guilla — 70 000)

Pitcairn (63)

Britische Jungfern-in-seln (12 000)

Turks- und Caicos-inseln (7000)

Caymaninseln (14 000)
Montserrat (13 000)
Sankt Helena (5000)

Unter Verwaltung Australiens:

Cocos (Keeling)-Inseln
(1000)

Unter Verwaltung Neuseelands:

Tokelauinseln (2000)

Widerrechtlich von der RSA verwaltet:

Namibia (ca. 1 200 000)

Auf der UNO-Liste stehen außerdem:

Westsahara (früher Spanische Sahara — ca. 140 000)**

Osttimor (früher Portugiesisch-Timor — ca. 600 000)***

Aus der UNO-Liste auf Antrag der VR China 1971 gestrichen:

Hongkong (Xianggang — 5 400 000) von Großbritannien verwaltet;

Macao (Aomen — 400 000) von Portugal verwaltet.

In die UNO-Liste sind einige andere Gebiete (ca. 2 Millionen Einwohner) nicht aufgenommen, weil sie, wie die verwaltenden Länder behaupten, ihre „Überseedepartements“, „assoziierten Staaten“ usw. seien:

Britisches Gebiet im Indik (Diego Garcia im Chagosarchipel).

„Überseedepartements“ von Frankreich:

Guadeloupe (325 000)

Martinique (325 000)

Französisch-Guayana (70 000)

Saint Pierre und Mi-quelon (5800)

Reunion (500 000)

„Überseegebiete“ Frankreichs:

Neukaledonien (140 000)

Französisch-Polyne-sien (140 000)

Wallis und Futuna (10 000)

Unter Verwaltung Neuseelands:

Cookinseln (21 000)

Niuë — (6000)

Unter Verwaltung Spaniens:

die Städte Ceuta und Melilla (Nordmarokko — 130 000)

Unter Verwaltung der Niederlande:

Niederländische Antil-len (240 000).

dein, und die RSA werde nur als Beobachter teilnehmen.

Die SWAPO-Führung war ursprünglich gegen eine Teilnahme von Mudge an den Verhandlungen, weil sie ihn — mit Recht — als Strohmann ansieht. Später aber machte sie, um die geplante Konferenz nicht scheitern zu lassen, den Kompromißvorschlag, daß Mudge als Mitglied der RSA-Delegation teilnehmen könne. Das kam aber im Bericht des UNO-Generalsekretärs nicht zum Ausdruck.

Der SWAPO-Präsident Nujoma formulierte seine Einstellung zum Bericht Waldheims in einem Schreiben, das Anfang Dezember im UNO-Hauptquar-tier verteilt wurde. Er unterzog den Bericht einer scharfen Kritik. So hält er den Punkt über die Teilnahme „aller interessierten Seiten“ an der Konfe-renz für inakzeptabel. Er bedeute eigent-lich, daß „neben der Delegation der RSA mit gleichen Rechten wie die SWAPO Vertreter des Marionettenregimes teilnehmen sollen“. Die SWAPO

hat eine Konferenz unter diesen Bedingungen kategorisch abgelehnt.

Nujoma hat die Manöver Pretorias bloßgelegt und darauf hingewiesen, daß das Rassistenregime sich hartnäckig weigert, zusammen mit der Weltgemein-schaft an einer Lösung des Problems zu arbeiten, die für das Volk Namibias annehmbar wäre. Die SWAPO besteht auf einer sofortigen Namibia-Debatte in der Vollversammlung und auf allum-fassenden Wirtschaftssanktionen gegen die RSA.

Man versteht unschwer, daß die Ras-sisten aus der RSA und ihre westlichen Schutzwatze Namibia ein neokolonia-listisches Regime aufnötigen wollten. Das Volk Namibias kämpft aber seit 14 Jahren mit der Waffe in der Hand, nicht um sich jetzt einen minderwertigen Unabhängigkeitssatz aufschwanzen zu lassen.

J. BOTSCHEKARJOW
„Der Zusammenbruch des Kolonialismus“ zusammengestellt von A. USWATOW

Die RSA nahm den Waldheim-Ka-lender an, ließ dabei aber diese Frage offen. Doch der Beschuß war keineswegs ein Zeichen guten Willens. Die Sache ist die, daß auf der jetzigen UNO-Vollversammlung für den 25. No-vember eine Namibia-Debatte vorge-sehen war, bei der die Länder Afrikas mit Unterstützung der anderen nicht-paktgebundenen Länder und der sozialistischen Staaten eine sofortige Einbe-rufung des Sicherheitsrats zwecks Wirtschaftssanktionen gegen die RSA be-antragen wollten. RSA-Außenminister Botha sagte unverblümmt, seine Regie-rung sei bereit, an den Verhandlungen teilzunehmen, um das Damoklesschwert der Sanktionen abzuwenden. Und das ist ihr auch gelungen: Die Verwaltung der UNO hat beschlossen, die Namibia-Debatte zu verfügen.

Der drohenden Sanktionen ledig, hat Pretoria wieder die Zähne gezeigt. Es hat erklärt, über die Unabhängigkeit Namibias dürften nur die SWAPO und die Windhoeker „Behörden“ verhan-

SIEG DES REALISMUS

Eduard KOWALJOW

Die portugiesischen Präsidentschaftswahlen vom 7. Dezember haben einen Sieg des jetzigen Staatschefs, General Antonio Ramalho Eanes, gebracht. Er wurde in der ersten Abstimmungsrounde von 56,4% der Wähler für weitere fünf Jahre zum Präsidenten gewählt. Sein Hauptkandidat, der Kandidat der Regierungskoalition der bürgerlichen Rechtsparteien, General Soares Carneiro, erhielt 40,3%. Die übrigen Prätendenten (der von linksradikalen Gruppierungen aufgestellte Major i. R. und aktive Teilnehmer der Aprilrevolution Otelo Saraiva de Carvalho, zwei rechtszentristische Kandidaten, General Galvão de Melo und Oberst Pires Veloso, sowie ein weiterer linksextremistischer Kandidat, Aires Rodrigues) errangen 1,5% der Stimmen und weniger.

Der Erfolg des von den demokratischen Bevölkerungsschichten, darunter von traditionell für Sozialisten und Kommunisten stimmenden Wählern, unterstützten Eanes' war recht kennzeichnend. Infolge der Einheit im Kampf für den Schutz der revolutionären Umgestaltungen des 25. April und des politischen Realismus der meisten Wähler gelang es, die Hauptaufgabe der demokratischen Kräfte des Landes in der gegenwärtigen Phase durchzusetzen: dem Mann der Rechten, Soares Carneiro, eine Niederlage zu bereiten und keine völlige Machtzentration in den Händen der regierenden „demokratischen Allianz“ zuzulassen, der die Sozialdemokratische Partei, das Demokratisch-Soziale Zentrum und die Monarchistische Volkspartei angehören.

Das Wahlergebnis ist nicht nur der Sieg eines Politikers und Militärs über einen anderen. Es ist der Sieg aller demokratischen, linken Kräfte des Landes, unter denen die Kommunisten die bedeutendste Rolle spielen.

Eine Wahlanalyse zeigt, daß das portugiesische Volk für den Kandidaten gestimmt hat, der in der jetzigen Situation der Verteidigung der Demokratie am besten entsprach. Der Rechtskandidat, der die Vorgänge in Portugal in den letzten Monaten kennzeichnete, wurde gestoppt.

Die portugiesischen Wähler haben Soares Carneiro aus mehreren Gründen abgelehnt. Vor allem, weil sie seine Vergangenheit zu gut kennen. Carneiro ist der einzige Kandidat, der weder mit der Revolution vom 25. April noch mit dem folgenden revolutionären Prozeß in Verbindung stand. Niemals hat er auch nur die geringste Kritik an dem faschistischen Regime geübt, sondern ihm in Gegenteile treu gedient. Besonders während des Kolonialkriegs des portugiesischen Faschismus in Afrika,

als bei Strafexpeditionen auf seinen Befehl hin angolanische Patrioten umgebracht oder in „Umerziehungslager“ verschleppt wurden, aus denen viele nicht zurückkehrten.

Die Wahl Carneiros hätte den endgültigen Bruch der jetzigen Staatsinstitute mit den Idealen von Freiheit und Demokratie der „Revolution der roten Nelken“ bedeutet. In Portugal wäre eine völlig neue Situation entstanden. Man hätte alle Kräfte, die am Sturz des faschistischen Regimes beteiligt waren, aus dem Staatsapparat ausgeschaltet.

Als Kandidat der Regierungskoalition verpflichtete sich Carneiro zur vollständigen und uneingeschränkten Einhaltung des Programms des Rechtsblocks. In seinem Programm wurde offen von einer Überprüfung der fortschrittlichen Verfassung von 1976 gesprochen. Weiter von der faktischen Liquidierung des verstaatlichten Sektors der Industrie unter dem Vorwand der Hebung der Rentabilität, von der Eröffnung neuer Privatbanken, vom Abwürgen der Agrarreform und der Gründung neuer, kapitalistischer Güter in den ländlichen Gebieten.

Wirkungslos waren auch die demagogischen Behauptungen der rechten Propagandisten von einer „Verbesserung der Wirtschaftslage“. In den letzten vier Jahren betrug die Inflationsrate 120%. Der Escudo devalvierte im gleichen Zeitraum um 104%. Allein im Vorjahr stiegen die Preise um durchschnittlich 25%. In der ersten Hälfte d. J. verteuerten sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres Kleidung und Schuhe um 34,9% und stiegen die Ausgaben für Mieten, Gas und Strom um 25,6%. Um mehr als 20% erhöhten sich die Kosten für medizinische Betreuung und Arzneimittel. Unterbrochen kleitern die Preise auch für die Hauptnahrungsmittel. Die Arbeitslosigkeit hat einen Rekordstand erreicht. Gewerkschaftsangaben zufolge liegt sie bei über 500 000 Personen, — fast 15% der erwerbsfähigen Bevölkerung.

Die Stagnation hat dazu geführt, daß Portugal wesentlich mehr importieren muß als es exportieren kann. Das Außenhandelsdefizit erreichte im ersten Halbjahr 1980 98,5 Md. Escudo (33 Md. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs).

Die Analyse der für Eanes abgegebenen Stimmen zeigt, daß für ihn außer den Wählern, die gewöhnlich für die Sozialisten und die Kommunisten stimmen, Angehörige der unterschiedlichsten demokratischen Parteien und Grup-

pierungen gestimmt haben. Insgesamt erhielt Eanes 3,2 Mio Stimmen, Carneiro dagegen rund 2,3 Millionen. Im Vergleich zu den Oktoberergebnissen der „Allianz“ verloren die Rechten rund 500 000 Wählerstimmen.

Natürlich bedeutet die Wahl Eanes' noch nicht, daß die Politik des jetzigen Staatschefs von allen seinen Wählern gebilligt wird. Aber das Wahlergebnis hat deutlich gemacht, daß die meisten Portugiesen für die Verteidigung der Demokratie und jener politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandlungen eintreten, die die Revolution vom 25. April 1974 mit sich brachte.

Vertreter der demokratischen Kräfte, die Wähler der Linksparteien und parteilose Demokraten begreifen gut, daß der Sieg General Eanes' zur garantierten Wahrung der im April 1974 errungenen Demokratie und Freiheit nötig ist. Das weiß auch der Sieger selbst. Auf seiner ersten Pressekonferenz in den Morgenstunden des 8. Dezember erklärte er, sein Erfolg garantiere die Voraussetzungen für das weitere Funktionieren der Demokratie im Lande und versicherte, er werde wie bisher die Interessen aller Portugiesen und aller Parteien berücksichtigen, die eine wichtige Rolle im Leben des Landes spielen.

Eanes räumte ein, daß der Beschuß der Portugiesischen KP, ihren Kandidaten zu seinen Gunsten zurückzuziehen, von großer Bedeutung für seinen Sieg war. Er hob jedoch hervor, daß er sich durch keinerlei Verpflichtungen gegenüber politischen Parteien gebunden fühlte. Dabei versprach er, im Interesse des ganzen Portugal zu wirken.

Der Präsident bekämpfte den Kurs auf den Ausbau der Beziehungen zu allen Ländern und auf Beibehaltung der Rolle Portugals in der NATO. Gleichzeitig betonte er, er sähe keinen Sinn in der Stationierung von Nuklearraketen der NATO und der USA auf portugiesischem Territorium, genausowenig wie in der Präsenz von starken Marineverbänden der NATO und der USA in portugiesischen Gewässern. Damit wies er die geheimen Pläne der jetzigen Rechtsregierung, die diese antifaschistischen Ziele aufstellen, entschieden zurück.

Eanes erklärte, wenn nötig, würden an der portugiesischen Verfassung von 1976 Änderungen auf „demokratischem, friedlichem Wege“ vorgenommen werden. Das heißt ohne ein verfassungswidriges Referendum, das die Rechten verlangen. Er versprach dazu beizutragen, daß die Massenmedien, die zu einem Instrument der Rechtsregierung geworden sind, wieder frei und objektiv arbeiten können.

Die ersten Erklärungen des Präsidenten nach der Wahl entsprechen also jenen Programm punkten, die er als Kandidat darlegte. Wenn Eanes den Prinzipien der Verfassung treu bleibt und den Idealen des 25. April nahe Positionen bezieht, wird er sich zweifellos auf praktisch alle Verfechter der demokratischen Ideale der Aprilrevolution, unabhängig von deren Parteizugehörigkeit, stützen können.

SIMÓN BOLÍVAR- DER BEFREIER

Iossif GRIGULEWITSCH,
korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR

Die Geschichte der Länder und Regionen kennt Augenblicke des Umbruchs, mit denen neue Epochen und neue Bestrebungen auf dem Wege des gesellschaftlichen Fortschritts eingeleitet werden. Sie gehen in der Regel mit sozialen Kataklysmen einher, da alte, überlebte Ordnungen, Begriffe und Ansichten hinweggefegt werden. Die einen Klassen lösen die anderen ab. Eine Weltanschauung nimmt den Platz der anderen ein. Die Gesellschaft stellt sich neue Aufgaben und Ziele. Solche politische Wasserscheiden sind Revolutionen.

Auch der Unabhängigkeitskrieg der spanischen Kolonien in Amerika zu Beginn des 19. Jahrhunderts war eine derartige Revolution und ein Schritt zur bürgerlichen Umgestaltung der Welt. Sein Ergebnis war die Entstehung des modernen Lateinamerikas mit seinen Republiken.

Einer der Führer, Inspiratoren und Ideologen des Unabhängigkeits-

dem Kampf früherer Generationen gegen die Kolonialmächte unterstrichen, deren Eroberungspolitik in der Vergangenheit Zwietracht sowie die verschiedensten bewaffneten Konflikte und Zusammenstöße verursacht hat.

Im Unterschied zu anderen Führern des Unabhängigkeitskampfes hat Simón Bolívar nicht nur am Krieg gegen die spanischen Kolonialisten teilgenommen, sondern auch auf weiten Territorien der ehemaligen spanischen Kronkolonien Republiken gegründet. Er hat mit Recht von seinen Landsleuten die ehrenvolle Bezeichnung eines Befreiers erhalten. Von 1810–1830 war er eine der führenden Persönlichkeiten im Kampf für die Unabhängigkeit Lateinamerikas und konnte so seine Talente und Fähigkeiten als Feldherr, Politiker und Staatsmann entfalten.

Als Sproß einer der reichsten kreolischen Familien Venezuelas hat Simón Bolívar eine für jene Zeiten glanzvolle Bildung durch Hauslehrer erhalten. Seine Hauslehrer waren Simón Rodríguez und Andrés Bello, die gebildeten Venezianer jener Epoche, Schüler der französischen Aufklärer. Bolívar besuchte Anfang des 19. Jahrhunderts Europa.

Es muß betont werden, daß der Krieg zur Befreiung der spanischen Kolonien in Amerika keine Erscheinung des Zufalls war. Er wurde nicht von einem Häuflein Fanatiker und Spanienhasser vorbereitet, wie zuweilen einige bürgerliche Autoren schreiben. Er wurde, beginnend mit den Eroberungen der Konquistadoren, durch den gesamten Verlauf der Ereignisse in diesem Teil der Welt vorausbestimmt.

Der Freiheitskampf in den spanischen Kolonien erfaßte das gesamte Volk, nachdem der europäische Absolutismus und Kolonialismus im Ergebnis der Erringung der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten und der Französischen Revolution 1789 eine Anzahl vernichtender Niederlagen erlitten hatte.

1810 erhoben sich die Einwohner von Caracas, der Hauptstadt Venezuelas, wo Simón Bolívar geboren war. Sie fegten als erste die spanischen Behörden hinweg und bildeten

eine patriotische Junta. Ihrem Beispiel folgten auch andere große Städte in den Kolonien. So begann der Unabhängigkeitskrieg. Er wurde vom Zusammenbruch des Kolonialregimes im Januar 1826 mit der Eroberung des letzten spanischen Vorpostens, der Festung Callao in Peru, gekrönt.

Simón Bolívar beteiligte sich von Anfang an an den militärischen Aktionen gegen die Behörden des spanischen Königs. Die Patrioten erlitten zunächst überall Niederlagen. Sie verfügten weder über militärische Fachleute noch über politische Erfahrungen und ein klares Programm. Gleichzeitig erweckte der Unabhängigkeitskrieg die verschiedensten armen Schichten der Bevölkerung zu aktiver gesellschaftlicher Tätigkeit — Sklaven und Freigelassene, Bewohner der venezuelanischen Steppen und die Indianermassen. Politisch noch unreif, ließ sich ein beträchtlicher Teil dieser Massen in den Kampf auf Seiten der Kolonialisten hineinziehen. Erst nach schweren Prüfungen überzeugten sie die eigenen Erfahrungen, daß ihnen die spanische Krone nur Unterdrückung und Versklavung bringt und gingen zu den Patrioten über.

Die Führer der Befreiungsbewegung hatten nicht nur komplizierte politische Probleme zu lösen, sondern auch soziale, deren Schärfe sie nicht einmal ahnten. Die Sklaverei der Neger, die Bodenfrage, die Wechselbeziehungen mit der durch Spanier vertretenen Kirche, der Staatsaufbau der ehemaligen Kolonien und die Schaffung neuer Befreiungsarmeen — das sind nur einige der wichtigsten Fragen, die die Freiheitskämpfer bewegten. Sie waren außerdem gezwungen, auch die komplizierten Probleme der internationalen Politik zu berücksichtigen und bemühten sich um die diplomatische Anerkennung durch die Großmächte, in erster Linie Englands und der Vereinigten Staaten. Sie strebten danach, sich gegen die Interventionsversuche der Heiligen Allianz abzusichern.

Eine überaus wichtige Frage für die Zukunft Lateinamerikas betraf den Staatsaufbau der ehemaligen Kolonien. Sollten sie Monarchien bilden? Innerhalb der Republik eine föderative oder zentralisierte Form der Verwaltung wählen? Nach Vergrößerung der neuen Länder und deren Vereinigung streben? Sollten sie eine Allianz oder Föderation bilden oder sich innerhalb der Grenzen der ehemaligen Kolonien absondern? Im Lager der Patrioten gab es dazu keine einheitliche Meinung.

Bezeichnenderweise formierte und entwickelte sich Simón Bolívar als Staatsmann und Militär in dem Ma-



krieges der spanischen Kolonien Amerikas war der Venezolaner Simón Bolívar, dessen Todestag sich am 17. Dezember 1980 zum 150. Male jährt. Der 24. Juli 1983 ist das Datum seines 200. Geburtstags. Der Weltfriedensrat rief dazu auf, diese beiden Daten von der fortschrittlichen Öffentlichkeit aller Länder zu würdigen. Das ist überaus bedeutsam. Damit wird die Kontinuität zwischen der heutigen Bewegung zur Verteidigung des Weltfriedens und

ße, wie sich der Unabhängigkeitskrieg ausweitete. Das traf naturgemäß auch auf seine Mitkämpfer zu. Er war jedoch seinen Kampfgefährten in Zielstrebigkeit, Entschlossenheit und Hartnäckigkeit überlegen.

Nach der Niederlage der Ersten Republik 1812 leitete Bolívar den Befreiungskrieg in diesem Lande und Neugranada. Er befreite Caracas, erlitt dann aber eine Anzahl von Mißerfolgen und war gezwungen, nach Jamaika und Haiti zu emigrieren. Er kehrte mit Hilfe und Unterstützung des haitischen Präsidenten Petión (Haiti war das erste unabhängige Land in Lateinamerika) nach Venezuela zurück, wo er einen Brückenkopf in der Stadt Angostura am Orinoco bildete.

In blutigen und langwierigen Kämpfen errang Bolívar mehrere Siege über die spanischen Truppen. Nach seinem historischen Marsch über die Anden befreite er Bogotá. Unter seiner Führung schlossen sich Venezuela und Neugranada zu einer einheitlichen Republik zusammen. Ihnen schloß sich auch das von Bolívar befreite Ekuador an.

Der Kongreß von Angostura wählte Simón Bolívar zum Präsidenten und Oberbefehlshaber. Dann folgte der Feldzug nach Peru. Die erbitterten Schlachten gegen die Kolonialtruppen in diesem Lande endeten mit deren Zerschlagung in der Schlacht bei Ayacucho 1824. Bolívar erhielt neue Ehrentitel: Präsident von Peru und Präsident von Bolivien. Letzterer Staat wurde auf dem Territorium Oberperus geschaffen und zu Ehren seines Befreiers so bezeichnet. So wurden unter der Führung Bolívars fünf lateinamerikanische Länder befreit und unabhängig: Venezuela, Kolumbien (während der Kolonialperiode Neugranada), Ekuador (Provinz Quito), Peru und Bolivien.

Politisch bekannte sich Bolívar zur republikanischen Verwaltungsform, bei der die oberste Gewalt in den Händen des Kongresses (Parlaments) lag. Der Befreier war Anhänger der Gewaltenteilung in Exekutive, Legislative und Jurisdiktion. Er verteidigte die demokratischen Freiheiten, trat für die Trennung von Kirche und Staat, für die Abschaffung der Inquisition und der Sklaverei sowie für die Übereignung von Bodenparzellen an die patriotischen Soldaten ein.

Ohne die Autonomie der Provinzen zu verurteilen, setzte er sich gleichzeitig für eine starke Zentralregierung ein und sprach sich sogar für die Vereinigung Lateinamerikas zu einer föderativen Republik aus. Das hätte deren Unabhängigkeit festigt und es gestattet, nicht nur den revanchistischen Plänen Spaniens

besser widerstehen zu können, sondern auch den expansionistischen Bestrebungen anderer Mächte, in erster Linie der Vereinigten Staaten und Englands.

Nach dem Krieg spalteten sich die Patrioten Großkolumbiens in zwei Strömungen. Eine trat für die Fortsetzung des Umgestaltungsprozesses und die weitere Festigung der neuen Republiken sowie für den Kampf um die Befreiung Kubas und Puerto Ricos ein, die sich noch immer unter spanischer Herrschaft befanden. An der Spitze dieser Strömung stand Simón Bolívar. Die andere forderte die Auflösung Großkolumbiens, den Verzicht auf Reformbestrebungen und den Frieden mit Spanien.

Bolívar bemühte sich, die politische Kontrolle nicht aus den Händen zu lassen und sich der Unterstützung durch die kirchliche Hierarchie und die Oligarchie zu versichern. Aber das schwächte seine Position. Es begannen separatistische Aktionen, die zum Sturz der Staatsmacht in Peru und Bolivien sowie 1830 zum Ausscheiden Venezuelas und der Provinz Quito aus dem Bestand Großkolumbiens führten. Danach legte der hervorragende Staatsmann die Zügel der Verwaltung aus der Hand. Auf dem Wege aus Bogotá erkrankte er und starb. Die von ihm geschaffene einheitliche Republik zerfiel bald darauf.

Wie so häufig in der Geschichte schufen jene Kräfte, die am Sturz Bolívars beteiligt waren, mit der Zeit einen Kult des Befreiers, wobei sie alles Fortschrittliche aus seinem ideellen Erbe ausmerzten und sich bemühten, ihre reaktionäre Politik, eine Politik der Kapitulation vor den Kolonialmächten, mit seiner Autorität zu bemanteln. In ihrer Darstellung erschien Bolívar als vom Volke isolierter Supermensch.

Natürlich hat das mit dem Antlitz des echten Bolívar nichts gemein. Er war ein Held seiner Zeit, der sehr wohl begriff, wonach er strebte, jedoch ebenso wie andere fortschrittliche Politiker jener fernen Epoche nicht imstande war, viele der verborgenen Triebkräfte des gesellschaftlichen Organismus zu verstehen.

Bekanntlich besteht eine Besonderheit der bürgerlichen Revolutionen in ihrer Halbheit und Unvollendetheit. Sie haben die ihnen von der Geschichte gestellten Aufgaben nur zum Teil zu lösen gesucht. Derartigen Charakter trug auch der Unabhängigkeitskrieg in Lateinamerika. Seine Haupterrungenschaft war die Erlösung der lateinamerikanischen Länder von der spanischen kolonialen Unterdrückung. Er hat jedoch — und konnte das damals

auch nicht — das Problem nicht gelöst, die soziale Ungleichheit zu liquidieren und diese Region gegen das Eindringen ausländischen Kapitals abzusichern.

In unserer Zeit kämpfen die lateinamerikanischen Völker um die Befreiung aus den Fesseln des amerikanischen Imperialismus. In einigen Ländern herrschen noch terroristische reaktionäre Regimes, bewaffnet und unterstützt von den herrschenden Kreisen der USA. Um sich vor dem Genozid zu retten, sind diese Völker ebenso wie in den Jahren des Unabhängigkeitskrieges gezwungen, mit der Waffe in der Hand für ihre Freiheit zu kämpfen.

Der Sturz der blutigen und käuflichen Regimes Batistas auf Kuba und Somozas in Nikaragua beweist überzeugend, daß die Patrioten imstande sind, die imperialistischen Kräfte zu besiegen und ihre wahre Unabhängigkeit zu erringen.

Sie werden beseelt vom Beispiel der unsterblichen Kämpfer der Vergangenheit — von Simón Bolívar, dessen Mitstreitern und all jenen, die mutig für das Glück des Volkes gekämpft haben und kämpfen. Die Namen dieser Helden sind weit über die Grenzen Lateinamerikas hinaus gut bekannt. Über sie sagte L. I. Breshnew in seiner Rede auf der Massenkundgebung in Havanna am 29. Januar 1974: „Der Freiheitskampf der lateinamerikanischen Völker hat bereits eine mehr als einhundertjährige Geschichte. Das 19. Jahrhundert hat die Namen der Helden dieses Kampfes — Simón Bolívar, Bernardo O'Higgins und José Martí — unsterblich gemacht. Das 20. Jahrhundert hat die Namen von Emiliano Zapata, Augusto Sandino, Che Guevara, Camilo Cienfuegos, Salvador Allende und vielen anderen hervorragenden Kämpfern für die Sache des Volkes für immer in das Ehrenbuch der Geschichte eingetragen.“ Die Völker Lateinamerikas gedenken in diesen Tagen Simón Bolívars und setzen den von ihm begonnenen unsterblichen Kampf um die nationale Befreiung fort. Heute stehen die Menschen guten Willens aller Kontinente an ihrer Seite, darunter auch die Werkstattigen der Sowjetunion. L. I. Breshnew sagte in seiner Rede in Havanna: „Was Lateinamerika anlangt, so sind wir überzeugt, daß seine historische Perspektive von der Entwicklung der ganzen Menschheit nicht zu trennen ist — es ist dies die Perspektive der Freiheit, der Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts.“

Und für diese lichte Zukunft hat Simón Bolívar gekämpft und sein Leben dahingegeben.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Wie ich gehört habe, wird in der UdSSR eine Beschäftigung gefördert, die doch den kommunistischen Dogmen widerspricht: die Führung sogenannter persönlicher Wirtschaften, die ja Privatwirtschaften sind. Wie erklärt sich das?

Jim STONE
Philadelphia, USA



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Wladimir
SHITOMIRSKI

Offenbar haben Sie, werter Herr Stone, nur eine sehr vage Vorstellung von unserer kommunistischen Weltanschauung. Sie sprechen von Dogmen, was unverkennbar auf einen Einfluß der bei der großen US-Presse und bei den anderen Medien der USA so gängigen Klischees schließen läßt.

Ich beginne damit, daß bei uns die Sorge für den Menschen über alles geht, die Sorge für das zunehmende Wohlergehen aller und jedes einzelnen, das Bestreben, jedem Gelegenheit zu bieten, seine Freizeit nach eigenem Geschmack zu verbringen. Damit erklärt es sich auch, warum unser Staat die Bestellung von Hofland und persönlichen Wirtschaften fördert.

Natürlich können Sie fragen, wie sich diese von den Anwesen der Bauern im Westen unterscheiden. Das Ergebnis sind ja hier und da Agrarprodukte. Das sind aber Äußerlichkeiten, während entscheidende Unterschiede bestehen. Der größte ist, daß dabei in der UdSSR niemand ausgebeutet wird. In unserer Verfassung steht: „In der UdSSR sind in Übereinstimmung mit dem Gesetz die individuelle Arbeit im Bereich des Handwerks, der Landwirtschaft und der Dienstleistungen für die Bevölkerung sowie andere ausschließlich auf persönlicher Arbeit der Bürger und der Mitglieder ihrer Familien beruhende Tätigkeiten zugelassen.“

Die Angelegenheit ist nicht dem Selbstlauf überlassen. Im Grundgesetz steht: „Der Staat regelt die individuelle Arbeit, indem er deren Nutzung im Interesse der Gesellschaft sichert.“ Mit anderen Worten wird denen, die einen Teil ihrer Zeit in ihren Wirtschaften arbeiten, schon durch unsere ganze Lebensart die Arbeit zum Wohl der Allgemeinheit und nicht zu maximaler persönlicher Bereicherung zum Ziel

gesetzt. Auch das unterscheidet sich von der Arbeit des westlichen Bauern.

Die Sache hat aber noch einen Aspekt. In unserem Land gehört der Grund und Boden bekanntlich dem Staat. Wie könnten da einzelne Bürger Privatwirtschaften unterhalten? Ich gestatte mir, nochmals auf unsere Verfassung zurückzukommen. Darin ist das Recht der Bürger verbrieft, Parzellen für eine persönliche Wirtschaft, eine Blumen-, Gemüse- und Obstgärtnerie zu haben. Sie werden im Einklang mit dem Gesetz vergeben. Das Inventar, das den Bürgern gehört oder von ihnen benutzt wird, darf dabei nicht zum Erzielen nichterarbeiteter Einkünfte dienen. Also ist Ihre Vorstellung, daß es bei uns Privatwirtschaften gibt, unrichtig, ebenso wie der bei uns durchaus anerkannte Begriff des persönlichen Eigentums nichts mit Privateigentum gemein hat, das von unserer Gesellschaft abgelehnt wird.

Das Hofland der Kolchosbauern ergibt ansehnliche Zuschüsse zu ihrem Familienbudget. Sie produzieren für sich selbst Fleisch, Milch, Eier, Kartoffeln, Gemüse und Obst und brauchen deshalb viel weniger zu kaufen. (Auf dem Hofland arbeiten größtenteils Rentner und jugendliche Familienmitglieder, während die Erwachsenen ihre meiste Zeit in der gesellschaftlichen Produktion zu tun haben.) Daß solche

Familien weniger kaufen, ist auch eine Erleichterung für den Handel. Ferner haben die Kolchosbauern Gelegenheit, ihre Überschüsse oder Produktionsspitzen auf den Markt zu bringen oder zu den festgesetzten Ankaufspreisen bei der Kolchose abzuliefern, was dazu beiträgt, den Bedarf der Werkstätigen vollständiger zu decken.

Manchmal hört man auch sagen, daß die Arbeit auf dem Hofland ungünstig auf die Mentalität sowjetischer Menschen wirke, daß sie zur Gewinnsucht und durch sie zur Spekulation führe. Wir erkennen nicht, daß eine gewisse Gefahr solcher Einflüsse besteht, und kämpfen mit erzieherischen Maßnahmen und, falls nötig, auch mit andren Mitteln gegen sie an.

Zum Schluß gestatte ich mir einen Rat. Sollten Sie einmal in Moskau sein, dann gehen Sie am Freitag nachmittag oder Sonnabend morgen auf einen Bahnhof. Unter denen, die da auf die Schnellbahn warten, werden Sie Leute mit Einholtaschen und Gartenbaugeräten sehen. Das sind Arbeiter und Angestellte, die sich ihr Wochenende am liebsten in ihrem Garten mit Spaten und Rechen betätigen.

Wir haben also guten Grund zu der Überzeugung, daß das persönliche (und nicht private) Anwesen und Gartenland bei uns sowohl wirtschaftliche als auch soziale Funktionen erfüllt.



Manchmal schreibt die Presse über Sitzungen des Bilderbergkreises. Was ist das?

O. STARZEWIA
Nowosibirsk, RSFSR

Offiziell wurde der Kreis 1952 gebildet, hatte seine erste Sitzung aber 1954 im Hotel Bilderberg in Oosterbeek (Holland). Einmal im Jahr kommen 60–80 Repräsentanten der politischen, finanziellen und militärischen Kreise der USA und Westeuropas zusammen, diskutieren über die „große Politik“ und verfassen vertrauliche Empfehlungen an die Regierungen des Westens.

Offiziell hat der Bilderbergkreis, eine Art Schattenkabinett des Westens, die Aufgabe, neue Wege zum Einvernehmen zwischen dem

Westen und den kommunistischen Ländern zu finden. Der Gründer des Kreises, Joseph Retinger, hatte seine eigene Auffassung von dieser Aufgabe. Er bildete ihn, als der kalte Krieg im Anschwellen war, und meinte, große Politiker, Diplomaten, Bankiers, Industrielle und Militärs sollten in der spannungsgeladenen internationalen Situation unter Umgehung ihrer Parlamente die Innen- und Außenpolitik ihrer Länder planen. Schon in der ersten Sitzung zeigte es sich deutlich, daß der Kreis antikommunistisch eingestellt ist.

PS

Zuletzt machtlos

William Carter Spann, ein Neffe Präsident Carters, wurde 1976 für einen bewaffneten Raubüberfall zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, aber 1979, wahrscheinlich seinem Onkel zuliebe, auf Bewährung entlassen. Schon nach zwei Monaten mußte er wieder hinter schwedische Gardinen, u. zw. wegen Körperverletzung an seiner Frau, und wieder wurde er mit Rücksicht auf den Herrn Onkel auf freien Fuß gesetzt, dieses Mal gegen Kautions. Im vergangenen September wurde er wegen Drogenmißbrauchs erneut eingelocht.

Ein teures Vergnügen



Die Behörden auf der Ärmelkanalinsel Jersey haben die Auflegung einer Münze im Wert von 1 Pfund Sterling bekanntgegeben. Sie hat, wie es offiziell heißt, eine geringere Kaufkraft als die 50-Penny-Münze zu der Zeit, als sie in Umlauf gesetzt wurde (1969). Ein „Times“-Korrespondent berichtet darüber und sagt voraus, daß bestimmt Pfundmünzen in ganz Großbritannien herauskommen werden, weil sie für Automaten so bequem sind. Die Direktion der Londoner U-Bahn z. B.

empfiehlt den Fahrgästen dringend, statt nach Fahrkarten anzustehen, die Automaten zu benutzen — die Fahrt auf den meisten Strecken kostet ja schon 1 Pfund (1 Pfund = ca. 4,50 Mark).

Bröckelnde Majorität

Um ein Haar hätte Ministerpräsident Begin seinen Posten eingebüßt: Bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage bekam seine Regierung in der Knesset nur drei Stimmen mehr als ihre Gegner. Eine von den drei Stimmen verlor er wohl schon, denn Kultusminister Abu-Hatzeira, den er protegiert, wird wahrscheinlich bald wegen nachgewiesener Unterschlagung und Korruption woanders als im Kabinett sitzen müssen. Der Generalstaatsanwalt hat schon beantragt, daß ihm die Abgeordnetenimmunität aberkannt wird. Bedenkt man, daß noch ein Anhänger Begins, der Abgeordnete Rehtman, sitzt, dann kann man sich vorstellen, wie Begin um seine Minimajorität zittert.

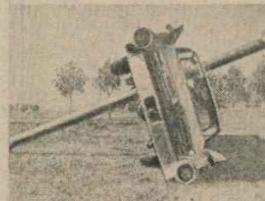
Eine explosive Combo



Der Combo The Plasmatics, die sich Rock- und Schock-Gruppe nennt, ist

ein Gastspiel von der Londoner Feuerwehr verboten worden, und mit gutem Grund. Sie sucht das Publikum vor allem zu schocken und zu erschrecken, um Zulauf zu finden. Zu diesem Zweck läßt sie ein Auto, mehrere Fernsehgeräte u. a. aufs Podium kommen und sprengt diese „Lieblingsobjekte unserer Konsumwelt“ mit Sprengkapseln. Auf Plakaten der Plasmatics wird behauptet, sie hätten in den zwei Jahren ihrer Laufbahn schon 70 Autos, 157 Fernsehgeräte und 214 Gitarren kaputtgemacht. Die Londoner Feuerwehr ist eben vorsichtig.

Ruhet in Frieden!



Der Amerikaner Dustin Shuler hat in Carson (Kalifornien) den großen Straßenkreuzern ein Denkmal gesetzt, die, weil sie so viel Treibstoff fressen, außer Mode gekommen sind. Mr. Shuler stellte ganz einfach einen billig gekauften Cadillac, Modell 1959, hin und schlug einen speziell bestellten 2 t schweren Nagel hinein.

Jeder ein Torero

In Kanada kommt ein neuer Spaß auf: ein Ritt auf einem mechanischen Stier. Ein Hotel hat sich sogar einen angeschafft und eine Art kleine Arena bauen lassen. Da kann jeder für 2 Dollar seine Reitkünste vorführen. Wer von dem hopsenden, rüttelnden Ungetüm abgeworfen wird, fällt auf weiche Matten, und die Direktion braucht auch keinen Schaden zu befürchten, denn ehe sich einer auf den Stier schwingen kann, muß er unterschreiben, daß er das Hotel

bei einer eventuellen Verletzung nicht haftbar machen wird.

Es spukt im Weißen Haus

Mrs. Barbara Mass, die 35 Jahre im Weißen Haus angestellt war, behauptet, wie die Presse mitteilt, dort gehe der Geist Präsident Franklin Roosevelts um. In Washington wird über die Sache viel gewitzelt. Die einen sagen, der Geist Roosevelts sei längst ausgetrieben, ob er nicht vielleicht wiedergekommen ist.

Süchtig wider Willen

Im Flughafen von Tel Aviv fanden sieben Aufräumer in einem Flugzeug eine lecker aussehende Riesentorte, machten sich darüber her und mußten nach ein paar Stunden mit schweren Vergiftungen im Krankenhaus eingeliefert werden. Der Zeitung „Günaydin“ (Türkei) zufolge hat die Torte eine Heroinfüllung gehabt. Wie müssen die Vergifteten von den 100 000 israelischen Süchtigen beneidet und verflucht worden sein! — schließt das Blatt seine Mitteilung.

Die besten Fußballer



„Die besten Spieler sind die, die zweimal geschieden sind und fünf uneheliche Kinder haben. Denn die müssen Geld anschaffen.“ Zu diesem Schluß ist der Trainer Werner Biskup, zumindest für die bundesdeutschen Oberligamannschaften, gelangt.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis

DIE SOWJETISCHE WOCHENSCHRIFT „NEUE ZEIT“

kommentiert das Geschehen auf allen Kontinenten, berichtet über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit, Probleme des 20. Jahrhunderts.

Die **NEUE ZEIT** bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die **NEUE ZEIT** erscheint in zehn Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch, tschechisch und arabisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (360 bfr.) — Librairie du Monde Entier rue du Midi, 162 B-1000 Bruxelles.

Association Belgique—URSS, 21 rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.

BRD (22,00 DM) — Brücken-Verlag GmbH, 4 Düsseldorf 1, Ackerstraße 3 (Worringerplatz) Postfach 1928.

— W. E. Saarbach GmbH, Ausland-Zeitungshandel 5 Köln 1, Follerstraße 2 — Postfach 101610.

— Kubon & Sagner, 8 München 34, Postfach 68.

— Presse-Vertriebsgesellschaft m. b. H. 6 Frankfurt am Main, Börsenstraße 13—15.

DÄNEMARK (42,00 dkr.) — Akademisk Boghandel Universitetsparken, 8000 Aarhus-C.

— Sputnik International Import og Boghandel, Vester Voldgade 11, 1152, København K.

— Rhodos International Tidsskrifthandel, 36, Strandgade, DK 1401 København K.

DDR (12,00 M) — Deutsche Post und deren Zusteller sowie Zeitungsvertriebsamt, 1004 Berlin, Straße der Pariser Kommune 3—4

FINNLAND (29,00 Fmk) — Akateeminen Kirjakauppa Postilokero 128, 00100 Helsinki 10.

— Kansankulttuuri Oy Simonkatu 8, 00100 Helsinki 10.

— Rautakirja Oy, PL 1, 01641 Vari-taa 64

HOLLAND (18,00 flr.) — „Pegasus“ Boekhandel, Leidsestraat 25, Amsterdam.

JUGOSLAWIEN (82,55 Din.) — 11 000 Belgrad, „Jugoslavenska knjiga“, Terazije 27 II, soba 5.

— Prosvećna Terazije 16 1.

— 41 000 Zagreb, „Mladost“, Ilica 30, Preradovićeva 18.

— 6100 Ljubljana, „Državna Zalozba Slovenije“

— Titova cesta 25, P. O. 850-1

— „Cankarjeva Zalozba“, Kopitarjeva 2.

— 71 000 Sarajevo, „Veselin Maslesa“, S. Milutinovica 4.

— 91 000 Skopje, „Makedonska knjiga“, Ul. 11 Oktomvri bb.

KANADA (7,00 c\$) — Periodica Inc., C. P. 220, Ville Mont-Royal, P. Q. H3 P 3C4.

— Progress Books, 71 Bathurst Street 3rd Floor, Toronto, ont., MSV 2P6.

LUXEMBURG (360 lfr.) — Messageries Paul Kraus, Case, Postale 2022, 5, rue de Hollerich Luxembourg-Gare.

NORWEGEN (42,00 nkr.) Tidsskrift Sentvalen Tanum A/S

P.O. Box 1177 Sentrum Oslo 1

— Norsk-Sovjetrussisk Samband, Boks 119, Ankerforget, Oslo 1

— A/S Narvesens Litteraturtjeneste, Bertrand Narvesens vei 2, Postboks 6140, Oslo 6

ÖSTERREICH (60 OS) — „Globus“—Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-1206 Wien, Höchstädtplatz 3.

— „Das Internationale Buch“ Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1.

— Morawa und Co., Wien, Postfach 159.

— Österreichische Kommissionsbuchhandlung Maximilianstraße 17, A-6020 Innsbruck.

— Gerold und Co. Graben 31 A-1011 Wien 1, Postfach 597.

POLEN (52 zł.) — „Ars Polonia“—Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherclubs.

SCHWEDEN (36,00 skr.) — Wennergren-Williams AB, Fack S-104 25 Stockholm 30.

— A.B.C.E. Fritzes Kungl. Hovbokhandel, P.O.B. 16356, S-10327 Stockholm 16.

— Gumperts Bokhandel AB, Södra Hamngatan 35, Göteborg.

— Almqvist & Wiksell Subscription Agency 26, Gamla Brogatan, Box 62, S-101, 20 Stockholm.

— Förbundet Sverige-Sovjetunionen, Katarinavägen 20, 1 tr. 116 45 Stockholm.

SCHWEIZ (20,00 sfr.) — Genossenschaft Literaturvertrieb, Cramerstraße 2 Ecke Zweierstraße, 8004 Zürich.

— Naville et Cie S.A. 5—7, rue Lévrier, 1211 Genève.

— Librairie Rousseau 36, rue J.-J.-Rousseau, Genève.

— Pinkus et Cie Froschaustrasse 7, 8001 Zürich.

— Reiher-Verlag, Postfach 3000, Bern 6.

TSCHECHOSLOWAKEI (62,40 Kčs) PNS-dovoz tisku; PNS dovoz tláče.

UNGARN (80 Ft) — Die Postämter.

USA (10.00 \$) Four Continent Book Corporation, 149, Fifth Avenue, New York, N. Y. 10010.

WESTBERLIN (22,00 DM) „Das europäische Buch“, 1000 Berlin 33 West, Thielalle 34.

— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62 West, Hauptstraße 101.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der oben angeführten Firmen einsenden.

Herrn Frau/Frl. Fa. Buchhdlg.

Name

Vorname

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl:

Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre

Datum

Bitte entsprechendes ankreuzen

Unterschrift

Im Objektiv: INDIEN

Auf dem riesigen Territorium des Landes leben Hunderte Nationen, Völkerschaften und Stämme. Sorgsam bewahren sie die Denkmäler ihrer urtümlichen Kultur, ihre Sitten und Gebräuche.

Das einst so ferne und rätselhafte Indien ist heute mit einem Jet in wenigen Stunden von Moskau aus zu erreichen. Aber Indien steht den Sowjetbürgern auch dank der Liebe seines Volkes zu Freiheit, Frieden und Aufbauarbeit nahe. Auf dieser Grundlage bestehen zwischen der unabhängigen Republik Indien und der UdSSR feste

Verbindungen, die im Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit von 1971 verankert sind.

Wir arbeiten auf vielen Gebieten zusammen: in Politik, Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik. Das

nichtpaktgebundene Indien setzt sich für friedliche Koexistenz, Entspannung, Abrüstung, für die Beseitigung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien ein.

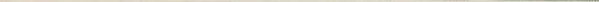
Als das indische Volk nach dem 200jährigen britischen Kolonialjoch seine politische Selbständigkeit erlangte, setzte es sich das Ziel, die wirtschaftliche Abhängigkeit ebenfalls zu liquidierten. Auch dabei hat das Volk nicht we-

So breite Prospekte hat Delhi



Einheit von moderner und altertümlicher Architektur

Obstverkäufer



Eine wohlversorgte Buchhandlung



Dieser Elefant ist eigentlich ein Taxi



Am Werk in Ranchi haben Inder und Sowjetbürger gebaut



Die Kühe sind heilig

Fotos:
A. Steschanow

nig erreicht. Die Inder bewiesen, daß sie nicht nur Paläste und Tempel, sondern auch Industriebetriebe und Kraftwerke bauen, Erdöl gewinnen und verarbeiten können. Wichtig für die Schaffung der industriellen Basis Indiens sind Unternehmen, die in sowjetisch-indischer Zusammenarbeit entstanden. Über 70 solche Objekte werden bzw. wurden gebaut. Die UdSSR und Indien arbeiten auch bei der Erschließung des Weltraums zusammen, und eines Tages wird ein sowjetischer Kosmonaut mit einem indischen Kollegen in den Kosmos starten.

Die Freundschaft und Zusammenarbeit bringen beiden Völkern Nutzen und wirken sich positiv auch auf die Lage in Asien und auf anderen Kontinenten aus.



Arbeiterinnen